

Bauten

Errichtung von Nutzbauten

In der 9. Bauausschußsitzung am 25. Oktober 1983 wurde die Einstellung der Planungstätigkeit für das Sozialmedizinische Zentrum Ost-Krankenhaus festgesetzt. Bisher liegen als Ergebnis der Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten die Unterlagen für die Einreichung des Bausachkreditantrages, für die behördlichen Bewilligungen und für die Aufnahme der Ausführungsplanung vor. Auftragsgemäß wurden die Leistungen der beauftragten Konsulenten teilschlußmäßig abgerechnet; eine Dokumentation über die Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten, die bisher durchgeführt wurden, konnte aufgebaut werden. Die für die Erteilung der Baubewilligung notwendigen technischen Besprechungen mit den Magistratsabteilungen 14 — Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung —, 15 — Gesundheitsamt —, 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten —, 68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz — und dem Arbeitsinspektorat wurden abgeschlossen und Verhandlungen mit den Anrainern durchgeführt, so daß Ende 1984 die Baubewilligung für die erste Ausbaustufe des Krankenhauses vorlag. Von einer Arbeitsgruppe wurde, indem sie die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der bisherigen Planung nutzte, Grundlagen für die Einführung von Richtlinien für die Bauprogrammplanung allgemeiner Krankenhäuser erarbeitet.

Im Allgemeinen Krankenhaus wurde der Umbau des Pathologisch-anatomischen Institutes fertiggestellt, die Abrechnung abgeschlossen. Die Station 42 in der I. Klinik für Unfallchirurgie wurde zu einem OP-Trakt mit Reinraumkabine umgebaut. Die Adaptierung der Kiefertchnik wird 1985 durchgeführt werden. Im alten Haus des AKH konnten die Arbeiten, die auf Grund von feuerpolizeilichen Auflagen durchzuführen waren, beendet werden. Im alten Haus und in den neuen Kliniken mußte die Mittelspannungsanlage erneuert werden; im zentralen Institut für Radiodiagnostik werden die Röntgeneinrichtungen ausgetauscht und Bauarbeiten für die Einrichtung einer Angiographie durchgeführt. Die I. Universitäts-Hautklinik mußte umgebaut und adaptiert werden, in der II. Medizinischen Universitätsklinik waren Strahlenschutzauflagen in der Isotopenstation zu erfüllen; ferner wurden eine Schleuse in der Isotopenstation und ein Zubau an der Nordseite der Station errichtet sowie Garderoben eingerichtet. Behördenauflagen wurden gleichfalls in der Tiefparkgarage durchgeführt, im Haus A, B und in der Schule die Dachdeckung (Dachhaut und Wärmedämmung) erneuert, an der I. Medizinischen Universitätsklinik der Aufzug im Mitteltrakt instand gesetzt und die Bauarbeiten in der Zentralküche abgeschlossen. Im I. Chirurgischen Röntgen war für die Röntgenstation ein ebenerdiger Zubau und an der I. Unfallchirurgie ein Stockwerk zu errichten. Patientenbezogene bauliche Maßnahmen und verschiedene Adaptierungsarbeiten wurden unter anderem in der Station 19 der I. Universitäts-Augenklinik, in der Ambulanz der II. Universitäts-Hautklinik, in der Station 93 der II. Medizinischen Universitäts-Klinik, in der Station C 2 der I. Medizinischen Universitäts-Klinik sowie in der Neurologischen Universitäts-Klinik durchgeführt. In verschiedenen Straßenzügen und Objekten waren Erdgasleitungen zu sanieren, Fassaden und Dächer zu erneuern und zu sichern sowie Reparaturen vorzunehmen und Fenster an verschiedenen Objekten im alten Haus und in den neuen Kliniken auszutauschen. Saalunterteilungen wurden unter anderem in der I. Medizinischen Universitäts-Klinik C 2, in der Station 70 der I. Universitäts-Hautklinik, in der Photophere der I. Universitäts-Hautklinik, in der Station 75b der II. Universitäts-Hautklinik und in der Station D 6a der II. Universitäts-Frauenklinik durchgeführt, ebenso wie die Adaptierung der Wäschemagazine in der I. Frauenklinik, der Anschluß von Apparaten und Geräten und bauliche Maßnahmen für die Installationen von ADV-Geräten.

In der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurden sämtliche für den Betrieb notwendigen Erhaltungs-, Service- und Wartungsarbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen vorgenommen. Im Zuge der patientenbezogenen baulichen Maßnahmen wurden vier Krankenstationen im Hauptgebäude ausgemalt sowie Beschädigungen behoben. In drei Stationen wurde je ein 6-Bett-Zimmer in zwei 3-Bett-Zimmern unterteilt. Mit den Instandsetzungsarbeiten an der Straßenfassade des Hauses Boerhaavegasse 13 wurde begonnen. In der Station B der Dermatologischen Abteilung, Boerhaavegasse 13, 2. Stock, wurde die Elektroinstallation erneuert, die Beleuchtung verbessert, Adaptierungsarbeiten und zusätzliche Maßnahmen im ADV-Bereich durchgeführt. Im Zentralröntgenbereich wurden zwei neue Tageslichtentwicklungsmaschinen eingebaut, in verschiedenen Abteilungen neun Geschirrspüler installiert. Mit den Planungsarbeiten für den Anschluß an das Fernwärmenetz konnte begonnen werden. Auch energiesparende Maßnahmen wurden getroffen.

Im Mautner-Markhofschens-Kinderspital wurden eine neue Mikroverfilmungsanlage installiert und zusätzlich Maßnahmen im ADV-Bereich gesetzt. Im Zuge der patientenbezogenen Maßnahmen waren Adaptierungsarbeiten im EG-Boxenbereich, in der Säuglingsstation, im Ambulanzbereich sowie die Verlegung eines neuen PVC-Belages in der Eingangshalle durchzuführen. Ferner wurde die Desinfektionsanlage umgebaut und ein neuer Aseptor installiert.

Im Zuge der Energiesparmaßnahmen wurden im Sozialmedizinischen Zentrum Ost die schadhafte

Speichermassen in vier Wärmerückgewinnungsanlagen für den Schul- und Internatsbereich erneuert. Für die Übernahme durch das Kuratorium der Wiener Pensionistenheime mußten 100 Wohneinheiten adaptiert und verschiedene Umbauten durchgeführt werden.

An der Allgemeinen Poliklinik wurde die Herzstation in der 2. Medizinischen Abteilung renoviert, ein zweites Intensivzimmer eingerichtet, Schallschutzfenster eingebaut sowie die Fassade beim Objekt Höfergasse 1a und am Gebäude der Urologischen und HNO-Abteilung erneuert.

Im Krankenhaus Floridsdorf mußten die Röntgenabteilung renoviert, eine Vordachkonstruktion bei der Rettungsvorfahrt und die Fahrbahnflächen im Hof erneuert, ein Schwesternruf-Rundfunk und eine Personenrufanlage in der 2. Medizinischen und 2. Chirurgischen Station installiert und die Telephonanlage adaptiert werden.

Im Sophienspital wurden die Fassadeninstandsetzung am Kenyon-Pavillon (Interne Abteilung) fertiggestellt, die Fassade am Labor und Prosekturgebäude, an den Werkstätten am Möbellager erneuert und die Sanitäreinrichtungen in der Medizinischen Abteilung adaptiert. In allen drei letztgenannten Anstalten wurden laufend substanzerhaltende sowie auch sicherheitstechnische Maßnahmen durchgeführt. Im Rahmen patientenbezogener Maßnahmen wurden in allen Anstalten Krankenstationen renoviert sowie vorwiegend Maler-, Anstreicher-, Fliesenleger- und Bodenlegearbeiten ausgeführt.

Im Krankenhaus Lainz wurden die Adaptierung der Urologischen Abteilung im Pavillon II, der Einbau eines Mehrzweckaufzuges im Pavillon VIII, der Geräteeinbau, verbunden mit dem Einbau einer mechanischen Entlüftungsanlage in der Zentralküche, und die Erneuerung der Warmwasserheizung in der Pflegeschule Jagdschloßgasse fertiggestellt; ferner erfolgte die Erneuerung der Röntgenstation der 2. Medizinischen Abteilung im Pavillon IIIa, die der Septischen Intensivstation im Pavillon VII und die Saalunterteilung in der Dermatologischen Abteilung im Pavillon VII. Begonnen wurde mit den Bauarbeiten für die Verlegung der Aufwachstation der 1. Chirurgischen Abteilung und mit dem Ambulanz- und Röntgenzentrum der Lungenabteilung im Pavillon VIII.

Im Franz-Josef-Spital wurden die elektrischen Versorgungsleitungen ausgebaut, das Kanalnetz im Bereich der Infektionsabteilungen erneuert, ein Ambulanzzubau am Pavillon G 1 in der HNO-Abteilung errichtet, sicherheitstechnische Maßnahmen, feuerpolizeiliche Auflagen durchgeführt und Brandschutztüren eingebaut. Für den Umbau des ehemaligen Wohnhauses A der geistlichen Schwestern in eine Psychiatrische Abteilung mit 50 Betten wurde mit den Planungsarbeiten begonnen. In der Dialysestation wurde eine Be- und Entlüftungsanlage installiert, an Fassaden, Fenstern und Dächern Baumeister- und Professionistenarbeiten durchgeführt, in den Stationen F 09 und F 19 der II. Medizinischen und der Internen Abteilung Saalunterteilungen vorgenommen, wobei 3-, 4- und 6-Bett-Zimmer geschaffen wurden. Ferner waren auch patientenbezogene bauliche Maßnahmen sowie laufend Erhaltungs- und Überprüfungsarbeiten auszuführen.

Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel wurde ein Notstrom-Containeraggregat mit einer Schalttafel beim Portier errichtet, Adaptierungsarbeiten am Pavillon C sowie Baumeister- und Professionistenarbeiten an der Fassade des Kurhauses durchgeführt.

Im Preyer'schen Kinderspital konnte eine Intensivpflegestation eingerichtet werden. Die Früh- und Neugeborenenstation wurde adaptiert. Am Haupt- und Verwaltungsgebäude sowie im Verbindungsgang wurden die Baumeister- und Professionistenarbeiten fortgesetzt und im Personalwohnhaus I die Naßgruppen instand gesetzt.

Im Pflegeheim Lainz wurden die Arbeiten für die Erneuerung der Sanitäreinrichtungen im Pavillon IX und Pavillon XVI, die Warmwasserheizung im linken Trakt des Pavillons XV, Saalunterteilungen sowie patientenbezogene bauliche Maßnahmen im Pavillon XV und Pavillon XVI fertiggestellt. Außerdem wurde ein Möbelmagazin errichtet, der Schaufächerverputz erneuert, die Fenster des Pavillons XV, die Garagen und die Dachdeckung vom E-Gebäude und des Pavillons IV instand gesetzt. Fortgesetzt wurde die Generalsanierung im Pavillon XI. Die Sanitäreinrichtungen mußten erneuert, Säle unterteilt und patientenbezogene bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Mit den Baumaßnahmen für die Installierung eines Mehrzweckaufzuges im Pavillon X und im Pavillon XII konnte begonnen werden.

Im Pflegeheim Baumgarten und im St.-Rochus-Heim wurden im Pavillon I die Fassade instand gesetzt und die Fenster an der Gartenseite erneuert, im Pavillon II die Wärmeversorgungseinrichtungen und ein Tagraum im Hochparterre adaptiert, im Pavillon V Schallschutzfenster an der Straßenseite eingebaut und ein Tagraum im 2. Stock adaptiert, im Pavillon VI die Fenster an der Straßenseite erneuert. Ferner waren feuerpolizeiliche Auflagen, wie die Errichtung von Brandschutztüren mit automatischen Schließen bei Rauchgasentwicklung, zu erfüllen.

Im Pflegeheim Liesing waren die Gartenfassade, die Fassade an der Südseite zu renovieren sowie Fenster und Dächer zu erneuern. Auf den Krankenstationen II, IV und VI wurden die Bäder und Schwesterndienstzimmer vergrößert sowie die Ecksäle unterteilt.

Im Pflegeheim St. Andrä/Traisn konnten die Instandsetzung der Dächer abgeschlossen, die Hauptküche instand gesetzt und eine Entlüftungsanlage und Wärmerückgewinnung installiert werden. Ferner war ein Ölkessel zu erneuern.

Im Pflegeheim Klosterneuburg wurden an der Donauseite im Pavillon Altgebäude der erste Teil der Nordfassade instand gesetzt und die Fenster erneuert.

Die Planungsarbeiten für die Umrüstung und einen Zubau in der Zentralwäscherei wurden abgeschlossen. Mit den Behörden konnten bereits Vorverhandlungen geführt werden.

Im Wilhelminenspital wurden im Pavillon 26 eine Neurologische Abteilung errichtet, im physikalischen Schwimmbecken ein neues Nirosta-Becken eingebaut, eine EEG-Ambulanz im Pavillon 19 untergebracht, die Sanierungsarbeiten an den unterirdischen Heizkanälen abgeschlossen. Im Keller des Pathologischen Institutes wurde ein Leichenkühlraum eingebaut, im Pavillon 23 wurden bereits drei Saalunterteilungen fertiggestellt, die auch wieder in Betrieb sind. Ferner waren Fassaden und Dächer instand zu setzen. In den Pavillons 1, 13 und 19 sowie in Teilbereichen des Pavillons 29 wurden die Fassade, die Dächer und die Fenster renoviert. Dachinstandsetzungsarbeiten waren am Kesselhausgebäude sowie teilweise Fensterinstandsetzungsarbeiten in den Pavillons 26, 29 und im Direktionsgebäude durchzuführen. In verschiedenen Pavillons mußten feuerhemmende Türen als Abschluß zu den Kellern und Dachböden versetzt werden. In den Pavillons 25 und 28 wurden in die Leitungskanäle Brandschutzklappen eingebaut. In den Pavillons 28 und 29 wurden die Beleuchtung bei den Betten neu hergestellt bzw. verbessert sowie Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt.

Die Bauarbeiten für die Errichtung der Netzersatzanlage im Elisabeth-Spital wurden abgeschlossen. Im Pavillon Bettina wurde die veraltete Niederdruckdampfheizung durch eine Warmwasserheizung ersetzt. Fassaden-, Fenster- und Dachinstandsetzungsarbeiten wurden im Pavillon 3, im Direktionsgebäude sowie in den Lichthöfen der Schule und des Internatsgebäudes, Dachinstandsetzungsarbeiten am Pathologischen Gebäude, Pavillon Bettina und im Bunker durchgeführt. In den OP-Sälen des Pavillons I und des Pavillons Bettina konnten die Installationsarbeiten für die medizinische Gasversorgung abgeschlossen werden. Im OP-Saal des Pavillons I wurden Umbauarbeiten, Generalinstandsetzungsarbeiten im Stiegenhaus des Pavillons I durchgeführt.

Im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof mußten die Kühl- und Trockenlagerräume in der Küche generalisaniert werden. In der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik wurde eine Wärmedämmfassade an der Nordseite des Personalwohnhauses angebracht, in der Kinderklinik Glanzing wurden die Dachsanierungsarbeiten über den Stationen E und D sowie über dem Wirtschaftstrakt abgeschlossen; auch die Fassade im Wirtschaftshof wurde erneuert. Die Bauarbeiten sind bis auf die Erneuerung einer Sockelfläche am Expectancegebäude fertiggestellt, ebenso die Renovierungsarbeiten in der Station B (Intensivstation).

Im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel konnten die Fassadeninstandsetzungsarbeiten am Direktionsgebäude und in der Pyrker gasse abgeschlossen werden. In den Stationen III und V wurde eine Schwesternrufanlage eingebaut.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurden die Fassadeninstandsetzungsarbeiten an den Pavillons 2, 19 und 21, die Regionalisierungsmaßnahmen in den Pavillons 19 und 21, die Adaptierung von Sanitäranlagen in den Pavillons 2, 3, 4, 6 und 21, die Erweiterung der Telephonzentrale und die Instandsetzung der Dächer am Wäschereigebäude sowie an den Pavillons 2 und 21 abgeschlossen, ebenso wie im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau die Renovierung der Abteilung XIV.

Im Pulmologischen Zentrum wurden der Einbau eines Aufzuges im Pavillon Karlshaus und die Erneuerung des Schwesternrufes in den Pavillons Karlshaus und Severin fertiggestellt; mit der Errichtung einer pulmologischen Akutstation sowie mit dem Ausbau des elektrischen Maschennetzes wurde begonnen.

Im Bereich der Kindertagesheime konnte für das Kindertagesheim in 2, Engerthstraße 152, die Bauabrechnung abgeschlossen werden. Die Generalunternehmerarbeiten für das Kindertagesheim in 17, Dornbacher Straße 53, wurden vergeben, und mit dem Bau wurde am 6. August begonnen. Der Rohbau konnte bis zur Rohbauabnahme hergestellt werden. Die Generalinstandsetzungsarbeiten im Erdgeschoß des Kindertagesheimes in 2, Engerthstraße 237, wurden fertiggestellt. Mit der Instandsetzung, der Erneuerung der Fußböden, der Wandbeläge und Installationen im Kindertagesheim in 9, Gussenbauer gasse 5—7, wurde begonnen. Im Kindertagesheim in 1, Rudolfsplatz, waren Instandsetzungsarbeiten, in den übrigen Kindertagesheimen laufend Bauerhaltungsarbeiten, meist kleineren Umfanges, durchzuführen.

Im Bereich der Jugendheime wurden in der Stadt des Kindes in 14, Mühlbergstraße 7, verschiedene Erhaltungsarbeiten an den einzelnen Objekten sowie Arbeiten für die grundlegende Erneuerung der Dacheindeckung bei den Steildächern vorgenommen, im Jugenderholungsheim Lehenhof in Scheibbs/NÖ. weitere Umbauarbeiten im Obergeschoß abgeschlossen und die Professionistenarbeiten vergeben. Die Abrechnungsarbeiten der Umbauarbeiten beim Pavillon 1 des Julius-Tandler-Heimes wurden abgeschlossen, die Generalinstandsetzung und der Umbau von Räumen im obersten Geschoß fortgesetzt. Im Kinderheim Tribuswinkel wurden verschiedene Arbeiten an der Raumgestaltung und beim Schwimmbecken im Garten fertiggestellt, im Zentralkinderheim in 18, Bastiengasse 36, verschiedene Umbau- und Instandsetzungsarbeiten, vor allem in den Sanitärgruppen der einzelnen Pavillons, fortgesetzt, im Kinderheim Gaaden Instandsetzungsarbeiten in der Küche durchgeführt, im Therapiekinderheim in 2, Im Werd, Bauvorbereitungsarbeiten für die Erneuerung des Kesselhauses und der Warmwasserbereitung vorläufig zurückgestellt. In den übrigen Jugendheimen waren laufend Erhaltungsarbeiten durchzuführen.

Am Augustinermarkt wurde wegen der Verlegung des Marktes im Zuge des U-Bahn-Baus der Linie U 3 ein Marktprovisorium geschaffen und in Betrieb genommen. Im Detailmarktzentrum in 3, Landstraße, wurde ein Fleischkühlblock im 1. Obergeschoß eingebaut und ein Brandabschnitt hergestellt. Am Floridsdorfer Markt im 21. Bezirk mußten die gesamte Kanalisation und die Ringwasserleitung instand gesetzt werden. Am Großmarkt Wien-Inzersdorf im 23. Bezirk waren Straßenrigolen auszuwechseln bzw. zu renovieren. Am Naschmarkt im 4. Bezirk wurden bei verschiedenen Marktständen Brandschäden behoben sowie diverse Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Für verschiedene andere Märkte mußten Bauansuchen privater Marktkaufleute begutachtet, Auflagen auf Grund der Bauordnung erteilt und die genehmigten Baumaßnahmen überwacht werden. Ferner waren laufend Erhaltungsarbeiten an den Marktanlagen durchzuführen und temporäre Märkte zu errichten.

Im Zentrallager der Magistratsabteilung 54 — Zentraler Einkauf — in der Hasnerstraße und in der städtischen Bäckerei wurden die Arbeiten für Brandschutzmaßnahmen und verschiedene Bauerhaltungsarbeiten sowie Fenster- und Fassadeninstandsetzungsarbeiten fortgesetzt. Für das Fleischzentrum in 3, St. Marx, waren Bauvorbereitungsarbeiten und die Detailplanung sowie verschiedene Bau- und Installationsarbeiten für Sicherheitsmaßnahmen an der Hochdruck-Ammoniakkühlanlage für den Kühlblock des Schlachthofes zu leisten. Im Ammoniakpumpenraum wurden Bauarbeiten durchgeführt, ferner eine ammoniakbeständige Wannenauskleidung aus Kunststoff hergestellt, Betonschneidarbeiten an Wänden und Dächern und hölzerne Dachausstiegeaufbauten vorgenommen.

Im Bereich der Bäder waren für das Bezirkshallenbad Brigittenau Abrechnungsarbeiten zu leisten; das Bad in der Großfeldsiedlung wurde fertiggestellt, das Sommerbad konnte am 11. Juli eröffnet werden. Im Stadthallenbad wurde eine Verdunkelungsanlage installiert.

In der Herberge für Obdachlose in 12, Kastanienallee, wurden Bauarbeiten für die Hofkanalisation und Hofpflasterung durchgeführt, in der Herberge in 3, Gänsbachergasse 3, konnten die etappenweise Generalinstandsetzung und der Umbau dieses Objektes fortgesetzt werden.

In der Desinfektionsanstalt wurde der neue Verbrennungsofen (Pyrolyseanlage) montiert und verschiedene Mauerungsarbeiten ausgeführt. Ferner war ein Blechschornstein, der innen mit Feuerbeton ausgekleidet ist, zu errichten.

Die Ausarbeitung der neuen amtlichen Leistungsverzeichnisse für die laufenden Maler-, Steinemailwandbelags-, Anstreicher- und Dachdeckerarbeiten der Stadt Wien wurde fertiggestellt. Die laufenden Baumeister- und Spenglerarbeiten der Stadt Wien bis 31. Dezember 1985 wurden neu vergeben. Die öffentliche Neuausschreibung der laufenden Steinemailwandbelags-, Maler- und Anstreicherarbeiten wurde durchgeführt. Ebenso wurden die Glaserarbeiten vergeben.

Die Magistratsabteilung 26 — Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens-, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten — ist für den Neubau und die Erhaltung der Amtshäuser und Schulen, Feuerwachen, Museen, Sportstätten, Büchereien usw. zuständig. Weiters werden die Gebäude auf Friedhöfen und landwirtschaftlichen Betrieben, die Forstobjekte, die Objekte der Gewässeraufsicht, die Fußgeherzonen, die Denkmäler, die Gärtnerunterkünfte sowie die Objekte der Volksbildung, Häuser der Begegnung, betreut. Außerdem werden für die Magistratsabteilung 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau — Hochbauten wie Straßenmeistereien, Lagerplatzobjekte u. dgl. errichtet. Neben der Beaufsichtigung der umfangreichen Bauarbeiten im Rathaus gehören auch die Gebäudeaufsicht mit Reinigung sowie die Vorbereitung und Abwicklung aller Veranstaltungen wie Wiener Festwochen, Empfänge, Eröffnungen, Ausstellungen usw. im Rathaus und im übrigen Stadtgebiet zu den Aufgaben der Abteilung. Ihr obliegt auch die Begutachtung über die Vergabe von Subventionen der Stadt Wien an verschiedene Institutionen (Verein Jugendzentren, Kulturvereine, Sportvereine, Theater usw.), die für die baulichen Herstellungen zugeteilt werden. Für Neubau- und Erhaltungsarbeiten wurden von der Abteilung gemeinsam mit den Magistratsabteilungen 32 — Maschinenteknik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft — und 34 — Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte — einschließlich der genehmigten Zuschußkredite etwa 445 Millionen Schilling verausgabt. Der Arbeitsumfang der Abteilung einschließlich der Rathausverwaltung wurde im Jahre 1984 mit 91 Beamten und 261 Bediensteten der Rathausverwaltung bewältigt. Pro Monat wurde auf 176 Arbeitsstellen gearbeitet, im Durchschnitt waren 862 Arbeiter beschäftigt.

Für die bauliche Betreuung der Amtshäuser, die in der Geschäftsgruppe Bauten budgetiert werden, standen für 1984 Geldmittel von rund 105 Millionen Schilling zur Verfügung.

Im Rathaus wurde die Instandsetzung des ersten rechten Seitenturmes abgeschlossen und mit der des Hauptturmes begonnen. Weiters wurden diverse Adaptierungsarbeiten in Amtsräumen durchgeführt. Im Amtshaus in 1, Rathausstraße 1, wurden Räume für die Aufstellung von weiteren EDV-Maschinen adaptiert. Im Amtshaus in 1, Rathausstraße 9, wurden die Einfahrten in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt und der Magistratsabteilung 19 — Stadtgestaltung — instand gesetzt. Im Zuge der Generalinstandsetzung des Amtshauses in 1, Rathausstraße 14—16, wurde der 2. Stock fertiggestellt und mit den Umbauarbeiten im Mezzanin und Erdgeschoß begonnen. Im Amtshaus in 1, Schottenring 22—24, wurden die WC-Anlagen adaptiert, und im Amtshaus in 8, Lerchenfelder Straße 4, wurde ein EDV-Maschinenraum eingerichtet. Im Amtshaus in 2, Kleine Pfarrgasse 22, wurde mit dem 1. Teil der Generalinstandsetzung begonnen, und im Amtshaus in 3, Sennngasse 2,

eine neue Kesselanlage mit Fernwärme eingebaut. Im Amtshaus in 9, Währinger Straße 43, wurde das Dach und die Blitzschutzanlage instand gesetzt. Ebenso wurde das Dach im Amtshaus in 12, Ruckergasse 40, und im Amtshaus in 20, Brigittaplatz 10, renoviert. Die Fenstererneuerung im Amtshaus in 10, Laxenburger Straße 43—47, wurde fortgesetzt und im Amtshaus in 17, Elterleinplatz 14, mit der 2. Etappe der Generalinstandsetzung begonnen. Die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten im Amtshaus in 20, Dresdner Straße 73—79, wurden fortgesetzt, und die Erneuerung der Telephonanlage im Amtshaus in 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, wurde abgeschlossen. Der Neubau des Tagesheimes für Behinderte in 22, Hirschstettner Straße, wurde fortgesetzt. Für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurden der Umbau und die Restaurierung des ehemaligen Wirtschaftsgebäudes des Schlosses Wilhelminenberg in 16, Savoyenstraße 22, zur Unterbringung des Institutes für Wildtierkunde abgeschlossen.

Neben verschiedenen Instandsetzungsarbeiten in Bezirksjugendämtern, Mutterberatungsstellen, Bezirksgesundheitsämtern, TBC-Stellen und Jugendzahnkliniken wurden auch Erhaltungsarbeiten in Kirchen, Kapellen und Pfarrhöfen durchgeführt. In der Kirche St. Leopold in 2, Alexander-Poch-Platz, wurden die Turmfassade und der Turmhelm instand gesetzt.

Die Abteilung ist auch für die Demolierung sicherheitsgefährdeter Objekte zuständig. So wurden 27 Objekte von etwa 231.000 m³ umbautem Raum mit Kosten von rund 6,8 Millionen Schilling abgebrochen.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten wurden in 20 Schulen die Malerei erneuert, in 5 Schulen wurde eine bessere Beleuchtung eingebaut, in 19 Schulen wurden die Dächer instand gesetzt, in 14 Schulen Fassaden erneuert, in 20 Schulen die Fenster repariert bzw. erneuert; weiters wurden in 3 Schulen die Höfe und Spielplätze, in 6 Schulen die Turnsäle instand gesetzt und in 11 Schulen WC-Gruppen erneuert bzw. für eine Geschlechtertrennung umgebaut. In 6 Schulen wurden die Fußböden teilweise erneuert, in 7 die Zentralheizungsanlagen verbessert bzw. erneuert. Der Neubau des Schul-Wohnhaus-Komplexes in 22, Rennbahnweg—Markomannenstraße 9, wurde abgerechnet. Die Modernisierung bzw. der Lichthofverbau für WC-Gruppen in der Schule in 18, Schopenhauerstraße 81, wurde fortgesetzt, ebenso wie der Neubau der Schule und Rettungsstation in 20, Gerhardusgasse 1—5. Der Neubau der Ganztagschule in 7, Zieglergasse 21, wurde fertiggestellt. Mit dem Neubau der Schule in 18, Köhlergasse, wurde begonnen.

Neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in 4 Zentralberufsschul- und 11 Berufsschulgebäuden wurden die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten in der 1. Zentralberufsschule in 6, Mollardgasse 87, fortgesetzt. Im 3. Geschoß wurden die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten einschließlich der Erneuerung und Instandsetzung der Fenster und Türen weitergeführt. Der letzte Teil der Front Wienzeile wurde einschließlich der Arbeiten an den Fenstern fertiggestellt. Der Neubau der Halle 1 im Hof wurde fortgeführt. Der Neubau Ecke Zinkgasse—Märzstraße für die 2. Zentralberufsschule in 15, Hütteldorfer Straße 1—17, wurde abgeschlossen. Die Umbau- und Generalinstandsetzungsarbeiten in der Berufsschule in 15, Meiselstraße 19, wurden beendet und abgerechnet. In der Berufsschule in 15, Goldschlagstraße 113, wurde das Stiegenhaus modernisiert, ferner mußten an der Hofseite Fenster eingebaut werden. In der Berufsschule in 14, Goldschlagstraße 137, wurden die Fenster im Erdgeschoß, im Mitteltrakt im 1. und 2. Stock erneuert. Die Modernisierungsarbeiten in der Fachschule in 12, Dörfelstraße 1, wurden fortgesetzt, die WC-Anlagen erneuert und im 1. Stock eine Lehrküche sowie zwei Speiseräume instand gesetzt. Die Fenster im 3. Stock wurden ebenfalls erneuert, und das Dach wurde überstiegen.

In 8 Sporthallen waren laufend erforderliche Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Im Zuge der Generalinstandsetzung der Karl-Seitz-Halle wurden die Umbau- und Adaptierungsarbeiten für einen großen und einen kleinen Turnsaal sowie die Arbeiten im Mehrzweckraum samt den zugehörigen Garderoben und Naßräumen fertiggestellt. Neben der laufenden Erhaltung wurden auf der Jugendsportanlage Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost in 10, Franz-Koci-Straße, das Garderobengebäude, das Rasen- und Tennenspielfeld, die Tennisplätze und die Einfriedung fertiggestellt. Am Garderobengebäude in 19, Am Cobenzl 96 a, wurden das Dach neu eingedeckt und der Fenster- und Türanstrich hergestellt. Beim Garderobengebäude in 12, Haydn-Park, wurde ebenfalls das Dach neu eingedeckt. Bei der Sportanlage in 10, Triester Straße 106, konnten die Herstellung des Kanalanschlusses abgeschlossen und beim Trainingsplatz eine Sitzplatztribüne errichtet werden. Bei der Jugendsportanlage in 21, Ringelseeplatz, wurde ein Zubau errichtet. Beim Jugend- und Kinderspielplatz in 22, Rosmariengasse, und in 14, Auer-Welsbach-Park, wurden unter den Spielgeräten Elastikplatten verlegt. Im zweigeschoßigen Garderobengebäude in der Sportanlage in 10, Laxenburger Straße, wurden die Türen und Fenster auf der Straßenseite gestrichen. Bei den Jugendsportanlagen in 12, Längenfeldgasse, und in 16, Gallitzinstraße, wurden Teile der Einfriedung neu hergestellt.

Neben der laufenden Erhaltung und diversen Instandsetzung in 17 Museen der Stadt Wien wurden in der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten im 1. Stock sämtliche Fenster und Türen instand gesetzt und abgedichtet. In der Beethoven-Wohnung in 1, Mölkerbastei 8, wurde nach dem Einbau einer Elektroheizung die komplette Wohnung renoviert. Die Virgilkapelle in 1, Stephansplatz, erhielt eine neue Vitrine, wobei der Ausstellungsraum ebenfalls renoviert wurde.

Im Bereich der Denkmalpflege sind die Restaurierungsarbeiten am Vermählungsbrunnen in 1, Hoher Markt, zu nennen. Das Schillerdenkmal auf dem Schillerplatz wurde demontiert und nach der Sanierung des Schaftes

wieder aufgestellt. Die Marienfigur am Jodok-Fink-Platz im 8. Bezirk wurde mit Säule demontiert und nach der Sanierung des Sockelschaftes wieder errichtet. Am Hameau im 17. Bezirk wurden die Rekonstruktionsarbeiten am Kriegerdenkmal abgeschlossen. Die Gesamtinstandsetzung der Jungbrunnenanlage im Hadikpark im 14. Bezirk wurde abgeschlossen, auch die Instandsetzungsarbeiten an der Strudlhofstiege konnten beendet werden. Die Restaurierungsarbeiten an den Dachaufbauten der Hauptfeuerwache in 1, Am Hof, wurden begonnen, und die barocke Toranlage in 8, Schönbornpark, wurde rekonstruiert, erweitert und abgeschlossen. Weiters wurden Instandsetzungsarbeiten an diversen Denkmalanlagen, Denkmalbrunnen, Kunstwerken in Gemeindebauten, Gedenktafeln usw. durchgeführt.

In der Zentralfeuerwache in 1, Am Hof 7, 9 und 10, in 7 Hauptfeuerwachen, 16 Zugwachen, 3 weiteren Objekten und 2 Boatsanlegeplätzen wurden Adaptierungsarbeiten durchgeführt, ebenso wie Badumbau- bzw. Fertigstellungsarbeiten in der Hauptfeuerwache Floridsdorf und Feuerwache Brigittenau (2. Teilabschnitt). Weiters wurden Sanierungsarbeiten in Naßgruppen und Küchen in verschiedenen Feuerwachen fertiggestellt. Mit der Erneuerung der gesamten Nachrichtenanlagen der Feuerwachen der Stadt Wien wurde begonnen. Das Dachbodengeschöß der Zentralfeuerwache in 1, Am Hof 10, wurde ausgebaut, die Nachrichtenzimmer in den Hauptfeuerwachen Favoriten und Hernals wurden umgebaut.

Ferner waren verschiedene Instandsetzungsarbeiten in sechs Stadtgütern und in der Gutsdomäne Eßling durchzuführen. Die Adaptierungsarbeiten eines Wohnhauses in Laxenburg, Josefsplatz 1, wurden laut § 18 Mietengesetz fortgesetzt. Weiters wurden Brunnen für die Beregnungsanlagen in Großenzersdorf, Eßling und Rannersdorf errichtet. Im Stadtgut Cobenzl wurde mit der Instandsetzung des Kanals begonnen und die Fassade saniert. Im Stadtgut Großenzersdorf wurden im Wohnhaus die WC-Anlagen neu hergestellt.

Neben verschiedenen Instandsetzungsarbeiten in diversen Gärtnerunterkünften des Stadtgartenamtes wurde der Umbau der Gärtnerunterkunft in 1, Stadtpark, und der Zubau in 2, Wettsteinpark, fertiggestellt. Die denkmalgeschützte Gärtnerunterkunft in 3, St. Marxer Friedhof, und in 18, Pötzleinsdorfer Park, wurden instand gesetzt. Im Schulgarten in 22, Kagran und Quadenstraße, wurden die Glashäuser adaptiert, in der Gärtnerunterkunft in 22, Hänischgasse, die Sanitäranlagen instand gesetzt.

Mit dem Neubau einer Arbeiterunterkunft auf dem Hernalser Friedhof und mit dem Umbau und der Instandsetzung der Halle 1 am Ottakringer Friedhof wurde begonnen. Die Umbau- und Instandsetzungsarbeiten an der Aufbahrungshalle und dem Verwaltungsgebäude am Meidlinger Friedhof konnten abgeschlossen werden. In der Feuerhalle Simmering wurde mit den Bauarbeiten für die etappenweise Erneuerung der Krematoriumsöfen begonnen, ebenso mit dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes auf dem Friedhof Hadersdorf-Weidlingau.

Im Internationalen Studentenheim „Haus Döbling“ in 19, Gymnasiumstraße 85, mußten Feuerwehreinfahrten ausgebaut werden. Die Umbauarbeiten des Hauses der Begegnung Brigittenau in 20, Raffaelgasse 11—13, wurden fertiggestellt, ein Saalzubau wurde errichtet. Für den Umbau des Albert-Sever-Saales in 16, Schuhmeierplatz 18, waren Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten zu leisten. Die Bauarbeiten zur Aufstockung der Volkshochschule Hietzing in 13, Hofwiesengasse 48, wurden fertiggestellt. Weiters wurden im Konservatorium der Stadt Wien in 1, Johannesgasse 4, sowie in den Musikschulen der Stadt Wien bauliche Erhaltungsarbeiten geleistet. Die Sommerstallungen und die Reithalle für die Spanische Reitschule im Lainzer Tiergarten konnten mit Budgetmitteln des Bundes fertiggestellt werden. In den städtischen Forstobjekten an der Tiergartenmauer waren bauliche Erhaltungsarbeiten zu leisten. Die Bauarbeiten zur Neuerrichtung eines Forstarbeiterwohnhauses in Großenzersdorf wurden fertiggestellt. Die Dienststellen des Quellenschutzforstes waren in technischer Hinsicht zu beraten; ferner wurde für sie die Preisangemessenheit von Angeboten usw. überprüft. In der Modeschule der Stadt Wien in 12, Hetzendorfer Straße 87, im Archiv der Stadt Wien in 7, Kandlgasse 30, in der Landesbildstelle der Stadt Wien in 7, Zieglergasse 49, sowie in sämtlichen städtischen Büchereien wurden bauliche Erhaltungs- und laufend Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Für den geplanten Umbau der Objekte in 7, Myrthengasse 7, und in 20, Friedrich-Engels-Platz 24, zu Jugendherbergen waren die Subvention zu begutachten sowie eine begleitende Kontrolle der Bauarbeiten vorzunehmen. Ferner wurden die wirtschaftliche Verwendung von Subventionen zur Instandsetzung von Volkshäusern, Volkshochschulen und Häusern der Begegnung überprüft, die Kostenvorschläge sowie die Preisangemessenheit von Angeboten zu Umbauarbeiten in nahezu sämtlichen Jugendzentren der Stadt Wien kontrolliert und die entsprechenden Arbeiten durchgeführt.

In Fußgänger- bzw. verkehrsberuhigten Zonen wurden diverse Arbeiten wie das Herstellen von Baumscheiben, das Aufstellen von Sitzbänken und dergleichen durchgeführt, so in 1, Hohenstaufengasse (Juridikum — 2. Bauteil), in 3, Uchatusgasse—Czapkagasse, in 4, Wiedner Hauptstraße—Schaumburgergasse, in 5, Pannaschgasse, in 7, St.-Ulrichs-Platz (1. Bauteil), in 8, Tulpengasse, in 9, Sobieskiplatz und Ayrenhoffgasse, in 14, Einwaggasse, in 15, Kriemhildplatz, und in 20, Pöchlarnstraße.

Für die MA 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau — wurden auf dem Lagerplatz in 23, Auer-Welsbach-Straße, ein Aufsichtsgebäude errichtet und das ehemalige Kindertagesheim in 2, Mexikoplatz, abgebrochen. Im Gebäude der Wienflußaufsicht der Magistratsabteilung 45 — Wasserbau — in 14, Hauptstraße 3, wurden im Zuge des Einbaues einer Heizungsanlage Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, ferner diverse Räume für den Heizraum und die Schleuse adaptiert und die Hauskanalanlage umgebaut

Das Gebäude der Hochwasseraufsicht in 22, Am Schierlinggrund, wurde instand gesetzt, diverse Räume für die Einrichtung einer Garderobe, der Aufenthaltsraum und die Werkstätte wurden adaptiert. Für die Magistratsabteilung 48 — Stadtreinigung und Fuhrpark — wurde die Innenauskleidung des Schornsteines der Müllverbrennungsanlage in 16, Flötzersteig, instand gesetzt.

Straßenverwaltung und Straßenbau

Im Jahre 1984 verwaltete und erhielt die Abteilung 2.697 km öffentliche Straßen, von denen 140 km Bundesstraßen, 36 km Autobahnen und 6 km Schnellstraßen waren. Im Gemeindestraßennetz wurden 568.000 m² Fahrbahnen instand gesetzt und 332.000 m² Fahrbahnen neu hergestellt bzw. erneuert. Bei einer mittleren Breite von 8,5 m ergibt dies 67 km instand gesetzte bzw. 39 km neu hergestellte bzw. erneuerte Fahrbahnen. An Autoabstellflächen wurden 48.000 m² neu hergestellt. Auf Gehsteigen wurden 70.000 m² instand gesetzt und 87.000 m² erneuert bzw. neu hergestellt. Bei einer mittleren Breite von 3 m ergab das 23 km instand gesetzt und 29 km neu hergestellte bzw. erneuerte Gehsteige.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen wurden folgende gemeindeeigene Geräte eingesetzt: 10 Straßenwalzen, 17 Gehwegwalzen, 2 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 1 Pneu-Walze, 10 Straßenreparaturfahrzeuge und 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen). Die eingesetzten Straßenreparaturfahrzeuge, die insgesamt 5.745 Arbeitsschichten leisteten und dabei eine Strecke von 55.108 km zurücklegten, ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken. Für die Neuherstellung bzw. Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden von der Abteilung an öffentliche Übersteller und an private Bauwerber 11.997 Aufgrabungsbewilligungen und rund 800 Sonderbewilligungen erteilt. In 69 Fällen wurden in verkehrsreichen Straßen statt Aufgrabungen 21 Bohrungen und 48 Minierungen durchgeführt.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden auch 1984 zwei Pkw, darunter einer mit Funk ausgestattet, eingesetzt. Es wurden 1.348 Inspektionen vorgenommen und dabei 19.000 km zurückgelegt. Bei 13 Prozent aller Inspektionen wurden Mängel festgestellt und deren unverzügliche Behebung veranlaßt. Da die Beanstandungen in fast allen Fällen zum Erfolg geführt haben, beabsichtigt die Abteilung, auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortzusetzen, um eine möglichst klaglose Abwicklung der Aufgrabungen im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 39 — Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien — wurden wieder laufend stichprobenweise Druckversuche mit Lastplatten während der Zuschüttung und auf den zugeschütteten Künetten durchgeführt. Bei den insgesamt 427 Lastplattenversuchen wurden an 320 Stellen positive Ergebnisse erzielt, d. h., die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Bei den restlichen 107 Stichproben, also bei rund 24 Prozent, stellte man eine mangelhafte Verdichtung fest. In diesen Fällen wurden die bauausführenden Firmen beauftragt, die Mängel zu beheben.

Im Jahre 1984 wurde die Ausrüstung der Autobahnmeisterei Inzersdorf durch den Ankauf eines Unimogs, Type U 1000, mit Aufsatzstreuer und Schneepflug, Type Kahlbacher DS 280, eines Aufbaukuranes, Type Paflinger PK 9700, der für einen Lkw bestimmt ist, eines Pritschenwagens, Type Steyr Fiat Ducato, und eines VW Golf ergänzt. Wegen Überalterung wurden ein VW-Pritschenwagen und ein VW Passat abgestoßen.

In Hauptverkehrsstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene Straßenbauten durchgeführt, und zwar Fortsetzungsarbeiten aus den Jahren 1982 bzw. 1983 und Abschlußarbeiten im Jahre 1984 sowie neue Baumaßnahmen. Zu den Fortsetzungs- und Abschlußarbeiten zählen im 2. Bezirk der Mexikoplatz von ONr. 1 bis 3 sowie von ONr. 23 bis 27 sowie die Walcherstraße von ONr. 10 bis 16. An beiden Objekten wurden mit der Aufbringung der endgültigen Beläge auf der Fahrbahn die Arbeiten abgeschlossen. Im 9. Bezirk wurden in der Spittelauer Lände, und zwar an der Auffahrtsrampe Nordbergbrücke, eine Zufahrtsspur zum Schrottlagerplatz der ÖBB hergestellt und Pflasterungsarbeiten an der Anschlußrampe Nordbergbrücke durchgeführt. Außerdem erfolgte in Zusammenhang mit der Überbauung des Franz-Josef-Bahnhofes und der Errichtung einer Brücke zwischen Liechtenwerder Platz und Spittelauer Lände die Anbindung an die Spittelauer Lände. Ferner wurden auf der Spittelauer Lände von ONr. 29 bis 45 die Fahrbahn verbreitert und begleitende Gehsteige neu gebaut. In 9, Liechtensteinstraße von ONr. 139 bis 157 und von ONr. 114 bis 130 wurde im Zusammenhang mit Gleisbauarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe die Fahrbahn umgebaut, und zwar das letzte Teilstück der im Jahre 1981 begonnenen Umbauarbeiten. Ebenfalls in 9, Liechtenwerder Platz, von ONr. 1 bis 5, stellte man den Umbau der Fahrbahn und der Gehsteige fertig. Im 14. Bezirk wurde im Zuge des Neubaus der Ameisbrücke in der Einwaggasse von ONr. 33 bis 35 und in der Karlingergasse, und zwar von der Einwaggasse bis 80 m vor der Ameisgasse, der Umbau der Fahrbahnen durch endgültige Belagsaufbringung zu Ende geführt.

Besonders umfangreich ist die Liste der neuen Baumaßnahmen. Im Zusammenhang mit den für die Durchführung des Beschleunigungsprogramms der Straßenbahnlinie „J“ notwendig gewordenen Gleisbau-

beiten der Wiener Verkehrsbetriebe wurden folgende Straßenabschnitte umgebaut: In 1, Stadiongasse vor ONr. 10, verschmälerte man den Gehsteig, stellte eine Haltestelleninsel her und erneuerte den Belag auf der Fahrbahn. Im 8. Bezirk, in der Josefstädter Straße von ONr. 2 bis 66 und von dem Punkt gegenüber ONr. 2 bis zu dem gegenüber 75, baute man Fahrbahn und Gehsteige um und schuf 2,5 m breite Abstellflächen zwischen den Bandplatten der Straßenbahn und den Randsteinen. Außerdem baute man die Fahrbahn um in der Albertgasse von ONr. 27 bis 29, in der Blindengasse von ONr. 33 bis 35 und in der Skodagasse von dem Punkt gegenüber ONr. 2 bis zu dem gegenüber 4. Im 11. Bezirk wurde der erforderliche Neubau der Haidestraße von der 11. Haidequerstraße bis zur Margetinstraße, der zur Verbesserung der Verkehrsverbindung zum neuen Einkaufszentrum in der Landwehrstraße dient, abgeschlossen. Dadurch ist ein direkter Anschluß an die A4-Ostautobahn gegeben. Der Ausbau wurde übrigens wegen der noch ausstehenden Einbauten nur auf der südlichen Fahrbahnhälfte durchgeführt.

Im 14. Bezirk wurde die Linzer Straße von der Einwanggasse bis zur Diesterweggasse umgebaut. Im Zusammenhang mit der bereits teilweise erfolgten Gleiserneuerung durch die Wiener Verkehrsbetriebe in der Linzer Straße von ONr. 74 bis 104 werden die restlichen Großsteinpflasterflächen durch eine 12 bis 15 cm dicke, bituminöse Tragschicht und eine 4-cm-Asphaltbetonschicht ersetzt; über die bereits vorhandene bituminöse Tragschicht wird ein mindestens 4 cm dicker Asphaltbelag aufgebracht. Mit dem Bau begann man am 19. November 1984, Bauende ist August 1985. Im Zusammenhang mit den für die Durchführung des Beschleunigungsprogramms der Straßenbahnlinie „J“ notwendigen Gleisbauarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe wurde im 16. Bezirk der erforderliche Umbau der Neulerchenfelder Straße vom Johann-Nepomuk-Berger-Platz bis zum Lerchenfelder Gürtel durchgeführt: Man stellte, mit Ausnahme der Kreuzungsbereiche, die mit Asphaltbeton ausgestattet wurden, die Abstellstreifen zwischen den Bandplatten der Wiener Verkehrsbetriebe und den Randsteinen her. Außerdem gestaltete man die Gehsteige im gesamten Baulosbereich neu mit Gußasphalt. Im 18. Bezirk wurde im Zusammenhang mit dem Gleisneubau der Wiener Verkehrsbetriebe mit der Neugestaltung des „Gersthofer Platzs“ begonnen. Ebenso wurde der Umbau der Gersthofer Straße (B 222) von ONr. 4 bis 6 und ONr. 35 bis 45 einschließlich aller angrenzenden und einmündenden Straßenteilabschnitte in Angriff genommen bzw. fertiggestellt, also der Ferrogasse als Umleitungsstrecke, von der Saliergasse bis zur Schöffelgasse, der Gentzgasse von ONr. 121 bis 137, der Herbeckstraße von ONr. 9 bis 21, der Saliergasse von ONr. 29 bis 33, der Schöffelgasse von ONr. 47 bis 55, der Simonygasse von ONr. 4 bis 12 und der Wallrißstraße von ONr. 1 bis 21.

Im 19. Bezirk, und zwar im Bereich der Nußdorfer Lände von der Holzgasse bis vor die Grinzinger Straße, die als Verbindungsfahrbahn unter der B 14—Klosterneuburger Straße dient, ist es nach der Fertigstellung der B 14 notwendig geworden, die unter der Hochstraße liegenden Flächen auszugestalten. Die Abteilung stellt daher in diesem Abschnitt eine 6 m breite Verbindungsfahrbahn her, wobei der Ausbau vorerst nur in einer Länge von zirka 260 m von der Holzgasse nordwärts realisiert werden kann. Für den restlichen, rund 100 m langen Teilabschnitt stehen die erforderlichen Grünflächen noch nicht zur Verfügung. Baubeginn war am 12. November 1984, mit dem Bauende wird Juni/Juli 1985 gerechnet. Im 21. Bezirk wurde für den Ausbau der Straßenverbindung vom Leopoldauer Platz bis zur Wagramer Straße der Bauabschnitt zur Verlängerung der Liebiggasse, und zwar von der Wagramer Straße bis zur Aderklaaer Straße, in Angriff genommen. Bauende ist April 1985. Im Zuge des Baues der Internationalen Schule im 22. Bezirk wurde die Straße der Menschenrechte und die verlängerte Siebeckstraße im Bereich der U-Bahn-Endstelle „Zentrum Kagran“ ausgebaut, und zwar mit Abstellflächen, Gehsteigen und Radwegen; außerdem stellte man Fahrbahnen neu her. Im 23. Bezirk bzw. 13. Bezirk wurde die Speisinger Straße von der Riedelgasse bis zur Wittgensteinstraße nach den Gleisregulierungsarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe vollkommen umgebaut, wobei durch Verschmälerung der Gehsteige auch Abstellflächen neu geschaffen wurden. Im 23. Bezirk führte man im Zuge der Herstellung der Unterführung der Atzgersdorfer Straße unter der Südbahn in der Gerbergasse, von der Ziedlergasse bis zur Atzgersdorfer Straße, den Voraushub für die Magistratsabteilungen 30 — Kanalisation und Entsorgungsbetrieb — und 31 — Wasserwerke — durch. Ferner brachte man in der Knotenbachgasse von ONr. 40 bis 52 und von der Lastenstraße bis zur Endresstraße den endgültigen Belag auf. Außerdem baute man in diesem Bezirk die Umleitungsstrecke für den Ausbau der Kreuzung Breitenfurter Straße von der Brunner Straße bis zur Erlaer Straße.

Neben den Hauptstraßen wurden in folgenden Straßen, die nur örtliche Bedeutung haben, Umbau- und Pflasterungsarbeiten durchgeführt, Beläge hergestellt, Fahrbahnen verbreitert sowie Gehsteige verschmälert: Im 2. Bezirk betraf dies die Lusthausstraße von der Prater Hauptallee bis zur Stadionallee; weiters wurden auf dem Karmeliterplatz gegenüber ONr. 1, in der Oberen Augartenstraße bei ONr. 40 und in der Schrottgießergasse bei ONr. 5 Autobushaltestellen angelegt. Schließlich erstreckten sich solche Arbeiten auf den 5. Bezirk, Nikolsdorfer Gasse von ONr. 21 bis 43, auf den 8. Bezirk, Tulpengasse bei ONr. 6 und Wickenburggasse von ONr. 1 bis 3, auf den 10. Bezirk, Urselbrunnengasse von der Collmannngasse bis zur Moselgasse, auf den 11. Bezirk, Birkenstockgasse, und zwar zirka 30 m vor der Einmündung in die Eyzinggasse, und Haidestraße von der 7. Haidequerstraße bis zum Anschluß an die A4, in der Fahrbahn und Gehsteige hergestellt werden. Auch im 12. Bezirk, Wundtgasse, und zwar im Bereich der Eingänge des Südwestfriedhofs, sowie im 13. Bezirk, Küniglberggasse von ONr. 30 bis

44, wurden entsprechende Arbeiten durchgeführt. In 14, Riedstraße von ONr. 17 bis 71, setzte die Magistratsabteilung 30 — Kanalisation und Entsorgungsbetrieb — die Künette instand. Weiters wurde in diesem Bezirk in der Hauptstraße von ONr. 17 bis 37 und von ONr. 42 bis 66, einschließlich des Plateaus Badgasse, sowie in der Matzingergasse von ONr. 1 bis 21 gearbeitet. Im 17. Bezirk erstreckten sich die Arbeiten auf die Dornbacher Straße von ONr. 49 bis 59, ausgenommen ONr. 53, und auf die Andergasse von der Dornbacher Straße bis zur Heuberggasse, im 19. Bezirk auf die Höhenstraße zwischen der Sieveringer Straße und der Himmelstraße, auf die Krottenbachstraße von dem Punkt gegenüber ONr. 14 bis zu dem gegenüber 20 und auf die Arbesbachgasse von der Obkirchergasse bis zur Leidesdorfgasse, im 20. Bezirk auf die Wasnergasse gegenüber ONr. 21 und gegenüber 43 — dort wurden Autobushaltestellen hergestellt —, im 21. Bezirk auf die Rußbergstraße von der Meriangasse bis zum Hawranekplatz und auf die Wolfsschanzengasse von ONr. 1 bis 11, im 22. Bezirk auf die Zehdengasse von der Josef-Baumann-Gasse bis zur Eipeldauer Straße, auf die Erzherzog-Karl-Straße von der Siebenbürgerstraße bis zur Donaustadtstraße (einschließlich Plateau) sowie von der Godlewskigasse bis zur Donaustadtstraße, und im 23. Bezirk umfaßten die Arbeiten die Leitengasse, die Ketzerergasse von ONr. 132 bis 242 und von ONr. 155 bis 275 sowie von der Karl-Sarg-Gasse bis zur Färbermühlgasse und die Friedensstraße von ONr. 36 bis 58.

Im Zuge der Generalinstandsetzung von Straßenbelägen wurden folgende Straßenabschnitte mit neuen Belägen versehen: im 1. Bezirk der Schottenring von ONr. 26 bis 30, der Opernring von ONr. 2 bis 10, 7 bis 15 und 23, der Kärntner Ring von ONr. 3 bis 5, der Burgring bei ONr. 5, der Dr.-Karl-Renner-Ring bei ONr. 3, der Dr.-Karl-Lueger-Ring von ONr. 2 bis 8 und von der Stadiongasse bis zur verlängerten Bankgasse, wobei auch teilweise die Gehalleen mit neuen Belägen versehen wurden, weiters die Fichtegasse von ONr. 9 bis 11 und die Kantgasse von ONr. 2 bis 4. Im 3. und 4. Bezirk die Prinz-Eugen-Straße von der Karolinengasse bis zum Wiedner Gürtel und im 10. Bezirk die Straße An der Hölle von ONr. 10 bis 18. Mit neuen Belägen versehen wurden im 11. Bezirk die Margetinstraße von ONr. 2 bis 6 und gegenüber, die 1. Haidequerstraße von ONr. 2 bis zur Haidestraße, die Lautenschlägergasse von der Haidestraße bis zur Lindenbauergasse, die Lindenbauergasse von der Lautenschlägergasse bis zur Wachthausgasse und die Wachthausgasse von der Lindenbauergasse bis zur Lautenschlägergasse; im 12. Bezirk die Gaßmannstraße, wo auch die Betonfelder erneuert wurden, die Aichholzgasse von ONr. 38 bis 58, die Rotenmühlgasse von ONr. 41 bis 55 und die Niederhofstraße von der Bendlgasse bis zur Grieshofgasse; im 13. Bezirk die Neukräftengasse von der Gemeindeberggasse bis zur Jagdschloßgasse; im 14. Bezirk die Andreas-Lechner-Straße von ONr. 1 bis 9, die Schloßallee (Unterführung Westbahn) und die Hüttelbergstraße von ONr. 1 bis 169; im 15. Bezirk die Schweglerstraße von ONr. 1 bis 57, der Vogelweidplatz von der Hütteldorfer Straße bis zur Gablenzgasse; im 16. Bezirk die Brunnengasse von der Koppstraße bis zur Thaliastraße; im 17. Bezirk die Amundsenstraße von der Villa Roth bis zur Exelbergstraße, die Hernalser Hauptstraße (Nebenfahrbahn) von der Schadinagasse bis zur Dittersdorfgasse und die Neuwaldegger Straße von der Amundsenstraße bis zur Exelbergstraße; im 19. Bezirk die Krapfenwaldgasse von ONr. 36 bis 58, die Heiligenstädter Straße von ONr. 92 bis 166, die Muthgasse von ONr. 16 bis 34, die Peter-Jordan-Straße von ONr. 2 bis 24 und der Döblinger Gürtel von ONr. 14 bis 28; im 20. Bezirk die Leystraße von ONr. 81 bis 133; im 22. Bezirk die Polgarstraße von der Rugierstraße bis zum Fußweg, die Stadlauer Straße von ONr. 6 bis 16, der Rautenweg vom Fuchsienweg bis zur Spargelfeldstraße und die Hausfeldstraße von der Quadenstraße bis 100 vor der Portheimgasse; im 23. Bezirk die Lastenstraße von ONr. 1 bis 19 und die Speisinger Straße von der Kanitzgasse bis zur Endresstraße.

Im Bereich von städtischen Wohnhausanlagen wurden in folgenden Straßenabschnitten Bauarbeiten (in Klammer das voraussichtliche Bauende) durchgeführt: im 10. Bezirk in der Neilreichgasse von der Wienerfeldgasse bis zum Frödenplatz — östliche und westliche Nebenfahrbahn —, in der Puchsbaumgasse von der Absberggasse bis zum Schleppgleis (Mai 1985), in der Hofherrgasse von der Quellenstraße bis zur städtischen Wohnhausanlage (März 1985), in der Randhartingergasse von der Quellenstraße bis zur städtischen Wohnhausanlage (März 1985) und in der Kempelengasse von der Quellenstraße bis zur städtischen Wohnhausanlage (März 1985); im 12. Bezirk in der Zeleborgasse bei der Wilhelmstraße, von ONr. 38 bis 40, es handelt sich um den Ausbau des Kreuzungsbereiches (April 1985); im 14. Bezirk in der Linzer Straße von ONr. 20 bis 28, in der Molischgasse von ONr. 1 bis 3, in der Bürgersteingasse von ONr. 2 bis 4 und in der Breitenseer Straße von ONr. 110 bis 112; im 15. Bezirk in der Braunhirschengasse ONr. 8, in der Jurekgasse ONr. 13 und in der Rustengasse ONr. 5; im 19. Bezirk in der Guneschasse von ONr. 1 bis 9; im 20. Bezirk in der Burghardtstraße von ONr. 15 bis 25; im 21. Bezirk in der Empergergasse von der Rittingergasse bis zum Umkehrplatz und von der Knöfelgasse bis zur Koschiergasse (1985), in der Knöfelgasse von der Gerasdorfer Straße bis zur Empergergasse (1985), in der Koschiergasse von der Empergergasse bis zur Gasse 9513 (1985), auf der gewidmeten Verkehrsfläche 9388 von der Rittingergasse bis zum Umkehrplatz (1985), auf der gewidmeten Verkehrsfläche 9513 von der Rittingergasse bis zur Brünner Straße (1985), in der Floridusgasse von der Morelligasse bis zur Scheffelstraße, in der Mühschüttelgasse von der Morelligasse bis zur Scheffelstraße und in der Oswald-Redlich-Straße von der Pastorstraße bis zur Kürschnergasse (1985); schließlich im 23. Bezirk in der Jochen-Rindt-Straße von der Kolbegasse bis zur Tenschertstraße, in der Kellerberggasse von ONr. 47 bis 59 und in der Erlaer Straße von ONr. 1 bis 15.

Im Bereich von privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neuanlagen wurden in folgenden Straßenabschnitten Bauarbeiten durchgeführt: im 2. Bezirk am Tandelmarkt von ONr. 20 bis 26 und in der Lampigasse von ONr. 1 bis 9; im 5. Bezirk in der Franzensgasse von ONr. 8 bis 10; im 9. Bezirk in der Pulverturm-gasse von ONr. 6 bis 8; im 10. Bezirk in der Senfgasse von der Bitterlichstraße bis zur Palisagasse, in der Bierlergasse von ONr. 6 bis 8 und bei ONr. 16, schließlich in der Puchsbaumgasse von ONr. 15 bis 17; im 11. Bezirk in der Landwehrstraße von ONr. 2 bis 6 und in der Ehamgasse von der Grillgasse bis zum Umkehrplatz; im 12. Bezirk in der Straße An den Eisteichen von der Hetzendorfer Straße bis zur Thorvaldsengasse, in der Hoffingergasse von der Oswaldgasse bis An den Eisteichen, in der Thorvaldsengasse, und zwar auf der ganzen Länge sowie in der Eibesbrunnergasse von der Wienerbergstraße bis zur Pottendorfer Straße; im 13. Bezirk in der Feldmühlgasse von der Wittgasse bis zur Hietzinger Hauptstraße sowie in der Fehlingergasse im Bereich Furtwänglerplatz, und zwar von ONr. 27 bis zum Ende der Sackgasse (Bauende: April 1985); im 19. Bezirk in der Gallmayergasse von ONr. 6 bis 8, am Nußdorfer Platz von ONr. 6 bis 7, in der Leopold-Steiner-Gasse von ONr. 8 bis 20, in der Straßergasse von ONr. 2 bis 4 und in der Grinzing Allee von ONr. 45 bis 47; im 20. Bezirk in der Stromstraße bei ONr. 3, in der Pasettistraße von ONr. 56 bis 74, in der Dammstraße von ONr. 32 bis 38 und in der Leipziger Straße von ONr. 64 bis 68; im 21. Bezirk in der Leopoldauer Straße von der Hawlicekgasse bis zur Kendegasse; außerdem im 22. Bezirk in der Theodor-Kramer-Straße vom Rennbahnweg bis zur Gasse 9394 und am Bienweg vom Mühlhäufelweg bis zum Biberhaufenweg (Bauende: Ende 1985).

In den Siedlungsstraßen wurde auch im Jahre 1984 eine Reihe von Straßenbauten durchgeführt, deren Bauende für September 1985 geplant ist. Es handelt sich dabei im 11. Bezirk um die Bühlgasse, Ganghofergasse, Gattergasse und Hörtingergasse; im 13. Bezirk um die unbenannte Verkehrsfläche 9040 von der Elisabethallee bis zur Forstlichen Versuchsanstalt; im 22. Bezirk um den Bienweg vom Biberhaufenweg bis zum Mühlhäufelweg, um die Vinzenz-Hauschka-Gasse von der Wrانيتzkygasse bis Am Müllnermais, um den Mühlhäufelweg vom Biberhaufenweg bis Am Müllnermais und um die Gasse 9868 von der Vinzenz-Hauschka-Gasse bis zur Wulzendorferstraße.

Sonstige Arbeiten erstreckten sich auf die Erhaltung der Fußgeherpassagen am Ring sowie auf deren laufend anfallende Reinigungs- und Bewachungsarbeiten, die auch im Jahre 1984 fortgesetzt wurden. Schließlich wurden im Zuge des Beschleunigungsprogramms der öffentlichen Verkehrsmittel am Rennweg von dem Punkt gegenüber ONr. 95 bis zu dem gegenüber 95 A die Fahrbahnarbeiten abgeschlossen.

Auch im Jahre 1984 setzte man die Ausgestaltung von Radwegen fort, und zwar in den Bezirken 2, 10 und 19. Im 2. Bezirk umfaßten die Arbeiten den Radweg entlang der A 23 von der Wehlstraße bis zur Hauptallee; im 10. Bezirk die Columbusgasse von ONr. 5 bis 21 sowie von 23 bis 47 und die Rotenhofgasse von ONr. 1 bis 5. In diesem Bezirk wurde übrigens der Radweg vom Südtiroler Platz bis zum Böhmischem Prater geschlossen. Im 19. Bezirk erstreckte sich die Ausgestaltung der Radwege auf die Donaukanal-Schnellstraße (S 2), und zwar von der Sickenberggasse bis zur Gürtelbrücke; außerdem wurde der Radweg längs des rechten Donaukanalufers unter der Hochstraße B 14 (Klosterneuburger Straße und neben der S 2 — Donaukanal-Schnellstraße) fertiggestellt.

Im Rahmen der Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten nahm die Abteilung entsprechende Umbauten vor, so etwa die Änderung der Randsteinführung. Im 4. Bezirk betraf dies die Klagbaumgasse von ONr. 14 bis Ecke Mittersteig; im 17. Bezirk die Hernalser Hauptstraße vor ONr. 136, die Rötzergasse vor ONr. 83 und die Halirschgasse vom Dr.-Josef-Resch-Platz bis zur Heigerleinstraße; im 20. Bezirk die Hellwagstraße im Kreuzungsbereich Leystraße, wo man Baumscheiben herstellte.

Die Arbeiten im Zuge des Behindertenprogramms bezogen sich auf den 4. Bezirk, und zwar auf die Wiedner Hauptstraße vor ONr. 21, 23 und 26, in der man bei Fußgeherübergangsbereichen Gehsteigabsenkungen herstellte, und auf den 14. Bezirk, in dem im Bereich der Beckmanngasse von ONr. 47 bis 49, der Diesterweggasse von ONr. 4 bis 16 und der Matzingergasse von ONr. 1 bis 21 Gehsteige und Fahrbahn umgebaut und Behindertenabsenkungen durchgeführt wurden.

In folgenden Straßenzügen wurden im Rahmen der Frostschadensbehebungen nach der Winterperiode 1983/84 die Fahrbahnen instand gesetzt und frostsicher ausgebaut: im 1. Bezirk in der Gölsdorf-gasse, Himmelpfortgasse, Wipplingerstraße, am Kärntner Ring, Schottenring und am Rudolphsplatz; im 2. Bezirk in der Böcklinstraße, Thugutstraße und am Volkertplatz; im 3. Bezirk in der Gerlgasse, Jacquingasse, Mechelgasse und Praetoriusgasse; im 5. Bezirk in der Jahngasse und Pilgramgasse; im 9. Bezirk in der Alserbachstraße und Liechtensteinstraße; im 11. Bezirk in der Schemmerlstraße; im 12. Bezirk in der Hetzendorfer Straße; im 13. Bezirk in der Franz-Boos-Gasse, Geylinggasse, Mittermayergasse und Preindlgasse; im 14. Bezirk in der Ameisgasse, Gurkgasse, Hütteldorfer Straße, Knödelhüttenstraße, Märzstraße, Mauerbachstraße, Penzinger Straße, Rupertgasse, Spiegelgrundstraße, Stinglgasse und Tinterstraße; im 15. Bezirk in der Fenzlgasse, Gasgasse, Goldschlagstraße, Grenzgasse und Ullmannstraße; im 16. Bezirk in der Grundsteingasse und Kirchstetterngasse; im 17. Bezirk in der Frauengasse, Hernalser Hauptstraße, Höhenstraße, Kalvarienberggasse, Neuwaldegger Straße, Rosensteingasse, Sautergasse und Wurlitzergasse; im 18. Bezirk in der Josef-Redl-Gasse und Leschetitzkygasse; im 19. Bezirk in der Eisenbahnstraße, Arbesbachgasse, Grinzing Straße, Vormosergasse und Weinberggasse; im 20. Bezirk in der Dammstraße; im 21. Bezirk in der Hawlicekgasse, Oberen Jungenberggasse und am Ruppweg; 22. Bezirk in

der Hausfeldstraße, am Husarenweg, in der Leutholdgasse, am Reiherweg, in der Rittersporngasse, am Speikweg, in der Thujagasse, Tschudigasse und Grohmannstraße; im 23. Bezirk in der Krehangasse, Mehlführergasse, Ruzičkagasse, Taglieberstraße und Keltengasse.

Im Rahmen der Rationalisierung von Instandhaltungsarbeiten wurden Asphaltbetonbeläge auf Fahrstreifen in der erforderlichen Breite aufgebracht, um die vorhandenen Fahrbahnbefestigungen zu verstärken bzw. den Verkehrslärm zu vermindern. Dies umfaßte beinahe die Hälfte der Wiener Gemeindebezirke. Im 4. Bezirk führte man entsprechende Arbeiten in der Apfelgasse von ONr. 1 bis 5 aus; im 9. Bezirk in der Mariannengasse von ONr. 19 bis 33 und in der Nußdorfer Straße von ONr. 2 bis 20; im 10. Bezirk in der Bitterlichstraße, und zwar bei der Bitterlichbrücke und bei der Bundesbahntrasse, am Franzosenweg von ONr. 2 bis 34 und in der Gußriegelstraße von ONr. 3 bis 13; im 11. Bezirk in der Braunhubergasse von ONr. 21 bis 23 und gegenüber, in der Ehamgasse von der Drischützgasse bis zur Zehetbauergasse, in der Herboltgasse — ebenfalls von der Drischützgasse bis zur Zehetbauergasse —, in der Ravelinstraße von ONr. 1 bis 19, in der Blieriotgasse von ONr. 1 bis Unter der Kirche und in der Rudolf-Simon-Gasse von der Sängergasse bis zur Paul-Heyses-Gasse; im 12. Bezirk in der Ehrenfelsgasse von der Rosasgasse bis zur Haschkagasse und in der Rosasgasse von der Rotenmühlgasse bis zur Aichholzgasse; im 14. Bezirk in der Astgasse von ONr. 2 bis 8 und von ONr. 3 bis gegenüber ONr. 8, in der Donhartgasse von ONr. 2 bis 20, in der Lautensackgasse von ONr. 1 bis 2 und von ONr. 2 bis gegenüber ONr. 29 sowie in der Westermayergasse von ONr. 1 bis 15; im 15. Bezirk in der Braunhirschengasse von ONr. 29 bis 51, in der Herklotzgasse von ONr. 29 bis 35 und in der Hütteldorfer Straße von ONr. 28 bis 42; im 16. Bezirk in der Degengasse von ONr. 14 bis 14 B und von 11 bis 19; im 19. Bezirk in der Bellevuestraße von ONr. 8 bis 28, in der Cobenzlgasse von ONr. 7 bis 13, in der Flotowgasse von ONr. 23 bis 25, in der Grinzinger Straße von ONr. 79 bis 99, in der Hameaustraße von ONr. 10 bis 36 und in Neustift am Walde von ONr. 95 bis 101; im 21. Bezirk in der Kürschnergasse von der Oswald-Redlich-Straße bis zum Leopoldauer Platz und in der Stammersdorfer Straße von ONr. 49 bis 93; schließlich im 22. Bezirk in der Schafflerhofstraße von der Kies-Union bis zur Wolfgang-Mühlwanger-Straße und in der Ziegelhofstraße vom Bibernellweg bis zur Breitenleer Straße.

Auch der U-Bahn-Bau bedingte 1984 eine Vielzahl von Straßenbauten, und zwar in den Bezirken 1, 3 und 12. Im 1. Bezirk betraf dies die Akademiestraße von ONr. 8 bis 10, die Bösendorferstraße vor ONr. 9 und vor ONr. 10, den Kärntner Ring von ONr. 8 bis 10, die Kärntner Straße vor ONr. 42, 55 und 57 sowie die Schellinggasse von ONr. 10 bis 12 (Umleitungsstrecke für die Vorarbeiten der U 3/6/7).

Im 3. Bezirk erstreckten sich entsprechende Arbeiten auf den Kreuzungsbereich der Landstraßer Hauptstraße (ONr. 59) — Erdbergstraße—Rasumofskystraße, indem man die Fahrbahn instand setzte, weiters auf die Landstraßer Hauptstraße von der Kundmanngasse bis zur Erdbergstraße, wo man auf der Seite der ungeraden Ordnungsnummern Belagsarbeiten an Fahrbahn und Gehsteig durchführte, und auf die Kundmanngasse von ONr. 29 bis 39 (U-Bahn-Umleitungsstrecke). In den Straßenabschnitten Gigergasse von ONr. 2 bis 6, Henslerstraße von ONr. 1 bis 3, Marxergasse ONr. 1 und in der Stelzhamergasse von ONr. 2 bis 6 führte man Straßenbauten für den Autobusersatzverkehr durch. Ferner wurden die Linke Bahngasse von ONr. 1 bis 9 und die Rechte Bahngasse von ONr. 6 bis 34 zu U-Bahn-Umleitungsstrecken umfunktioniert, und in diversen Teilabschnitten der Hainburger Straße, Messenhausergasse und Lustgasse erfolgten Erd- und Straßenbauarbeiten für die „Baumgrubensanierung“.

Im 12. Bezirk in der Grieshofgasse, und zwar von der Arndtstraße bis zur Niederhofstraße, führte man im 1. Bauteil die baulichen Vorarbeiten für den 3. Bauabschnitt der U 6 durch. Nach Abschluß aller Einbautenumlegungen baute man die Grieshofgasse von der Schönbrunner Straße bis zur Arndtstraße (einschließlich Plateau) und die Kirchbaumgasse von der Ignazgasse bis zur Vivenotgasse um. Schließlich machten Arbeiten, die von den Elektrizitätswerken durchgeführt wurden, es notwendig, die Fahrbahn der Sechtergasse von der Vivenotgasse bis zur Pachmüllergasse umzubauen.

Im Zuge der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden 1984 Straßenbauten in sechs Bezirken durchgeführt. Im 3. Bezirk, im Betriebsbaugebiet „Erdberger Lände“, wurde die Erdberger Lände von der 1. Haidequerstraße bis zur Kappgasse umgebaut. Außerdem begann man im Betriebsbaugebiet „Landstraßer Gürtel“ mit dem Ausbau der Kelsenstraße (einschließlich Verlängerung), wobei das geplante Bauende mit Juni 1985 festgelegt wurde. Im Betriebsbaugebiet „Wienerberggründe West“ (10. Bezirk) wurde die Neuherstellung der Fahrbahnen und Abstellflächen in der Computerstraße von der Gutheil-Schoder-Gasse bis zur Triester Straße und der Ausbau der Gasse 9127, die die Eibesbrunnergasse und Gutheil-Schoder-Gasse verbinden wird, von der Computerstraße bis zur Eibesbrunnergasse abgeschlossen. Ebenfalls im 10. Bezirk, und zwar im Betriebsbaugebiet „Schleiergasse“ — Gewerbehof Schleierbaracken — begann man mit dem Neubau der Gassen 9899 und 9900, deren Fertigstellung für Sommer 1985 geplant ist. Komplett erneuert wurde im Betriebsbaugebiet „Alberner Hafen“ (11. Bezirk) die Alberner Hafenzufahrtsstraße von der Margetinstraße bis zur Warneckestraße. Im 21. Bezirk, Betriebsbaugebiet „Scheidgasse“, baute man die gewidmeten Verkehrsflächen Nr. 6087 und 6088, jeweils von der Scheidgasse bis zum Umkehrplatz, aus. Im Betriebsbaugebiet „Industriepark Nord“ (22. Bezirk) werden die Gasse 6003 zur Gänze und die Gasse 6001 vom Ausbauende bis zur Gasse 6003 neu hergestellt. Für

beide Gassen bzw. -abschnitte wurde das Bauende mit März 1985 festgelegt. Umfangreiche Arbeiten waren im Betriebsbaugebiet „Draschegründe West“ (23. Bezirk) notwendig, in dem der Bau folgender Straßen fortgeführt bzw. abgeschlossen (2. Bauteil) wurde: Pfarrgasse von der Traviatagasse bis zur Slamastraße, Richard-Strauß-Gasse von der Anton-Ochsenhofer-Gasse bis zur Grenzgasse und Slamastraße von der Gasse 5963 bis zur Gasse 6025 — diese drei Straßenabschnitte sollen im Sommer 1985 fertiggestellt werden; weiters betrafen die Bauarbeiten die Gasse 6019 von der Richard-Strauß-Straße bis zur Toscaninogasse, die Adamovičgasse von der Richard-Strauß-Gasse bis zur Pfarrgasse und schließlich die Lamezanstraße von der Gasse 5963 bis zur Gasse 6018.

Die Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen, provisorischen Wohnstraßen und Fußgeherzonen wurde auch im Jahre 1984 fortgesetzt. Im 1. Bezirk schuf man in den Straßenabschnitten Salvatorgasse von ONr. 5 bis 7 und Stoß im Himmel von ONr. 2 bis 4 verkehrsberuhigte Zonen. Den Charakter von provisorischen Wohnstraßen erhielten im 3. Bezirk die Dißlergasse von ONr. 2 bis 12 und die Pfefferhofgasse von ONr. 2 bis 8. Die Schaffung der verkehrsberuhigten Zone „Hörnerviertel“ (3. Bauabschnitt) erforderte Arbeiten in den Abschnitten Geusaugasse von ONr. 34 bis 48 und 50 bis 52, Hießgasse von ONr. 2 bis 16, Hörnesgasse von ONr. 24 bis 26, Kübeckgasse von ONr. 2 bis 18, Kundmanngasse von ONr. 2 bis 6 und Wassergasse von ONr. 2 bis 14. In der Landstraßer Hauptstraße bei ONr. 28 wurde der „Sünnhof“, ein öffentlicher Durchgang zwischen der Landstraßer Hauptstraße und der Ungargasse, im Rahmen der Revitalisierung zu einer Fußgeherzone umgestaltet. Zu verkehrsberuhigten Zonen umgebaut wurden die Straßenabschnitte Czapkagasse vom Esteplatz bis zum Ende der Sackgasse sowie von ONr. 6 bis 10, der Esteplatz von ONr. 1 bis 4, die Straßenabschnitte Geusaugasse vom Esteplatz bis zum Ende der Sackgasse, Uchatiusgasse, ebenfalls vom Esteplatz bis zum Ende der Sackgasse, Custozzagasse von ONr. 14 bis 18, Hetzgasse von ONr. 42 bis 44, Kegelgasse von ONr. 42 bis 46, Krieglergasse von ONr. 16 bis 18 und Paracelsusgasse von ONr. 1 bis 5. Außerdem wurde im 3. Bezirk die Kleistgasse von ONr. 3 bis Bezirk 7 zu einer Wohnstraße und die Dietrichgasse von ONr. 57 bis 63 zu einer verkehrsberuhigten Zone umgebaut.

Im 4. Bezirk wurden drei verkehrsberuhigte Zonen geschaffen, und zwar in der Wiedner Hauptstraße von ONr. 49 bis 63, im Kreuzungsbereich Wiedner Hauptstraße — Mozartgasse von ONr. 29 bis 31 — und in einem Teilbereich des Rilkeplatzes, wo man unter anderem Radabweiser aufstellte. Die Arbeiten erstreckten sich im 5. Bezirk auf die Pannaschgasse von ONr. 2 bis 8 (provisorische Wohnstraße), im 6. Bezirk auf die Wallgasse von ONr. 28 bis 32 (verkehrsberuhigte Zone), im 7. Bezirk auf den gesamten St.-Ulrichs-Platz (Fußgeherzone) und im 8. Bezirk auf die Tulpengasse bei ONr. 6 sowie auf die Wickenburggasse von ONr. 1 bis 3, wo jeweils eine verkehrsberuhigte Zone geschaffen wurde. Im 9. Bezirk legte man verkehrsberuhigte Zonen an in der Sobieskigasse von ONr. 5 bis 13 und 1 bis 8, in der Lustkandlgasse von ONr. 49 bis 55, in der Säulengasse von ONr. 1 bis 31, in der Ayrenhoffgasse von ONr. 1 bis 3 und 6 bis 14 sowie in der Sobieskigasse von ONr. 32 bis 36. Außerdem arbeitete man in diesem Bezirk in der Fechtergasse von ONr. 14 bis 24, in der Simon-Denk-Gasse von ONr. 9 bis 11 und in der Badgasse von ONr. 1 bis 7 an verkehrsberuhigten Zonen, die im Juni 1985 fertiggestellt sein sollen.

Während im 12. Bezirk nur eine Wohnstraße, Mandlgasse von ONr. 1 bis 15, geschaffen wurde, häuften sich im 15. Bezirk die Arbeiten. In der Plunkergasse vor ONr. 2, Zwingligasse vor ONr. 1 und 2, Diefenbachgasse von ONr. 13 bis 15 und gegenüber sowie am Kriemhildplatz von der Reuenthalgasse bis zur Landmaispasse schuf man verkehrsberuhigte Zonen. Wohnstraßen wurden angelegt in den Straßenabschnitten Plunkergasse von ONr. 14 bis 24, Holochergasse von ONr. 28 bis 40, Kannegasse von ONr. 2 bis 16, Loeschekohlasse von ONr. 34 bis 40, Wurmsergasse von ONr. 37 bis 38 und 43 bis 44, Pilgerimgasse von ONr. 1 bis 7 sowie im Straßenabschnitt Zinckgasse von ONr. 2 bis 10. Im 18. Bezirk gestaltete man die Alsegger Straße von ONr. 47 bis 49 und den Bischof-Faber-Platz von ONr. 1 bis 5 sowie von dem Punkt gegenüber ONr. 1 bis zu dem gegenüber 2 zu verkehrsberuhigten Zonen um und legte in der Leitermayergasse von ONr. 45 bis 47 eine Wohnstraße an. Schließlich wurden im 20. Bezirk in der Pöchlarnstraße von ONr. 11 bis 13 eine Fußgeherzone und in der Raffaelgasse vor ONr. 9 eine verkehrsberuhigte Zone geschaffen.

Die laufenden Instandhaltungsarbeiten konzentrierten sich vorwiegend auf Gehsteigumbauten bzw. -erneuerungen sowie auf Umbauten und Regenerierungen kleineren Umfanges von Fahrbahnen. Dies betraf im 1. Bezirk die Bereiche Dorotheergasse von ONr. 13 bis 15, Fichtegasse vor ONr. 1 bis 1 A, 2 bis 2 A, 4 und 5 bis 7, Kärntner Straße von ONr. 11 bis 49, Schwarzenbergplatz von ONr. 1 bis 3, Stallburggasse von ONr. 2 bis 4 und Hegelgasse vor ONr. 14; im 2. Bezirk die Bereiche Handelskai bei ONr. 170, 300 A, 426 und von ONr. 216 bis 220, Heinestraße von ONr. 33 bis 37 und Große Mohrengasse von ONr. 1 bis 11; im 4. Bezirk die Bereiche Große Neugasse ONr. 17 und Mittersteig von ONr. 2 bis 2 A; im 7. Bezirk den Bereich Kaiserstraße von ONr. 38 bis 68; im 8. Bezirk den Bereich Friedrich-Schmidt-Platz von ONr. 1 bis 7; im 9. Bezirk die Bereiche Höfergasse von ONr. 10 bis 18, Nadlergasse vor ONr. 8 und vor ONr. 3, Nußgasse von ONr. 4 bis 10, Pulverturmstraße von ONr. 6 bis 8, Rummelhardtstraße von ONr. 2 bis 6, Sobieskigasse von ONr. 29 bis 31 A und Vereinsstiege von ONr. 1 bis 3; im 13. Bezirk die Bereiche Auhofstraße von der Geylinggasse bis zur Testarellogasse, Linienamtstraße von der Eisenbachgasse bis zur Tewelgasse und St.-Veit-Gasse bei ONr. 58 und 60 und gegenüber; im 14. Bezirk die Bereiche Breitenseer Straße von der Kirche bis ONr. 50 und von ONr. 29 bis 31, Kandlerstraße von ONr. 21 bis 23

und ONr. 24 bis zur Kirche und Phillipsgasse von ONr. 1 bis 13; im 15. Bezirk den Bereich Reichsapfelgasse von ONr. 20; im 16. Bezirk den Bereich Fröbelgasse vor ONr. 27; im 17. Bezirk die Bereiche Ortliebgasse von ONr. 21 bis 37, Röntgengasse von ONr. 49 bis 99 und Trenkwaldgasse von ONr. 2 bis 22; im 18. Bezirk die Bereiche Alseger Straße vor ONr. 46, Ferrogasse vor ONr. 4, Hockegasse von ONr. 89 bis 95, Saliergasse vor ONr. 39 und Schöffelgasse von ONr. 62 bis 64 und vor ONr. 52; im 19. Bezirk die Bereiche Billrothstraße von ONr. 1 bis 5, Celtesgasse von ONr. 2 bis 14, Döblinger Hauptstraße von ONr. 1 bis 3, Hameaustraße von ONr. 2 bis 14, Kahlenberger Straße von ONr. 1 bis 19, Leopold-Steiner-Gasse von ONr. 20 bis 24 und Radelmayergasse von ONr. 6 bis 16, in der abschnittsweise örtliche Instandsetzungen durchgeführt wurden; im 20. Bezirk den Bereich Ospelgasse von ONr. 2 bis 16; im 21. Bezirk die Bereiche Stöhrigasse vor ONr. 5 und 6, Miklosichgasse von ONr. 13 bis 17 (Bauende: März 1985), Äugelgasse von ONr. 8 bis 12, Andreas-Hofer-Straße von ONr. 5 bis 9, Bellgasse von ONr. 22 bis 24, Floridusgasse von ONr. 29 bis 35, Langenzersdorfer Straße von ONr. 7 bis 9, Wannemachergasse von ONr. 4 bis 8, Büchnergasse von der Prießnitzgasse bis zur Freytaggasse und O'Brien-Gasse von ONr. 24 bis 30; im 22. Bezirk die Bereiche Arnikaweg von der Oberfeldgasse bis zur Breitenleer Straße, Breitenleer Straße, auf einer Länge von 200 m von der Süßenbrunner Straße bis zur Ziegelhofstraße, Hartlebengasse von ONr. 112 bis 128, Lupinenweg von ONr. 1 bis 17, Reclamgasse von ONr. 1 bis 27, Lobaugasse vom Schiefweg bis zur Heustadlgasse, Rosmaringasse vor ONr. 2 und ONr. 20, Spargelfeldstraße von der Quadenstraße bis zur Oberfeldgasse und Wolfgang-Mühlwanger-Straße von der Cassinonestraße bis zur Landesgrenze; im 23. Bezirk schließlich betraf dies die Bereiche Jesuitensteig vor ONr. 3, 7, 11, 19 bis 23, 25, Maireckergasse ONr. 9 und Pfitznergasse von ONr. 1 bis 11 und von dem Punkt gegenüber ONr. 1 bis zu dem gegenüber 11.

Die Abteilung baute 1984 Gehsteige, Parkplätze und dergleichen bei Bundesstraßen, und zwar im 2. Bezirk am Radweg (A 20) von der Wehlistraße bis zur Hauptallee entlang der Auffahrt zur A 20; im 7. Bezirk am Inneren Neubaugürtel (B 221) gegenüber ONr. 38, wo im Bereich des Fußgeherüberganges Betonfelder instand gesetzt wurden; im 9. Bezirk am Währinger Gürtel (B 221) gegenüber ONr. 132 bis gegenüber ONr. 146, wobei Gehsteige instand gesetzt wurden; im 10. Bezirk in der Raxstraße (B 225) gegenüber ONr. 27 F und in der Favoritenstraße (B 225/B 16) im Bereich des Verteilerkreises Himberger Straße, wo Gehsteige hergestellt wurden; im 11. Bezirk in der Simmeringer Hauptstraße, Etrichstraße und Zinnergasse (B 10), wobei Gehsteige instand gesetzt wurden; im 12. Bezirk in der Altmannsdorfer Straße (B 224), wo im Bereich Sagedergasse und Gaßmannstraße Gehsteige angelegt wurden; im 14. Bezirk am Flötzersteig (B 223) von ONr. 113 bis 117 (Gehsteigerstellungen); im 15. Bezirk an der Verbindungsfahrbahn vom Neubaugürtel zum Europaplatz (B 221), und zwar an der Einfahrt zum Westbahnhof, wo im Bereich des Fußgeherüberganges ein Betonfahrbahnumbau durchgeführt wurde; im 16. Bezirk in der Gablenzgasse (B 223) von ONr. 64 bis 68 (Gehsteigumbau); im 16. Bezirk in der Maroltingergasse (B 222), wo in diversen Teilbereichen Gehsteige hergestellt wurden; im 20. Bezirk in der Adalbert-Stifter-Straße (B 226) vor ONr. 73, wo man Gehsteige und Parkstreifen instand setzte; und schließlich im 23. Bezirk in der Brunner Straße (B 12) von ONr. 44 bis 50 (Gehsteigerstellungen). Außerdem wurde 1984 im gesamten Bereich der Wiener Gürtelstraße (B 221) von der Nußdorfer Straße bis zur Gumpendorfer Straße an verschiedenen Verbindungsfahrbahnen zwischen dem Innen- und dem Außengürtel der Fugenverguß bei Betonfahrbahndecken erneuert.

Umfangreiche Arbeiten erforderten auch die Straßenbauten für andere Dienststellen. Im 2. Bezirk führte man im Bereich Taborstraße—Nordbahnstraße (Plateau) im Zusammenhang mit der Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage durch die Magistratsabteilung 46—Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten—Umbauarbeiten durch, und in der Nordpolstraße von ONr. 1 bis 3 leistete man Instandsetzungsarbeiten im Zusammenhang mit der Herstellung von Grünflächen durch die Magistratsabteilung 42—Stadtgartenamt. Für die Magistratsabteilung 30—Kanalisation und Entsorgungsbetrieb—wurde im 3. Bezirk in der Erdberger Lände von der 1. Haidequerstraße bis zur Kappgasse eine Bedienungstraße über dem rechten Hauptsammlerkanal mit einem Umkehrplatz südlich der A 4 gebaut. Baumscheibeneinfassungen mußten im 7. Bezirk in der Myrthengasse ONr. 9 und im 9. Bezirk in der Pramergasse von ONr. 1 bis 5 für die Magistratsabteilung 42—Stadtgartenamt—hergestellt werden, und im 13. Bezirk leistete man im Lainzer Tiergarten für die Magistratsabteilung 49—Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien—Erhaltungsarbeiten im örtlichen Straßennetz. Schließlich wurden im 20. Bezirk in der Raffaelgasse von ONr. 9 bis 13 Baumscheiben hergestellt und der damit zusammenhängende Umbau der Fahrbahnentwässerung durchgeführt, und zwar für die Magistratsabteilung 26—Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten.

Außerdem sanierte die Abteilung im Zusammenhang mit Belagsarbeiten in der Spittelauer Lände (S 2) die Fahrbahn der Umleitungsstrecke im 9. Bezirk, und zwar in der Gussenbauergasse ONr. 1 und 2, am Spittelauer Platz ONr. 1 und 2 und in der Nordbergstraße von ONr. 2 bis 6, und baute einen neuen Lagerplatz—zuständig für den 12. Bezirk—in 23, Auer-Welsbach-Straße bei ONr. 44.

Nach der Übersicht über die Gemeindestraßen folgt nun eine Bilanz der Arbeiten, die von der Abteilung an Bundesstraßen und Autobahnen geleistet wurden. Auf den Bundesstraßen B und S (in Klammern

die Zahlen für Gemeindestraßen) wurden für Befestigungen von Fahrbahnen 26.200 m² Zementbetondecken, 51.600 m² (8.000 m²) Asphaltbetonbeläge, 29.800 m² Hartgußasphaltbeläge, 52.500 m² (8.000 m²) bituminöse Kiestragschichten, 2.000 m² (1.000 m²) Klein- und Großsteinpflaster, 49.400 m² (8.000 m²) mechanisch stabilisierte Tragschichten und 11.400 m² Fahrbahnunterlagsbeton aufgebracht. Bei Erdarbeiten wurden 44.400 m³ (5.000 m³) abgegraben, 8.900 m³ (100 m³) angeschüttet, 16.200 m³ (1.500 m³) für Frostschutzmaßnahmen und 100 m³ für Humusierung verbraucht. Insgesamt wurden 17.800 Arbeitsschichten geleistet. Der geschätzte Kostenaufwand einschließlich der Grundeinlösung, des Gesamtaufwandes der Bundesstraßenverwaltung, der auch die Aufwendungen der Magistratsabteilungen 29 — Brückenbau und Grundbau —, 33 — Öffentliche Beleuchtung —, 42 — Stadtgartenamt —, 46 — Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten — und die Kosten für Erhaltung umfaßt, belief sich auf 600 Millionen Schilling, wovon 8 Millionen Schilling von der Abteilung aufgebracht wurden.

Auf den Autobahnen wurden für Ausbau und Instandsetzung 59.565 m² Asphaltbeton, 300 m² Hartgußasphalt, 54.278 m² bituminöse Tragschichten, 11.300 m² mechanisch stabilisierte Kiestragschichten und 38.000 m² zementstabilisierte Tragschichten aufgebracht. Bei Erdarbeiten wurden 77.020 m³ abgegraben, 62.000 m³ angeschüttet, 2.900 m³ für Humusierung und 27.000 m³ für Frostschutzmaßnahmen verwendet. Ferner wurden 5.800 m² Lärmschutzwände errichtet, 2.350 m³ Stahlbeton für aufgehendes Mauerwerk aufgebracht sowie 1.340 m³ Pfahl- und Fundamentbeton und 112 t Formstahl verwendet. Insgesamt leistete man 1984 8.730 Arbeitsschichten. Der Kostenaufwand betrug 285,5 Millionen Schilling, wovon auf den Ausbau 184,7, auf die Erhaltung 34,2 und auf sonstiges 66,6 Millionen Schilling entfielen.

Die folgende Übersicht über die wichtigsten Arbeiten an den Bundesstraßen B und S sowie A vermittelt ebenfalls einen Eindruck vom Arbeitsaufwand, der im Jahre 1984 von der Abteilung erbracht wurde. Unter den Arbeiten auf den Bundesstraßen B und S sind zunächst im Zuge der B 1 — Wiener Straße Belagsarbeiten zu nennen, und zwar in 15, Linke Wienzeile vom Gumpendorfer Gürtel bis zur Ullmannstraße, in 14, Hadikgasse von der Schloßallee bis zur Diesterweggasse, und in 13, Hietzinger Kai von der Testarellogasse bis zur Hügelgasse. Die B 3 — Donaustadtstraße erforderte im 21. Bezirk, in der Prager Straße von der Galvanigasse bis zur Autokaderstraße, die Herstellung von Gehsteigen sowie Belagsarbeiten, im 22. Bezirk, in der Erzherzog-Karl-Straße von der Siebenbürgerstraße bis zur Donaustadtstraße, den Umbau des Plateaus Erzherzog-Karl-Straße/Donaustadtstraße und Belagsarbeiten und im 21. Bezirk, in der Angerer Straße von der Brünner Straße bis zur Schleifgasse, Umbau- und Verbreiterungsarbeiten. Im Zuge der B 8 — Angerer Straße wurden im 2. Bezirk, in der Lassallestraße vom Praterstern bis zur Vorgartenstraße, Ladestraßen auf ÖBB-Grund und ein Rad- und Gehweg neben dem Frachtenbahnhof der ÖBB hergestellt, außerdem wurde im 22. Bezirk die Wagramer Straße von der Rolandgasse bis zur Julius-Ficker-Straße voll ausgebaut. Die B 221 — Wiener Gürtelstraße machte Arbeiten in drei Bezirken erforderlich: im 9. Bezirk wurde die Fahrbahn des Währinger Gürtels beim AKH-Tunnel wiederhergestellt, im 4. Bezirk führte man am Wiedner Gürtel, und zwar an der Unterführung Südtiroler Platz, Belagsarbeiten durch, und im 19. Bezirk wurden die Betondecken des Döblinger Gürtels von der Gürtelbrücke bis zur Sommergasse erneuert und der Abschnitt Heiligenstädter Straße — Liechtenwerder Platz umgebaut. Im Zuge der B 222 — Wiener Vorortestraße wurden im 19. Bezirk in der Barawitzkagasse — es handelte sich um die Stauräume vor der Heiligenstädter Straße und der Hohen Warte — Belagsarbeiten durchgeführt; im Bereich Gersthofer Straße/Gersthofer Platz (18. Bezirk) wurde die Straße umgebaut, und im Bereich Ameisgasse/Karlingergasse (14. Bezirk) brachte man Fahrbahndecken auf. Die B 225 — Wienerbergstraße erforderte den Neubau der Haidestraße von der 7. Haidequerstraße bis zum Anschluß an die A 4 (11. Bezirk) und eine Belagserneuerung im Bereich Raxstraße/Grenzackergasse von der Neureichgasse bis zum Verteilerkreis Favoriten (10. Bezirk). Im Zuge der B 227 — Donaukanalstraße wurden im 2. Bezirk in der Unteren Donaustadtstraße vor der Aspernbrücke provisorische Verarbeitungen und Belagsarbeiten durchgeführt, und die Obere Donaustadtstraße von der Herminengasse bis zur Brigittenauer Lände wurde voll ausgebaut. Ebenso wurde im 20. Bezirk die Brigittenauer Lände von der Friedensbrücke bis zur Leipziger Straße voll ausgebaut wie auch im 3. Bezirk die Weißgerberlände — Dampfschiffstraße von der Rotundenbrücke bis zur Uraniabrücke, wobei man hier auch einen Radweg herstellte. Schließlich wurde im 9. Bezirk die Roßauer Lände von der Grünentorgasse bis zur Augartenbrücke voll ausgebaut, und in der Spittelauer Lände wurden auf dem Abschnitt Friedensbrücke — Abfahrt Nordbergbrücke Belagsarbeiten durchgeführt. Außerdem wurde im Gemeindestraßenbereich von der Sickenberggasse bis zur Gürtelbrücke (19. Bezirk) ein Rad-, Geh- und Treppelweg angelegt.

Im Bereich der Autobahnen (Bundesstraßen A) konnten im Jahre 1984 eine Reihe wichtiger Bauvorhaben bzw. Baulose fertiggestellt werden. Auf der A 1 — Westautobahn wurde in kleineren Bereichen die Fahrbahndecke instand gesetzt, und auf der A 2 — Südatautobahn beseitigte man Spurrinnen und brachte bituminöse Fahrbahndecken auf. Die A 4 — Ostautobahn erforderte im Bereich der Stadionbrücke die Aufstellung von Leitschienen, im Bereich der Simmeringer Heide die Errichtung einer Lärmschutzwand sowie in der Alberner Straße im Bereich des Eisenbahnüberganges über die A 4 Deckenarbeiten. Die Arbeiten im Bauabschnitt Nord der A 22 — Donauferautobahn, nämlich im Bereich Floridsdorfer Brücke bis zur Landesgrenze zwischen Wien und Niederösterreich, konnten abgeschlossen werden. Außerdem wurden

Straßenbauten und Nebenarbeiten durchgeführt, Lärmschutzmaßnahmen getroffen und Stützmauern errichtet. Auch entlang der S 2 im Bereich des Knotens Floridsdorf — Prager Straße wurden Lärmschutzmaßnahmen getroffen; man errichtete eine Lärmschutzwand. Die A 23 — Autobahn Südosttangente erforderte im Bereich Knoten Prater und Anschlußstelle Handelskai die Beseitigung von Spurrinnen und die Sanierung der Fahrbahndecke. Weiters wurde der Lärmschutzdamm am Anningerweg erhöht und für den Bereich der Kleingartenanlage zwischen Moselgasse und Puchsbaumgasse eine Lärmschutzwand errichtet. Schließlich verbreiterte man beim Anschluß an den Landstraßer Gürtel die Fahrbahn und führte eine Reihe von kleineren Instandsetzungsarbeiten an Fahrbahndecken aus. Fortgeführt bzw. neu begonnen hingegen wurden folgende Bauvorhaben: Im Zuge der A 22 — Donauuferautobahn wurden im Bauabschnitt Mitte im Bereich Floridsdorfer Brücke — Brigittener Brücke Straßenbauten durchgeführt, eine Stützmauer errichtet und Lärmschutzmaßnahmen getroffen. Schließlich wurden an der A 23 — Autobahn Südosttangente zwei Lärmschutzdämme errichtet, einer südlich der Per-Albin-Hansson-Straße, der andere für die Kleingartenanlage Wasserwiese.

Brückenbau und Grundbau

Die Abteilung gliedert sich in die Bereiche Brückenbau, Grundbau, Brückenprüfung und Sonderbauten, wobei die beiden ersten städtische wie auch Bundesbauvorhaben betreffen.

Im Bereich des Brückenbaus handelt es sich um Brückenneubauten und Brückenerhaltung. Die städtischen Brückenneubauten umfaßten fünf Projekte. 1984 wurden die Arbeiten für die Errichtung von Stützmauern im Wettsteinpark beim linksufrigen Brückenkopf der Roßauer Brücke beendet. Ebenso wurde rechtsufrig die Absenkung der U-Bahn-Galerie zu beiden Seiten des Brückenkopfes durchgeführt sowie die fehlende Galerieverkleidung ersetzt, womit die Bauarbeiten zur Gänze abgeschlossen wurden. Im Bereich der U-Bahn-Station Donauinsel begann man mit dem Bau der beidseitig der Reichsbrücke auf die Donauinsel führenden Rampen. Das untere Rampendeck dient dem Fußgänger- und Radfahrerverkehr, während das obere Rampendeck für Einsatzfahrzeuge bestimmt ist. Die Beendigung der Arbeiten ist im Jänner 1986 vorgesehen, allerdings wird die oberstromige Rampe bereits im Sommer 1985 benützlich sein. Die Unterführung Atzgersdorfer Straße, durch die die Überflutung dieses Straßenzuges durch Grundwasser auf dieser Einschnittsstrecke verhindert werden soll, erfordert die Errichtung einer wasserdichten Wanne unterhalb der Südbahn im Zuge der Niveaufreimachung der Atzgersdorfer Straße bzw. Verlängerung der Gerbergasse. Der Baubeginn erfolgte im Juni 1984, das Bauende ist für April 1985 vorgesehen. Der gesperrte Steg über die Verbindungsbahn im Zuge der Rosenhügelstraße wurde 1984 abgetragen und wird durch einen Neubau 40 m östlich des alten Standortes ersetzt. Die Arbeiten für den Neubau begannen im Dezember 1984 und werden im Juni 1985 beendet. Über dem Gerinne der Neuen Donau vor Kaisermühlen auf der Höhe der Mendelssohnstraße wird eine 207 m lange und 4 m breite Fußgängerbrücke — Stahlfachwerk mit Holzbohlenbelag — errichtet. Im Jahre 1984 wurde mit den Tiefbauarbeiten begonnen; die komplette Fertigstellung soll 1986 erfolgen.

Die Bundesbauvorhaben im Brückenneubau erstreckten sich auf insgesamt sieben Projekte. Die Errichtung der Fahrbahn 200 — Auffahrt von der A 22 auf die Floridsdorfer Brücke in stadtauswärtsführender Richtung — erforderte den Bau einer 146 m langen Stützmauer. Mit der Montage der Leitschienen konnten die Arbeiten im Mai 1984 abgeschlossen werden. Nach der Fertigstellung des Rohbaues der Brücke im Zuge der Fahrbahn 600 über die A 22 wurde die Brückenausrüstung montiert und der Belag aufgebracht, womit die Arbeiten im Mai abgeschlossen werden konnten. Die im Jahre 1983 begonnenen Arbeiten an der 203,7 m langen Grünbrücke beim Islamischen Zentrum, die in Form eines erdüberschütteten und bepflanzten Tunnels über die A 22 — Donauuferautobahn einschließlich Rampentragwerk zur Überführung der Arbeiterstrandbadstraße geplant worden war, wurden fortgesetzt und im Oktober 1984 fertiggestellt. Wegen der Weiterführung der A 22 unterhalb der S-Bahn-Brücke mußte die vorhandene Hubertusdammbrücke durch eine neue Eisenbahnbrücke mit größerer lichter Öffnung ersetzt werden. Diese Brücke wurde stromauf der alten Brücke errichtet und innerhalb einer Gleissperre von 48 Stunden eingeschoben und dem Verkehr übergeben. Die Arbeiten für einen Fußgängersteg über die Autobahn, eine Stiegenanlage, Stützmauer und einen Rampensteg sind noch im Gange und sollen im Juni 1985 abgeschlossen werden. Die stadteinwärts führende Richtungsfahrbahn der Nordbrücke wird durch die Errichtung einer Abbiegerelation mit der Hochstraße B 14 in Richtung Klosterneuburg direkt verbunden. Die Arbeiten für den Unterbau wurden bereits durchgeführt. Im Mai 1986 sollen sämtliche Bauarbeiten abgeschlossen sein. Die Bauarbeiten für die erdüberschüttete Tunnelkonstruktion über die A 22 unterhalb der Brigittener Brücke als Verbindungsspanne zwischen Donaupark und dem Erholungsgebiet Neue Donau — Grünbrücke Donaupark — wurden im November 1984 begonnen und werden im Februar 1986 beendet. Auf der Südost-Tangente wurde im Bereich Auffahrt St. Marx bis Abfahrt Gürtel auf der Seite zum Wohngebiet Hofmannsthalgasse in den Monaten Juli bis November 1984 eine Lärmschutzwand errichtet.

In den Bereich der Brückenerhaltung — städtische Bauvorhaben — fiel zunächst die Kennedybrücke. Die im Jahre 1983 begonnenen Generalinstandsetzungsarbeiten bei den Fahrbahn- und Gehwegbereichen wurden beendet. Man erneuerte die Isolierung und Beläge der Gehwege im Stationsbereich und die Gleiskörper. Im Zuge

dieser Arbeiten mußte auch der durch eingedrungenes Salzwasser zerstörte Aufbeton bei den Tragwerkskonstruktionen in größerem Umfang instand gesetzt werden. Ferner wurde die Isolierung des Fahrbahnbelages sowie der Dilatationen der Rotundenbrücke über dem Donaukanal abgeschlossen. Am Belghofersteg im Zuge der Belghofergasse—Schwenkgasse über der Donauländebahn wurden die Stufen und der Belag erneuert sowie die Isolierung und der Randbalken neu hergestellt. Ferner wurde der wegen des schlechten Bauzustandes erforderliche Abtrag des Rosenhügelstegs im Zuge der Rosenhügelstraße über der Verbindungsbahn im Oktober 1984 durchgeführt. Am Hackinger Steg über dem Wienfluß bei der Stadtbahnstation Hütteldorf setzte man die Stiegenanlagen instand, wechselte Stufen aus und stellte eine Isolierung sowie Randbalken neu her. Am Zollamtssteg zur Vorderen Zollamtsstraße über dem Wienfluß wurden der Korrosionsschutz der Tragwerkskonstruktionen erneuert, der Holzbohlenbelag zum Teil erneuert und kleinere Schlosser- und Stahlbetonarbeiten durchgeführt. Die Instandsetzung der Gehwegkonstruktionen, des Fahrbahnbelages und des Korrosionsschutzes der Tragwerkskonstruktionen der Schmelzbrücke konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Schließlich wurden am Laberlsteig im Zuge des Laberlweges über dem Kaiserwasser die Stiegenanlagen durch Kinderwagenrampen ergänzt. Außerdem wurde der Gaswerksteg über der A 4 nach einem Verkehrsunfall sofort instand gesetzt.

Die Brückenerhaltung im Bereich der Bundesbauvorhaben erstreckte sich auf fünf Objekte. Die im Jahre 1983 begonnenen Instandsetzungsarbeiten an der Erdberger Brücke über dem Donaukanal im Zuge der A 23 wurden abgeschlossen: Man erneuerte die Isolierung, Beläge, Randbalken, Trennstreifen und Dilatationen. An der Gürtelbrücke im Zuge der S 23 — Wiener Gürtelstraße setzte man Gehwege und Stiegenanlagen instand und erneuerte den Belag sowie die Dilatationen. An der Nordbrücke im Zuge der S 2 über der Donau, und zwar bei den Pfeilerköpfen, montierte man Taubenschutz- sowie Sicherheitsgitter. Auch die Instandsetzungsarbeiten an den Gehwegkonstruktionen des Kragtragwerks bei der Gustav-Seidl-Gasse im Zuge der B 1 — Wiener Straße konnten beendet werden. Diese Arbeiten umfaßten auch die Neuherstellung der Isolierung, des Belages, der Leitschienen sowie der Geländer. Schließlich begann man am Verkehrsbauwerk Matzleinsdorfer Platz die Tragwerksfugen instand zu setzen sowie Isolierung, Fahrbahnbelag und Gehwegkonstruktion zu erneuern. Das Bauende ist mit September 1985 vorgesehen.

Neben dem Brückenbau ist der Grundbau, der sich in vier Teilbereiche gliedert, das zweite große Aufgabengebiet der Abteilung. Die grundbautechnische Beratung, die auch in die konzeptionelle Phase hineinreicht und die Überwachung der Gründungsarbeiten umfaßt, erstreckte sich erstens auf den städtischen Wohnhausbau. Das umfangreichste Wohnbauprojekt, mit dem 1984 begonnen wurde, ist die Verbauung des südlichen Teiles der Wienerberggründe. Die Fundierungsarbeiten sind hier besonders schwierig, weil das Baugelände auf dem Gebiet der ehemals größten Tongrube Mitteleuropas liegt. Infolge der früheren Abbaufähigkeit und der späteren Wiederanschüttung mit diversem Material sind nun größtenteils mächtige Anschüttungen anzutreffen, die Sonderfundierungen notwendig machen. Nach eingehenden Überlegungen, wie eine technisch einwandfreie und zugleich wirtschaftlich vertretbare Lösung zu erzielen wäre, werden nun zwei Fundierungsarten angewendet. An den Stellen, an denen keine oder nur geringe Anschüttungen vorhanden sind, wurde eine Streifenfundierung auf einem 1,5 m starken, besonders verdichteten Kiespolster durchgeführt, sonst aber eine Gründung mit Hilfe von Ortbeton-Rammpfählen. Diese in Wien nur selten ausgeführten Rammpfähle sind für dieses Projekt deswegen so günstig, weil ihr wesentlicher Nachteil, die große Lärmentwicklung und die Erschütterung der Umgebung, auf dem freien, unbewohnten Gelände der Wienerberggründe nicht stört. Die grundbautechnische Beratung erstreckte sich zweitens auf den U-Bahn-Bau. Im Jahre 1984 lag das Schwergewicht bei der Herstellung der ersten vier Tunnelröhren des „Versuchs-Bauloses U6/1—Pottendorfer Straße“, die sehr erfolgreich in der NÖT (Neue Österreichische Tunnelbauweise) angefahren wurden. Dabei konnten sehr viele, äußerst gut verwertbare Erkenntnisse, beispielsweise hinsichtlich der Vortriebsmethoden, der Effizienz der Stützmaßnahmen, des Verformungsverhaltens und der geotechnischen Rechenannahmen, gewonnen werden. Eine intensive grundbautechnische Betreuung erfolgte auch für den zu Beginn des Jahres 1984 angelaufenen Bau der Linie U3 in den Abschnitten U3/5 (Landstraße) und U3/4 (Rochusgasse). Drittens wurde der Brückenbau grundbautechnisch beraten. Die Gründungsarbeiten für die neue Schnellbahnbrücke über der A 22 waren wegen der schwierigen Bedingungen besonders kompliziert. Es mußten unmittelbar neben den nahezu durchgehend in Betrieb stehenden Schnellbahngleisen im Bahndamm Pfahlherstellungen erfolgen. Weiters mußten für die Erstellung der neuen Widerlager, und zwar im Bahndamm unter den Gleisen, im Schutze von „Hürterbrücken“, große, mit Dielen abgesicherte Schlitze bei heterogensten Bodenverhältnissen bergmännisch, also horizontal, vorgetrieben werden.

Auch im Jahre 1984 führte man für eine große Anzahl von städtischen Bauvorhaben Baugrunduntersuchungen durch. Besonders umfangreich waren die Probebohrungen für die Verbauung der Wienerberggründe, 2. Bauteil. In diesem Fall war es sehr wichtig, die Anschüttungsmächtigkeiten festzustellen, weil die zukünftige Verbauung auf die Untergrundverhältnisse abzustimmen war. Für den U-Bahn-Bau wurden in den Abschnitten U3/2 (Schlachthausgasse), U3/3 (Kardinal-Nagl-Platz) und U3/10 (Volksoper) Probebohrungen und Fundamentuntersuchungen der im Trassenbereich liegenden Gebäude durchgeführt. Für die Linie U3 im Streckenbereich Mariahilf wurde mit den orientierenden Probebohrungen begonnen. Die Arbeiten im innerstädtischen

Bereich gestalten sich teilweise schwierig, weil sie mit besonderer Rücksicht auf die Umwelt durchgeführt werden müssen.

Ein weiterer Teilbereich des Grundbaues waren Geologie und Baugrunderkennung. Im Rahmen der Rohstoffforschung und -sicherung wurde gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung das Forschungsprojekt „1983 zur Erarbeitung von Grundlagen für einen langfristigen Nutzungsplan und für den Schutz des Grundwassers im Ballungszentrum am Beispiel Wien“ weitergeführt. Dafür wurden hydrologische Fakten, Daten über die Grundwasserchemie und Boden-Wasser-Daten von zirka 10.000 Bohrprofilen aus dem Baugrunderkennungskataster der Abteilung für Datenträger aufbereitet. Beim U-Bahn-Bau und beim Bau der Fernheizleitungen wurden geologische Aufnahmen durchgeführt, weiters wurde die Magistratsabteilung 31 — Wasserwerke — bei den Sanierungsarbeiten an der I. und II. Wiener Hochquellenwasserleitung geologisch beraten. Schließlich erweiterte man den Baugrunderkennungskataster durch neue Einlagen und führte die Mikroverfilmung der Daten des Baugrunderkennungskatasters weiter.

Außerdem leistete man im Rahmen des Grundbaues wesentliche Beiträge zu Grundsatzideen, und zwar Datenplanung, die sich auf die Projekte Donauhochwasserschutz, Wehr 2 und rechter Donaueindamm in Verbindung mit der künftigen Staustufe Wien, sowie auf Grundwasserverunreinigungen im Bereich Gotramgasse und Im Gestockert bezogen. Außerdem führte man im Zusammenhang mit der Borverunreinigung des Grundwassers in einem Teil des 22. Bezirkes umfangreiche Pumparbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Borax-Werkes in der Gotramgasse 11 durch, die verhinderten, daß sich bis zur endgültigen Sanierung weiteres, mit Bor verunreinigtes Grundwasser ausbreitete.

Im Bereich der Brückenprüfung wurden von der Abteilung 124 Hauptprüfungen sowie 1.802 periodische Überprüfungen und Befahrungen durchgeführt. Besonders umfangreiche Hauptprüfungen bezogen sich auf die Große Wienflußeinwölbung, Freudenaue Hafendamm, Nußdorfer Brücke, Klosterneuburger Hochstraße sowie auf die Floridsdorfer Brücke.

Im vierten und letzten Bereich der Abteilung, Sonderbauten, wurde der Steilabbruch des Leopoldsberges zur B 14, westlich vom Kahlenbergerdorf, durch Verbauung gesichert.

Maschinenteknik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft

Die Abteilung, organisatorisch in acht Gruppen gegliedert, ist für die Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Abrechnung und Abnahme von heizungs-, luft- und kältetechnischen Anlagen und Einrichtungen des Sondermaschinenbaus im Bereich der Gemeinde Wien zuständig. Ihr Aufgabengebiet umfaßt aber auch die laufende Erhaltung dieser Anlagen, wobei ein Verantwortungsschwerpunkt bei der Betriebsführung liegt. Für die Bewältigung der umfangreichen Aufgaben sind derzeit 168 Dienstposten systemisiert, einschließlich der Heizwerkstätte sogar 283.

Die Kanzlei, Gruppe 0, hat bis Ende Dezember 1984 rund 10.000 Stück Dienstpost bearbeitet und zirka 200 Materialbestellungen ausgefertigt. Daneben stellte sie Anbotsunterlagen mit einem Umfang von 65.091 Seiten her, deren Verkauf 195.274 S einbrachte. Insgesamt fanden im Jahre 1984 287 Anbotseröffnungen statt, davon 111 nach öffentlicher und 176 nach beschränkter Ausschreibung. Es wurden insgesamt 320 Aufträgen durchgeführt, wobei 76 Aufträge als Freihandvergaben erfolgten; davon wurden drei Aufträge insolventen Firmen entzogen und neu vergeben. Die Gesamtsumme der durchgeführten Vergaben betrug 188.991.100 S. Nach der Kontrahentenausschreibung für Regearbeiten in Objekten der Stadt Wien — Gewerbe und Industrie — wurden 18 zusätzliche Aufträge durchgeführt; nach der Kontrahentenausschreibung für Anstricharbeiten in Objekten der Stadt Wien erfolgten 8 zusätzliche Aufträge. 5 Aufträge, vornehmlich Fernwärmeanschlüsse, ergingen an die Heizbetriebe Wien-GesmbH. 47 Aufträge mit einer Gesamtsumme von 14.252.500 S wurden an die Heizwerkstätte der Gemeinde Wien vergeben. Im Jahre 1984 mußten 13.216 Rechnungen behandelt werden, darunter 401 für Rauchfangkehrerangelegenheiten und rund 3.400 Bestellscheine. Man bearbeitete 28 Anträge für den Gemeinderatsausschuß für Bauten mit einem Gesamtbetrag von 79.298.100 S, 15 Anträge für den amtsführenden Stadtrat für Bauten mit einem Gesamtbetrag von 29.217.400 S, 277 Anträge in Abteilungsleiterkompetenz mit insgesamt 80.475.600 S und 415 Hinterlegungen. Die effektiven Ausgaben für andere federführende Abteilungen betragen 283.752.309 S.

Die seit 1980 bestehende Energiespargruppe, die gehört zur Gruppe 1 — Energieeinsparung und Service, hat in nahezu allen Bereichen der Stadt Wien Vorschläge erstellt, damit Energie gespart bzw. sinnvoll eingesetzt wird. Die ersten größeren Investitionen im Bereich der Magistratsabteilungen 11 — Jugendamt —, 17 — Anstaltenamt —, 42 — Stadtgartenamt —, 44 — Bäder —, 52 — Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude — sowie 56 — Städtische Schulverwaltung — führten zu guten Erfolgen. So wurden mit einem Aufwand von 2,5 Millionen Schilling in neun Schwimmbecken Schwimmbadabdeckungen eingebaut, wodurch zum Beispiel im Sportbecken des Laaerbergbades im Sommer 1984 zirka 50 Prozent an Energie eingespart werden konnten. Auch der Einbau von Wärmeschirmanlagen im Reservegarten Hirschstetten führte zu einer Energieeinsparung, und zwar im Ausmaß von 35 Prozent. Weiters wurden die Wärmedämmung von Deckenkonstruktionen

in Kindertagesheimen verbessert, Kessel ausgewechselt, Energieoptimierungsanlagen eingebaut usw. Schließlich führte man verschiedene Arbeiten in der Krankenanstalt Rudolfstiftung durch, und beginnende Energieuntersuchungen im Elisabeth-Spital führten zu Energieeinsparungen, die gute Amortisationszeiten gewährleisten. Umfangreiche Messungen in allen Bereichen zeigten neue Wege auf, wie Energie sinnvoll einzusetzen ist. Auch neue Projekte (Pilotanlagen) wurden begonnen, deren erste Ergebnisse bereits Erfolge erwarten lassen.

Die Servicegruppe, sie gehört ebenfalls zur Gruppe 1, war auch 1984 Tag und Nacht im Einsatz und konnte auf eine steigende Anzahl von Einsätzen verweisen, die durch den Permanenzingenieur bzw. die MD-Verwaltungsorganisation und die MD-Verwaltungsrevision gemeldet wurden. Es zeigte sich, daß Probleme, die nachts, an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen auftreten, nur mehr durch eine schlagkräftige, gut ausgerüstete Gruppe von Bediensteten der Stadt Wien gemeistert werden können. Darüber hinaus hat im Sommer 1984 die Servicegruppe auf Ersuchen der Magistratsabteilung 44 — Bäder — alle Kontrollen von Chlorgasanlagen übernommen (21 Bäder). In allen Bädern wurden Telealarmanlagen eingebaut und die Zentrale ausgebaut. Mit 1. Jänner 1985 ist diese Arbeit abgeschlossen und die routinemäßige Betreuung im Gange. Die Anschaffung einer neuen, transportablen Kesselanlage wurde beantragt und auch genehmigt. Die Betreuung der MD — Automatische Datenverarbeitung-Rechenzentrum und der 37 Nebenstellen hat sich bestens bewährt. Es werden ständig neue Außenstellen geplant und mit immer moderneren Klimaanlage (Kältemaschinen mit Energiespareffekten) ausgestattet. Durch den ständigen Ausbau der Anlagen im Rechenzentrum ist der Energieverbrauch auf 200 NWh/Jahr gesunken (Wärmerückgewinnung). Die Arbeiten im Haus der Begegnung in 20, Raffaelgasse 11 bis 13, wurden im Herbst abgeschlossen. Es wurden alle bekannten Energiespartechnologien angewandt wie Gaskesselkaskadenschaltung, Energieoptimierung, Thermostatventile, Drehzahlregelung bei Pumpen, Wärmerückgewinnung bei Luftheizung und Klimaanlage (Econovents), Wärmerückgewinnung für Kältemaschinen usw. Nach einjähriger Betriebszeit wird die Abteilung einen Bericht vorlegen. Ebenfalls abgeschlossen wurden die Modernisierung der Volkshochschule Hietzing sowie die Planungen für das Haus der Begegnung in 16, Schuhmeierplatz. Im Reservergarten Hirschstetten und in der Baumschule Eßling wurden umfangreiche Heizungsmodernisierungsarbeiten durchgeführt und auch die Planungen für eine Strohverbrennungsanlage aufgenommen. Außerdem wurden Gärtnerunterkünfte umgebaut. Im Berufsschulgarten Kagran schloß man das Kesselhaus des Glashaustraktes und das Kesselhaus der Schule an die Fernwärmeversorgung an.

Im Bereich der Gruppe 2 — Öffentliche Bauten — erfolgte die maschinentechnische und energiewirtschaftliche Betreuung von rund 1.500 Objekten. Die Durchführung der erforderlichen Neu- und Umbauten sowie die Modernisierungsarbeiten an den Heizungsanlagen waren durch Zeitdruck gekennzeichnet. Besonders bei Schulgebäuden standen für Heizungsarbeiten nur die Sommermonate zur Verfügung. Die Aufgaben konnten trotzdem erfüllt werden. In drei Schulen wurden die veralteten Kesselanlagen durch neue ersetzt. In einer Schule wurden die Ölöfen durch eine gasbefeuerte Zentralheizungsanlage ersetzt. Eine mit Ölöfen geheizte Schule wurde mit einer Zentralheizung ausgestattet und an das Fernwärmenetz angeschlossen. Weiters konnte in einer Schule die veraltete, mit Koks beheizte Deckenstrahlungsheizung durch eine moderne Zentralheizung ersetzt werden. Auch dieses Objekt wurde an das Fernwärmenetz angeschlossen. In einer Schule mußte der eingegrabene und undicht gewordene Öltank erneuert werden, was die Errichtung eines Kellerraumes erforderte. In den Berufsschulen in 6, Mollardgasse, in 15, Hütteldorfer Straße, und in der Sporthalle in 21, Jedleseer Straße, setzte man die laufenden Arbeiten fort. Begonnen wurde der Schulneubau in 20, Gerhardusgasse, und in den Schulen in 1, Renngasse, und in 10, Josef-Enlein-Platz, wurden die Kesselanlagen demontiert und durch Fernwärmeanschlüsse ersetzt. In vier Kindertagesheimen wurde die Zentralheizungsanlage saniert bzw. umgebaut, wobei ein Kindergarten von Öl- auf Gasbetrieb und ein anderer von Öl auf Fernwärme umgestellt wurde. Auch in zwei Heimen sanierte man die Zentralheizungsanlage, und im Neubau des „Tagesheimes für Behinderte“ wurde mit den Zentralheizungsarbeiten begonnen.

Auch in sechs Amtsgebäuden konnten verschiedene Verbesserungen an Heizungen durchgeführt werden; so wurde etwa das Amtshaus in 3, Senngasse 2, an das Fernwärmenetz angeschlossen und das Amtshaus in 6, Amerlingstraße 11, von Öl- auf Gasbetrieb umgestellt. In fünf Amtsgebäuden wurden Energieoptimierungsanlagen eingebaut. In der Bücherei in 16, Hasnerstraße, begann man mit dem Einbau einer Sägespäneabsauganlage. Außerdem baut man in der Hauptwerkstätte der Magistratsabteilung 48 — Stadtreinigung und Fuhrpark — in 17, Lidlgasse, die veraltete ND-Dampfheizungsanlage auf Warmwasserbetrieb um. Auch in der Kübelwäscherei in 20, Traisengasse, wurde die Zentralheizungsanlage samt zentraler Warmwasserbereitung umgebaut. Zwei Objekte der Magistratsabteilung 43 — Städtische Friedhöfe —, der Hernalser und der Hietzinger Friedhof, wurden mit Zentralheizungsanlagen ausgestattet. Dazu kam noch die Rathausanlage mit den dazugehörigen umliegenden Gebäuden. In den ehemaligen Rieder-Räumen, Ebendorfer Straße 2, wurde eine Zentralheizungsanlage installiert, und in den Gebäuden an der Ebendorfer Straße 1 und Rathausstraße 14—16 wurde die Heizungsinstallation fertiggestellt. Im Südbuffet des Rathauses wechselte man die Kühlmaschine aus. Infolge der Inbetriebnahme des Rechenzentrums in den ehemaligen Räumen der EDV mußte die Klimaanlage überholt und umgebaut werden. Fortgesetzt wurden weiterhin sicherheitstechnische Maßnahmen. Im Bereich der Feuerwachen wurden, neben mannigfaltigen Erhaltungsarbeiten, zwei Objekte an Fernwärme angeschlossen, und zwar die Feuerwache in

17, Johann-Nepomuk-Berger-Platz, und in 19, Würthgasse. Für die Feuerwache Am Hof setzte man die Planung der Lüftungs- und Klimaanlage fort. Im Zuge der baulichen Umbauarbeiten mußten auch an der Heizungsanlage verschiedene Änderungen durchgeführt werden. Weiters stattete man die Sanität in 17, Gilmgasse, mit einer Gasetagenheizung aus und richtete in der Desinfektionsanstalt Arsenal eine Sondermüllverbrennungsanlage ein. Schließlich wurden die Planungsarbeiten für die Sanitätsstation in 20, Gerhardusgasse, fortgesetzt.

Der wirtschaftliche Einsatz der immer teurer werdenden Energieträger gewinnt in zunehmendem Maß an Bedeutung, was aus der vorbildlichen Tätigkeit der „Heizkontrolle“ für die Heizperiode 1983/84 hervorgeht. Im wesentlichen wurden zirka 28.200 t Heizöl schwer, zirka 4.300 t Heizöl mittel, zirka 9.600 t Heizöl leicht, zirka 78.000 l Heizöl extraleicht, 4.700 t Koks, 237.000 MWh und 194 t Dampf-Fernwärme sowie etwa 18.300.000 m³ Erdgas verbraucht. In Objekten der Hoheitsverwaltung mußten Rauchfangkehrerangelegenheiten bearbeitet und darüber Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 26 Millionen Schilling angewiesen werden. Die Preisprüfungskommission mußte sämtliche Nachtragsangebote über 50.000 S überprüfen, außerdem waren von den Preisprüfungsreferenten alle freihändigen Vergaben ab 80.000 S zu kontrollieren und laut MD-Stadtbaudirektion, 249/82 vom 22. März 1982, mit einer Stellungnahme an die MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, weiterzuleiten. Weiters erfolgte die Überprüfung von Freihandvergaben für Angebote der abteilungseigenen Heizwerkstätte. Auf Grund der Kompetenzerweiterung der Preisprüfungskommission der Abteilung laut MD-Stadtbaudirektion, 249/82 vom 27. Juli 1982, werden bei Instandsetzungsarbeiten von Kesselhäusern, die an die Heizbetriebe Wien-GesmbH verpachtet sind, die Freihandvergaben, d. h. die von den Heizbetrieben zu legenden Angebote, von dieser Preisprüfungskommission und nicht, wie früher, vom Dezernat 4 der MD-Stadtbaudirektion überprüft. Lohn- und Materialpreiserhöhungen wurden vom Preisreferenten ebenfalls überprüft, wobei bei sämtlichen neuen Service- und Regiestundensätzen Verhandlungen in der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, gemeinsam mit den Preisreferenten vom Bundesministerium für Bauten und Technik geführt werden mußten. Ganz besonders hervorgehoben werden muß, daß 1984 acht städtische Objekte an die Heizbetriebe Wien angeschlossen wurden, die diese mit umweltfreundlicher Fernwärme versorgen.

Ebenfalls umfangreich waren die Aufgaben der in mehrere Referate gegliederten Gruppe 3 — Wohnhäuser und Bäder. Das Referat 3,1 begann, entsprechend dem Wohnbauprogramm für 1984, mit den erforderlichen Vorarbeiten für den Baubeginn von insgesamt zirka 1.600 Wohnungen und führte die laufenden Baustellen — rund 7.000 Wohnungen — weiter, und zwar von der Vorplanung und Planung über Ausschreibung, Bauleitung bis zur Abrechnung und Garantieabwicklung. Zudem wurden bei den Wohnhausanlagen, bei denen ein Mietermitspracherecht vorgesehen ist, die Mieter eingehend informiert. Bei der Wohnhausanlage in 13, Schrutkagasse/Spohrstraße, wurde für zwei der vier Stiegen zu Versuchs- und Vergleichszwecken hinsichtlich Kostenaufwand bei Investitionen und Energieeinsparungen eine Fußbodenheizung an Stelle der üblichen Radiatorheizung eingeplant. Die Anlage ist fertiggestellt und wurde im September 1983 besiedelt. Erste Erfahrungen mit diesem Heizsystem liegen bereits vor und werden ausgewertet. Im Bereich der Wohnungslüftung wird nunmehr an Stelle der früher üblichen, vom Mieter selbst einzuschaltenden Einzelraumlüftung nunmehr eine zentrale, dauernd laufende Entlüftung, die Einstellungen für Grund- und Betriebslüftung besitzt, eingebaut. Weiters wurde eine Wohnhausanlage in 19, Pyrkergasse, die über zusätzliche mechanische Zuluft verfügt, fertiggestellt und besiedelt, und in der Wohnhausanlage auf den Gründen der Simmering-Graz-Pauker-AG sowie in der in 6, Linke Wienzeile, wird ebenfalls eine mechanische Wohnungsbelüftung und -entlüftung mit Wärmerückgewinnung eingebaut.

Das Referat 3,2, zuständig für Wohnhaushaltung, führte laufende Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten durch in sämtlichen Sekundärsystemen, 23 Kesselhäusern, in rund 140 Garagen mit mechanischer Lüftung, in 32 Zentralwaschküchen, diversen Müllentsorgungsanlagen und an sämtlichen mechanischen Wohnungsentlüftungen. Weiters wurde bei den an die Heizbetriebe Wien-GesmbH verpachteten Anlagen geprüft, ob Reparaturen notwendig seien. Anfallende Arbeiten führte man gemeinsam mit den Heizbetrieben durch, so etwa die Brennererneuerungen in acht Kesselhäusern und eine Kesselerneuerung im Kesselhaus in 23, Gregorygasse. Außerdem führte man folgende Umbauarbeiten durch: Die Objekte in 1, Fischerstiege 4, und in 1, Johannesgasse 4, wurden auf Fernwärme umgestellt, ferner erneuerte man die Druckhalteanlagen in den Objekten in 16, Sandleitengasse 9—13, und in 16, Weinheimergasse 7—9.

Das Referat 3,3 — Wohnungsverbesserung — setzte den 1983 begonnenen nachträglichen Fernwärmeanschluß der Wohnhausanlagen in 11, Mautner-Markhof-Gasse, 11, Kopalgasse, und in 20, Treustraße 61—69, fort und führte die Ausschreibungen für das Programm 1984, das etwa 3.200 Wohnungen in 14 Objekten vorsieht, durch. Für jedes der 14 Objekte mußten mehrere Mieterinformationen veranstaltet werden. Etwa elf Anlagen werden installiert und an die Fernwärme angeschlossen. Mit den Arbeiten wurde größtenteils noch 1984 begonnen. Einzelne Wohnungen werden laufend mit einer Zentralheizung versehen.

Das Referat 3,4, zuständig für Bäder, Kläranlagen, baute mit einem Aufwand von etwa 600.000 S die Klimaleitungen im Dianabad (2. Bezirk) um, die Umformerzentrale sowie die Lüftung der alten Schwimmhalle des Amalienbades (10. Bezirk), was rund 8 Millionen Schilling kostete, und erneuerte mit einem Kostenaufwand von zirka 5 Millionen Schilling im Laaerbergbad (10. Bezirk) die Wellenmaschine, den Filter bzw. die Filterleitungen.

In diesem Bad wurde auch eine Beckenabdeckung eingebaut, was zirka 800.000 S kostete. Im Theresienbad (12. Bezirk) baute man die Heizungsanlage um (zirka 5 Millionen Schilling), baute Brandschutzklappen (rund 1 Million Schilling) und eine Schwimmbadabdeckung (rund 500.000 S) ein. Die Kosten für die Erneuerung der Fernheizleitung im Ottakringerbad (16. Bezirk) beliefen sich auf 600.000 S und die für die Sanierung der Lüftungs- und Filteranlage auf 1 Million Schilling. Im Schafbergbad (17. Bezirk) wurden mit 1,5 Millionen Schilling verschiedene Filterleitungen erneuert sowie der Chlorsammler umgebaut, was 400.000 S kostete. Für den Einbau von Filteranlagen im Hallenbad Floridsdorf (21. Bezirk) mußten 3 Millionen Schilling und für den Kesselumbau 9 Millionen Schilling aufgebracht werden. Schließlich wurden im Bad an der Alten Donau (22. Bezirk) mit einem Aufwand von 1,3 Millionen Schilling Schwimmbadabdeckungen eingebaut.

Umfangreich waren auch die Aufgaben, die von der Gruppe 4 — Krankenanstalten und Pflegeheime — bewältigt werden mußten. Da waren zunächst die Neuinstallationen, Adaptierungen und Reparaturen im Bereich der wärme-, kälte- und lufttechnischen Anlagen, die die erforderliche Funktions-, Betriebs- und Versorgungssicherheit gewährleisteten und verbesserten. Außer den laufenden Erhaltungsarbeiten waren in den einzelnen Anstalten Maßnahmen zu setzen; so konnten im Krankenhaus Lainz bei diversen Saalunterteilungen in den Pavillons 6 und 7 sowie beim Umbau der Lungenambulanz im Pavillon 8 die Heizungsanlagen neugestaltet werden. Die Umstellung der Heizung in der Krankenpflegeschule von Niederdruckdampf- auf Warmwasserbetrieb wurde abgeschlossen. Im Pflegeheim Lainz waren in den Pavillons 12 und 15 je zur Hälfte die Heizungsanlagen ebenfalls von Niederdruckdampf auf Warmwasser umzustellen, und im Pavillon 15 mußte außerdem die Warmwasserbereitungsanlage erneuert werden. Im Zuge von Saalunterteilungen auf drei Stationen im Pflegeheim Liesing wurde die Heizungsanlage angepaßt. Im Franz-Joseph-Spital wurde für die Dialysestation eine Be- und Entlüftungsanlage errichtet. Die für die Saalunterteilungen im Pavillon F erforderlichen Änderungen an der Heizungsanlage mußten durchgeführt und die Arbeiten an der Warmwasser-Heizungsanlage im Zubau der HNO-Abteilung abgeschlossen werden. Am Hochdruckdampfkessel für den Winterbetrieb führte man erforderliche Sanierungsmaßnahmen in größerem Umfang durch. Ebenfalls abgeschlossen wurden im Preyer'schen Kinderspital die Umbauarbeiten an der Heizungsanlage für die neuerrichtete Intensivstation. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost war es erforderlich, die Speichermassen für die Wärmerückgewinnungsanlagen zu erneuern sowie eine Kühlung für die Apotheke herzustellen. Im Rudolfspital führte man Großreparaturen durch, die das Lager des Turbokältemaschinensatzes sowie die Sanierung der Heißwasserkaskade betrafen. Ferner wurden dort Energierückgewinnungsanlagen eingebaut. Im Pflegeheim St. Andrä a. d. Traisen wurden zwei neue Heizkessel zusammen mit einer Kesselfolgesteuerung aufgestellt. Im Wilhelminenspital mußten zwei OP-Klimaanlagen auf Pavillon 28 saniert und in verschiedenen Lüftungsanlagen die von der Feuerpolizei geforderten Brandschutzklappen eingebaut werden. Mit den Arbeiten an der Heizungsanlage für die Akutstation im Pavillon Hermann/Leopold des Pulmologischen Zentrums wurde begonnen. In dieser Anstalt setzte man auch die Nenndruckumstellung im Heißwassernetz fort. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe schloß man in den Pavillons 19 und 21 die Umstellung von Niederdruckdampf auf Warmwasser ab. Hier wurden außerdem an der zentralen Hochdruckkesselanlage und an den Heißwasserfernleitungen Sanierungsarbeiten in größerem Umfang durchgeführt.

Die Tätigkeit der Betriebsgruppe AKH der Abteilung erfolgt im Rahmen der Technischen Betriebsleitung AKH und der Technischen Betriebsführung Neues AKH sowie der Technischen Betriebsleitung der Allgemeinen Poliklinik. Im AKH gliedern sich die Aufgaben einerseits in Betrieb und Erhaltung der heizungs-, lüftungs- und maschinentechnischen Anlagen, und zwar in den Objekten des Altbestandes des AKH sowie in den bereits besiedelten Bauteilen des Neubaus, andererseits in die Vorbereitungsarbeiten für die künftige Betriebsführung im gesamten Neubau des AKH. Neben der laufenden Erhaltung aller heizungs-, lüftungs-, kälte- und maschinentechnischen Anlagen im AKH und der Poliklinik beschäftigte sich die Abteilung mit der Realisierung von Projekten und mit Umbauten, um eine größere Versorgungssicherheit zu erzielen bzw. Behördenauflagen zu erfüllen. Zu den wesentlichsten Vorhaben im AKH gehörten die Klimatisierung des Raumes 23 (Scanner) im Zentralröntgen, die Fertigstellung der Heizung und Klimatisierung des OP 42 mit Reinraumkabine in der I. Universitätsklinik für Unfallchirurgie, die Klimatisierung des Blutanalyselabors der I. Medizinischen Universitätsklinik, die Errichtung einer Entlüftungsanlage für Wäschemagazine in der II. Chirurgischen und der I. Frauenklinik sowie die Montage einer Kältemaschine in der Kältezentrale III. Im Zusammenhang mit dem Neubau wurden die bestehende Steuerdruckluftzentrale erweitert und Umrüstungsarbeiten am Kaltwassernetz im Hinblick auf die zukünftige Betriebsaufnahme der Kältezentrale II durchgeführt. Durch die Installation von technischen Zubauten wurden die Voraussetzungen für eine bessere wasseranalytische Betreuung der Kühl- und Heizungsmedien geschaffen. Auch in der Allgemeinen Poliklinik wurden die lüftungs- und heizungstechnischen Anlagen laufend instand gehalten und verbessert. Beispielsweise kann durch den Einbau einer Heizungsanlage in ein Glashauses dieses nunmehr als Patientenaufenthaltsraum genutzt werden. Im Jahre 1984 wurde die neue Neurochirurgische Universitätsklinik eröffnet, was eine intensive Mitwirkung der technischen Fachabteilungen erforderte. Die Vorbereitung der Betriebsführung in den weiteren noch in Bau befindlichen Objekten des Neubaus wurde fortgesetzt. Bei den noch laufenden Planungen erfolgt eine Mitwirkung aus der Sicht des späteren Betriebes, ebenso bei der Mitarbeit an den

zahlreichen Behördenverhandlungen (Bauordnung, Krankenanstaltengesetz, Strahlenschutzgesetz, Apothekengesetz usw.). Intensiviert wurde die Mitwirkung bei der Planung der Instandhaltungsorganisation einschließlich Werkstätten- und Personalplanung und bei der Vorbereitung der Einbindung von bereits betriebenen Anlagen des Neubaus in das für den gesamten Neubau vorgesehene System der Instandhaltungsorganisation.

Die Gruppe 5 — U-Bahn, Verkehrsbauwerke und Sonderbauten — konzentrierte sich 1984 vorwiegend auf den U-Bahn-Bau. Hier wurden die generellen Planungen der Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage für die Stationen und Strecken der Linien U 3 und U 6 fortgesetzt und zum Teil abgeschlossen. Für einige Bereiche wurde bereits die Ausschreibungsplanung durchgeführt, wobei besonders auf die Anwendung der in den vorangegangenen Jahren erarbeiteten Grundlagen zur Optimierung der Anlagen in technischer und wirtschaftlicher Sicht und Maßnahmen zur Energieeinsparung Rücksicht genommen wurde. Es handelte sich vor allem um Überlegungen zur Ausnützung der Abwärme aus der Tunnelabluft. Der im Jahre 1983 begonnene Versuch, die Tunnelabluft zur Beheizung zu nutzen und damit nichtüberdachte Stiegenabgänge schnee- und eisfrei zu halten, wurde fortgesetzt und positiv abgeschlossen. In diesem Zusammenhang begann man in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 38 — U-Bahn-Bau — und den Wiener Verkehrsbetrieben, den Umbau der Amtshausstiege der Station Taubstummengasse auf dieses System zu planen. Die Durchführung soll im Jahre 1985 erfolgen, um genügend Erfahrung und Sicherheit für die Stiegenanlagen der U 3 zu gewinnen.

Weiterverfolgt wurde auch die Möglichkeit, kleine Stationen mittels Luft-Wasser-Wärmepumpen zu beheizen. Die Musteranlage Polizeidienststelle Praterstern beobachtete man genau, um Erfahrungen für künftige Anwendungsbereiche zu sammeln. Die bisher gewonnenen Erkenntnisse lassen auf eine in technischer und wirtschaftlicher Sicht positive Anwendungsmöglichkeit schließen. Für die Temperaturhaltung im Tunnelsystem der U-Bahn sowie für Maßnahmen zum Luftschwallabbau wurden unter Einbeziehung der Erfahrungen, die beim Betrieb der U 1 gewonnen werden konnten, die Planungen weitergeführt, wobei besonders für die Maßnahmen zum Luftschwallabbau umfangreiche Überlegungen und Versuche in der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal sowie der Technischen Universität auf Auftrag der Wiener Verkehrsbetriebe angestellt wurden. Die sich abzeichnende Lösung ist dem in der U 1 angewandten System sehr ähnlich und soll noch durch zusätzliche Messungen auf der U 1 bestätigt werden. Besondere Bedeutung wurde auch der Entqualmung der Tunnelanlagen und Stationsbereiche beigemessen; die vorgesehenen Maßnahmen sollen nun durch Versuche in den Stationen der U 1 geprüft werden. Im Zuge der Vorarbeiten für den Bau der U 3 und U 6 mußten Ersatzmaßnahmen für private Bestandnehmer durchgeführt werden, was sich wegen der geforderten Aufrechterhaltung des jeweiligen Betriebes meist äußerst schwierig gestaltete. Um entsprechende Übereinkommen zu erzielen, waren eine intensive Mitwirkung sowie die Erstellung geeigneter Projekte und Ablaufpläne erforderlich. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist der begonnene Umbau der Tank- und Klimaanlage im Haus der Generali-Versicherung auf der Landstraßer Hauptstraße.

Die Gruppe 6, Planung und Sonderaufgaben — Heizwerkstätte, arbeitete weiterhin an Konzepten für die umweltfreundliche Beseitigung des Wiener Mülls mit. So mußten im Bereich der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig (MVA I) Planungsarbeiten und detailkonstruktive Überlegungen für die Sanierung der Müllkessel, des Rostes, des Ofens, der Fördereinrichtungen, des Materialflusses einschließlich der Installation von Rauchgasreinigungseinrichtungen fortgesetzt werden. Unter anderem war das Problem der Situierung und Installation der Ergänzungs- und Reservekesselanlage so zu lösen, daß die Anlagen dem Heißwassernetz der Heizbetriebe Wien-GesmbH, den technischen Gegebenheiten des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe, des Wilhelminenspitals sowie der Zentralwäscherei optimal entsprachen. Im Zuge des Langzeitprogramms für den Anschluß diverser Krankenanstalten an das Fernwärmenetz der Heizbetriebe Wien-GesmbH konzentrierte sich die Gruppe 6 zusammen mit der Gruppe 4 auf den Projektschwerpunkt Franz-Josef-Spital in Form von genauen Planungen zur Erstellung von Ausschreibungen. Neben der Mitwirkung bei Analysen zu energieoptimierenden Projekten für verschiedene Objekte der Stadt Wien, der Erstellung von Fachgutachten, der raschen Ausarbeitung von technischen Stellungnahmen und anderen Aufgaben hatte die Gruppe 6 vor allem Kontrahentenausschreibungen für Heizungs-, Installations-, Isolier- und Anstricharbeiten auszuarbeiten. Außerdem war eine ständige Mitwirkung im Normenwesen erforderlich. Die Heizwerkstätte, ein betriebsmäßig verrechneter Teil der Abteilung, ist für die Planung und Ausführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten an Zentralheizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage in den Objekten der Hoheitsverwaltung zuständig. Ein weiteres großes Aufgabengebiet, das 1984 noch ausgedehnt werden konnte, umfaßte die Behebung von Störungen und den Servicedienst an technisch hochwertigen Anlagen in Spitälern, Schulen, Kindertagesheimen, Amtshäusern und anderen Objekten. Schließlich reinigte man zirka 300 Zentralheizungskessel feuerseitig, überholte und konservierte rund 200 schmiedeeiserne Zentralheizungskessel und behob Störungen an Öl- und Gasbrennern, und zwar in atmosphärischen sowie Gebläse-Brennern. Der Umsatz für 1984 wird bei gleichbleibendem Personalstand zirka 61,500.000 S betragen, was einen Überschuß von rund 2,5 Millionen Schilling und eine Umsatzsteigerung gegenüber 1983 um rund 7,8 Prozent bedeuten wird.

Im Bereich der Gruppe 7 — Kühlanlagen, Großküchen, Allgemeiner Maschinenbau — waren ebenfalls vielfältige und umfangreiche Leistungen zu erbringen. Kücheneinrichtungen installierte man im

Krankenhaus Lainz — dort handelte es sich um die Hauptküche —, weiters in der Berufsschule in 14, Hütteldorfer Straße, in den Ganztagschulen in 2, Aspernallee und Schwarzingerstraße, im Haus der Begegnung in 20, Raffaelgasse, in der Feuerwache Favoriten, in der Höheren Bundeslehranstalt in 21, Wassermannstraße, und in der Krankenanstalt Rudolfstiftung baute man die Küche um. Weiters wurden verschiedene Kühlanlagen errichtet: Im Detailmarkt Landstraße schloß man die Verlegung von Kühlräumen ab, im AKH, Experimentelle Chirurgie, errichtete man einen Laborkühlraum, im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof Lebensmittelkühlräume (BT 1), in der Volkshochschule Brigittenau einen Lebensmittelkühlraum, außerdem begann man die NH_3 -Kälteanlage von St. Marx zu verbessern. Ferner wurden in verschiedenen Objekten Lüftungsanlagen installiert, und zwar im Haus der Begegnung in 20, Raffaelgasse, eine Küchenlüftung, ebenso in der Höheren Bundeslehranstalt in 21, Wassermannstraße, und auf dem Landstraßer Markt verlegte man die Lüftungszentrale. Im Bereich des Allgemeinen Maschinenbaus sanierte man die hydraulischen Aufzüge am Landstraßer Markt, eichte die Brückenwaage Inzersdorf, stellte im Hauptturm des Rathauses einen Seilaufzug für Materialtransport her und begann mit der Erneuerung der Einäscherungsöfen in der Feuerhalle Simmering. Schließlich gehörte zum Aufgabenbereich der Gruppe 7 die Planung von verschiedenen Anlagen. Zum einen handelte es sich um Küchen, teilweise mit Lüftungsanlagen, und zwar im Krankenhaus Lainz, im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof, im Elisabeth-Spital, in der Allgemeinen Poliklinik, im Preyer'schen Kinderspital, in der Ganztagschule in 18, Köhlergasse, in der Berufsschule für Gastgewerbe, in der Zentralberufsschule in 21, Scheydgasse, und im Kindererholungsheim Gaaden. Zum anderen handelte es sich um Kühlanlagen, und zwar auf dem Friedhof in 14, Hadersdorf, im Elisabeth-Spital, in der Allgemeinen Poliklinik und im Preyer'schen Kinderspital. Außerdem plante man in der Zentralwäscherei der Stadt Wien Lüftungsanlagen, den Umbau des Dampf- und Kondensatornetzes sowie die Wärmerückgewinnung aus Abwasser.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaus von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1984 rund 5.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 131.500 Leuchten mit insgesamt 222.890 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 14.790 kW, der Stromverbrauch 53.095.000 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige wenige hervorgehoben werden: Bei den beiden Beleuchtungsanlagen in der Lerchenfelder und Josefstädter Straße mußten infolge von Zeitschäden sowohl der Stahldraht der Stromversorgung als auch die Leuchten erneuert werden. Außerdem wurden die zweireihigen, in Querrichtung montierten Leuchtstoffleuchten durch Leuchten, die in Längsrichtung angeordnet sind, ersetzt.

In Verbindung mit der Errichtung von verschiedenen Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen in Wien wurde unter anderem der Sobieskiplatz oberflächenmäßig neu gestaltet. Dies erforderte auch eine neue Beleuchtung, und zwar konische Lichtständer aus Kunststoff mit Kugelleuchten. Als Lichtquelle wurde eine Quecksilberdampfampe zu 80 W verwendet, als Leuchtenabdeckung wurde eine Kristallkugel gewählt.

Aus Sicherheitsgründen mußten im Herderpark alle Versorgungskabel und Lichtständer entfernt werden. Diese wurden durch konische Lichtständer, die mit Kugelleuchten bestückt und mit Quecksilberdampfampfen zu 80 W ausgerüstet sind, ersetzt.

Im Zuge der Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage auf den ehemaligen Gründen der Simmering-Graz-Pauker-AG wurden die Geystraße und Am Kanal straßenmäßig neu ausgebaut. Am Kanal stellte man konische Lichtständer — bestückt mit Kugelleuchten und mit Quecksilberdampfampfen zu 80 W — auf. In der Geystraße hingegen errichtete man Stahlmasten mit Stahldrahtverspannung, wobei die Leuchtstoffleuchten zu 2×40 W quer montiert wurden. In der Simmeringer Hauptstraße wurden die beim Abbruch des Fabriksgebäudes provisorisch aufgestellten Spannmasten entfernt und die bestehende Verspannung und Stromversorgung erneuert. Zudem wurden auch die bereits sehr desolaten Leuchtstoffleuchten durch Natriumhochdruckleuchten ersetzt.

Auch am Kriemhildplatz vor der Kirche wurde eine verkehrsberuhigte Zone geschaffen. Als Beleuchtung wurde ein Gußkandelaber der Type „Waldmüller“ gewählt. Als Leuchtmittel wurde eine Quecksilberdampfampe zu 80 W verwendet.

Die bestehenden Betonmasten in der Liesinger Flur-Gasse waren durch Witterungseinflüsse derart beschädigt, daß eine Entfernung der Anlage aus Sicherheitsgründen notwendig war. Als Ersatz wurden Masten mit Stahldrahtverspannung errichtet. Die Beleuchtung erfolgte mittels Leuchtstoffleuchten.

Die Abteilung betreut zur Zeit 188 öffentliche Uhren, und zwar 76 Würfeluhr, 8 Springzifferuhren, 73 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 14 Uhren auf sonstigen Objekten. Darunter sind 170 Uhren, die auf dem Funkwege ferngesteuert werden: 68 Uhren erhalten das Steuersignal vom Uhrenfunktaster der Abteilung (Frequenz 445,2 MHz), und 102 werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Deutschen Bundespost (Frequenz 77,5 kHz) synchronisiert.

Auch 1984 wurden zahlreiche öffentliche Uhren instand gesetzt, so etwa die Zifferblätter und elektrischen Anlagen der Turmuhr auf dem Amtshaus in /, Hermannstraße 24—26, auf der Pfarrkirche Kaiserebersdorf in

11, Münnichplatz, auf der Pfarrkirche Hetzendorf in 12, Marschallplatz, und auf dem Wohnhaus in 13, Hochmaiggasse 45. Weiters wurde in 8, Josefstädter Straße/Skodagasse, an Stelle der dort befindlichen Springzifferuhr auf Wunsch der Bezirksvorstehung eine Würfeluhr aufgestellt. Größere Instandsetzungsarbeiten führte man an den Uhren in 3, Schlachthausgasse, und in 22, Erzherzog-Karl-Straße, durch.

Zu den im Jahre 1984 im lichttechnischen und elektrotechnischen Versuchsraum durchgeführten Untersuchungen, Messungen und lichttechnischen Projektierungsarbeiten gehören vor allem die Materialprüfungen und Lieferkontrollen. An sämtlichen Leuchtentypen für Hochdrucklampen wurden lichttechnische Kontrollmessungen durchgeführt, um etwaige Abweichungen von der geforderten Lichtverteilung feststellen zu können. Eine Reihe von Musterleuchten in schutzisolierter Ausführung wurde auf ihre Zweckmäßigkeit und auf Einhaltung der ÖVE-Vorschriften überprüft. Weiters photometrierte man auf Ersuchen der Magistratsabteilung 46 — Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten — verschiedene Typen von Verkehrslichtsignalgebern, wobei insbesondere die Eignung von Halogenlampen für herkömmliche Optiken untersucht wurde.

Aber auch lichttechnische Projektierungsarbeiten zählen zu den Arbeiten im oben erwähnten Versuchsraum. Mit Hilfe der Rechenanlage der Abteilung wurde wieder eine Reihe von Beleuchtungsprojekten erstellt, deren Ziel es jeweils war, unter mehreren Varianten die wirtschaftlichste und lichttechnisch günstigste zu ermitteln. Beispielhaft sind die Berechnungen für die B 3 — Donaustadt und den Lärmschutztunnel EN 53 auf der Donauuferautobahn.

Schließlich wurde 1984 bei einigen Anlagen zur Anstrahlung von Baudenkmalern, Brücken und Brunnen die Elektroinstallation vollständig erneuert; unter anderem bei zwei Anlagen im 1. Bezirk — Michaelertor und Maria am Gestade — sowie bei jeweils einer Anlage im 4. und 7. Bezirk: Johann-Strauß-Denkmal und Volkstheater.

Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte

Im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogramms befanden sich im Jahre 1984 4.058 Wohnungen in Bau, bei denen die Abteilung die Elektro-, Gas-, Wasser- und Aufzugsanlagen plante und deren Bau überwachte. Ferner waren 1.490 Wohnungen in Bau — Bauherr: Gesiba —, bei welchen die Abteilung die Bauüberwachung durchführte. Weiters wurden 4.085 Wohnungen, welche sich damals noch in der zweijährigen Haftfrist befanden, in eigener Serviceleistung sowie 16 Revitalisierungsprojekte in beratender und ausführender Funktion betreut.

In den Pflegeheimen, Krankenanstalten und Rettungsstationen wurden außer den laufenden Erhaltungsarbeiten und kleineren Adaptierungsarbeiten von der Gruppe Krankenhäuser größere Arbeiten durchgeführt. So wurde im Krankenhaus Lainz der Pavillon III durch eine Strahlenbettenstation erweitert, im Pavillon VIII ein Mehrzweckaufzug eingebaut und die Lungenabteilung im Untersuchungs- und Ambulanzbereich umgebaut. Im Pulmologischen Zentrum sowie im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe begann man mit den Vorarbeiten für die Erneuerung des elektrischen Maschennetzes, weiters wurde in den Pavillons Karlshaus und Severin die Schwesternrufanlage erneuert und mit der Adaptierung der Primariate 5 und 7 begonnen. Eine neue Telephon- und Schwesternrufanlage wurde im Krankenhaus Floridsdorf in Betrieb genommen. Ebenso wurde die neue Leitstelle der Wiener Rettung, die eine Datenfunkanlage besitzt, Ende des Jahres in Betrieb genommen.

Im Neuen AKH wurde die Neurochirurgische Universitätsklinik eröffnet. Die bau- und haustechnischen Anlagen der bereits fertiggestellten Teile des Neuen AKH werden von der Technischen Betriebsführung Neues AKH instand gehalten. Weiters wurden von der Technischen Betriebsführung im Zuge der Bauarbeiten der Medizinisch-Technischen Assistentenschule umfangreiche Umlegungsarbeiten von Gas-, Wasser- und Hochspannungsanschlüssen durchgeführt. Im Bereich der Psychiatrie erneuerte man die Ozonisierungs- und Filteranlagen, um den hohen Anforderungen eines Therapiebadebetriebes zu genügen. In der Zentralsterilisation der Kinderklinik-Psychiatrie wurden zwei Waschautoklaven durch leistungstärkere Sterilisatoren ersetzt. Dadurch wurde die schon desolante Anlage in der Apotheke I entlastet und der durch den Bau der Neurochirurgie notwendig gewordenen Kapazitätserweiterung Rechnung getragen. Weiters wurde bei der Telephonanlage des Neuen AKH durch eine Änderung der Software die Möglichkeit geschaffen, über Kurzrufnummern die wichtigsten Spitäler Österreichs im Selbstwählfernverkehr zu erreichen. Schließlich wurde Ende 1984 eine neue Personensuchanlage in Betrieb genommen, die schon jetzt den gesamten Bereich des AKH mit derzeit 600 Personenrufempfängern versorgt.

Im Bereich des U-Bahn-Baues wurden im Jahre 1984 die Linien U 3 und U 6 ausschließlich vom eigenen Personal geplant. Weiters wurden Vorarbeiten und Umlegungsarbeiten durchgeführt. Bei den Sportanlagen ist die Fertigstellung der Sportanlage in 10, Franz-Koci-Straße, sowie der Sporthalle in 21, Jedleseer Straße 66—94, erwähnenswert, welche den neuesten Erkenntnissen und Anforderungen Rechnung tragen.

Für die Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit wurden erhebliche Arbeiten durchgeführt. So installierte man für die Magistratsabteilung 42 — Stadtgartenamt — die Bewässerungsanlagen in den neuen Parkanlagen in 2, Weintraubengasse, in 2, Wettsteinpark, in 6, Loquaipplatz, in 7, Weghuberpark, in 17, Clemens-Hofbauer-Platz, sowie in 21, Obergfellplatz. Am Parkring, Dr.-Karl-Renner-Ring, in der Heinestraße, Lassallestraße und in der

Wagramer Straße wurden Baumbewässerungsanlagen ausgeführt. Die Sanierungsarbeiten für den Hochstrahlbrunnen wurden 1984 begonnen.

Für den Land- und Forstwirtschaftsbetrieb wurden am Gutshof Laxenburg die Arbeiten nach § 18 des Mietrechtsgesetzes fertiggestellt, in den Raststätten Hirschgstemm und Rohrhaus des Lainzer Tiergartens wurden die Küchen teilweise erneuert.

Begonnen wurde mit den Vor- und Umbauarbeiten für die Erneuerung der Kremationsöfen der Simmeringer Feuerhalle; die Erneuerung der Öfen dient der Minimierung der Schadstoffemission. Für die MA 43 — Städtische Friedhöfe — wurden außerdem, bedingt durch die Reaktivierung der „Sperrfriedhöfe“, ein Neubau am Friedhof Kalksburg und eine Generalsanierung am Friedhof Hadersdorf durchgeführt.

Die Bezirkshallenbäder Brigittenau und Großfeldsiedlung wurden im Jahre 1984 fertiggestellt. Außerdem erneuerte man im Dianabad die Aufzüge, führte die Generalsanierung des Amalienbades weiter und erneuerte die Elektroinstallation im Theresienbad und im Hallenbad Floridsdorf, die beide an das Fernwärmenetz angeschlossen wurden. Im Bezirkshallenbad Hietzing wurde die Elektroinstallation verändert, um Messungen über den Energiefluß in Bädern durchführen zu können. Zu diesem Zweck wurde eine entsprechende Software entwickelt.

Für die MA 45 — Wasserbau — wurden am rechten Donaudamm, Abschnitt III, Bewässerungsanlagen installiert. Auf der Donauinsel, zwischen der Brigittenauer Brücke und der Reichsbrücke, verlegte man Trink- und Nutzwasserleitungen. Am linken Damm der Neuen Donau wurden vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 Fernsprech-, Fernwirk- und Videokabeln verlegt, um bei Hochwasser das Wehr fernsteuern zu können. In der Hauptkläranlage der Entsorgungsbetriebe Simmering wurde die 20-kV-Kupplung fertiggestellt, die die Einspeisung elektrischer Überschubenergie aus den Entsorgungsbetrieben Simmering in die Hauptkläranlage ermöglicht.

Der Rochusmarkt und der Landstraßer Markt wurden 1984 im Zuge des U-Bahn-Baues verlegt, was Elektro- und Wasserinstallationsarbeiten notwendig machte.

Für die EWG-Überprüfung des Schlachthofes St. Marx wurden umfangreiche Arbeiten durchgeführt. Mit dem Umbau der NH₃-Kälteanlage wurde im Jahre 1984 begonnen.

Schwerpunkte im Bereich Jugend und Familie waren die Fertigstellung eines Kindertagesheimes sowie der Umbau des Kindererholungsheimes Scheibbs-Lehenhof.

Der Umbau der Volkshochschule Brigittenau konnte termingemäß fertiggestellt werden. Die Arbeiten an der VHS Hietzing und am Haus der Begegnung in der Angererstraße wurden weitergeführt.

Für die MA 68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz — wurden verschiedene Notstromaggregate mit Leistungen bis zu 100 kVA angeschafft. Die Planungsarbeiten für die Nachrichtenzentrale der Feuerwehr wurden abgeschlossen und die Ausschreibung durchgeführt; im Jahre 1985 erfolgt die Auftragserteilung.

Die bereits im Jahre 1955 eingerichtete Telephonzentrale im Rathaus konnte durch die Zuschaltung von 57 freigewordenen Rufnummern und durch die Vermehrung der auf den Geschäftsplätzen (42 8 01 bis 42 8 08) auflaufenden Amtsleitungen effizienter gestaltet werden. Mit der Planung einer neuen Telephonzentrale wurde begonnen.

Im Bereich des Schulwesens wurden unter anderem die Umbauarbeiten in den Zentralberufsschulen in 14, Hütteldorfer Straße, und in 6, Mollardgasse, weitergeführt. Außerdem wurden Schulwartwohnungen und Beleuchtungen umgebaut und erneuert sowie Fernwärmeanschlüsse getätigt.

Weiters wurden verschiedene Ausschreibungen, Vergaben und die widmungsgemäße Verwendung von Subventionen überprüft; dies betraf etwa den Umbau des Raimundtheaters, des Theaters in der Josefstadt und des Konzerthauses.

Für andere Abteilungen erstellte man Planungen und Gutachten. So erarbeitete man für die MA 25 — Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung — Gutachten in Schlichtungsangelegenheiten, die Aufzüge betrafen.

Im eigenen Wirkungsbereich überprüfte man die Sicherheit der Niederspannungsanlagen in 21 Krankenanstalten und Pflegeheimen der MA 17 — Anstaltnamt —, in den 4 Jugendzahnkliniken der MA 15 — Gesundheitsamt —, im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx sowie in 12 Kindergärten und 5 Mutterberatungsstellen der MA 11 — Jugendamt.

Während des gesamten Jahres arbeitete rund um die Uhr ein technischer Bereitschafts- und Störungsdienst, der sich aus der Betriebsgruppe der Abteilung rekrutierte.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Im Budget der Stadt Wien waren die Einnahmen aus den Prüfgebühren der Versuchs- und Forschungsanstalt mit 19 Millionen Schilling veranschlagt. Nach Abschluß des Rechnungsjahres wurden Einnahmen in der Höhe von 20,1 Millionen Schilling verbucht, von denen 11,1 Millionen auf das mechanische Laboratorium entfielen, 3,4 Millionen auf das chemische und 5,6 Millionen Schilling auf das physikalische Laboratorium. Die tatsächlichen Einnahmen liegen somit um rund 1,1 Millionen Schilling über dem Voranschlag. Diese Mehreinnahmen

konnten nur durch vermehrten und gezielten Einsatz auf den verschiedensten Prüfgebieten erzielt werden. Auf der Ausgabenseite betrug der Budgetrahmen zirka 3,8 Millionen Schilling.

Im Jahre 1984 langten insgesamt 10.036 Prüfanträge ein, wobei 6.294 auf das mechanische Laboratorium, 1.052 auf das physikalische und 2.690 auf das chemische Laboratorium entfielen.

Die rund 6.000 Prüfanträge, die dem mechanischen Laboratorium zugeleitet wurden, betrafen in erster Linie reine Materialprüfungen, aber auch Begutachtungen im Bereich des Hoch- und teilweise des Tiefbaues. So wurden etwa im Zuge der Tunnelherstellung der U-Bahn-Linie 6, Abschnitt U 6/1, in Spritzbeton umfangreiche Untersuchungen im Sinne einer Grundlagenforschung mit Stahlfaserspritzbeton durchgeführt. Die Untersuchungen erstreckten sich auf drei Stahlfaserprodukte. Untersucht wurden an den Bauwerks-Stahlfaserspritzbetonen die mechanisch-technologischen Kennwerte wie Druckfestigkeit, Biegezugfestigkeit, Spaltzugfestigkeit und statischer Elastizitätsmodul in Abhängigkeit vom Betonalter (Festigkeitsentwicklung) im Vergleich zu konventionellem Spritzbeton. Derartig umfangreiche Untersuchungen wurden erstmals durchgeführt.

Im Jahre 1984 wurden im Anschluß an die umfangreichen Untersuchungen der letzten Jahre an Wärmedämm-Verbundsystemen mit Dünnputz die ersten zielführenden Untersuchungen der Wärmedämm-Verbundsysteme mit mineralischem Dickputz in einem dafür konzipierten Grobbewitterungsprüfstand durchgeführt. Die erfolgversprechenden Ergebnisse werden es ermöglichen, bei der wärmetechnischen Sanierung von Gebäuden mit für heutige Verhältnisse zu geringem Wärmeschutz den Spielraum der architektonischen Fassadengestaltung zu erweitern.

Seit Beginn 1984 beschäftigt man sich in der Abteilung erstmals mit der globalen Untersuchung von Isoliergläsern, wobei nicht nur die Wärme- und Schalldämmung untersucht wird, sondern auch alle anderen technologisch wichtigen Daten wie Klimawechselbelastung und Taupunktänderungen. Diese Untersuchungen — eine Pionierleistung im österreichischen Rahmen — sind sicherlich für die gesamte Fensterindustrie und das -gewerbe von Bedeutung. In der Zukunft wird man sich besonders auf verschiedene Gasfüllungen von Isoliergläsern konzentrieren (Gaskonzentration, Dauerhaftigkeit des Randverbundes usw.).

Einen besonders bemerkenswerten Auftrag erteilte die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn der Abteilung. Gemeinsam mit der Schloßhauptmannschaft, den planenden Architekten und einem Statiker wurde die Gesamtsanierung des mehr als 100 Jahre alten Repräsentationsbaues „Palmenhaus“ erarbeitet. Die Arbeiten der Abteilung umfaßten sowohl technologische als auch physiologisch-chemische Überlegungen im Hinblick auf eine Generalsanierung des durch Bombeneinwirkung im Zweiten Weltkrieg und durch den Zeitfaktor schwer beschädigten Objektes.

1984 traf die Abteilung sehr intensive Vorbereitungen für die Einrichtung einer „Fenster-Beratungsstelle“. Man wird nicht nur einen Schauraum mit Exponaten der Fenster- und Glastechnik einrichten, sondern auch grundsätzliche Informationen für interessierte Bürger vorbereiten.

Im Rahmen der Bauteilprüfungen wurden unter anderem für eine Wohnhausanlage eine Stiegenlaufplatte sowie für die Erweiterungsbauten eines Krankenhauses Verbunddecken auf Verformungsverhalten und Bruchversagen geprüft. Diese Verbunddecken sind konstruktive Rippendecken, deren Rippen durch Stahlträger gebildet werden und darauf eine verdübelte Ortbetonplatte auf Trapezblechen als verlorene Schalung gelagert ist. Als Grundlage zur Schadensfeststellung und auch zur Vermeidung von zukünftigen Schäden wurden Versuche an einzelnen, aus einem Objekt stammenden Sandsteinstufen sowie einem damit aufgemauerten Stiegenlauf durchgeführt. Im Rahmen dieser Prüfungen erfolgten spannungsoptische Untersuchungen, ermittelte man das Verformungs- und Bruchverhalten unter Einzellasten sowie unter „wandernden“ Belastungen und erforschte die Lastverteilungen innerhalb eines Stiegenlaufes.

Unter der Vielzahl von Begutachtungen ist die eines unter Denkmalschutz stehenden, etwa 350 Jahre alten, architektonisch ausgezeichneten Objektes, nämlich des „Hochholzerhofes“ in der Tuchlauben, hervorzuheben, wo unter Erhaltung der Fassade ein neuer Bauwerkskörper errichtet wird. Die Beratungen erstreckten sich auf die fachgemäße Sanierung und Sicherung der wertvollen Bausubstanz.

Die Fremdüberwachungen auf der Grundlage von Normen, Richtlinien und Zulassungen umfaßte im Jahre 1984 etwa 40 verschiedene Produktgruppen von etwa 80 Firmen.

Im chemischen Labor setzte sich der bereits im Vorjahr deutliche Trend zu häufigen Baustellenüberwachungen fort. Es wurden 95 Anstrichüberprüfungen, überwiegend an Wohnhausanlagen der MA 24 — Städtischer Wohnhausbau — und 27 — Erhaltung städtischer Wohnhäuser —, durchgeführt.

Wie 1983 wirkte man auch im Jahre 1984 an der Neufassung des österreichischen Standardleistungsbuches Hochbau — Leistungsgruppe 45: Beschichtungen auf Holz und Metall — mit. Der dazu, auch in Form von Untersuchungen, geleistete Beitrag ermöglichte es, für Erneuerungsarbeiten an außenbewitterten, maßhaltigen Holzbauteilen (insbesondere Fenstern) eine Liste von 37 als geeignet befundenen, weißen Beschichtungssystemen zu erstellen. Die Auswahl hieraus für das jeweilige Objekt kann dem Bieter überlassen werden, da auf Grund der durchgeführten Analysen eine Materialidentifizierung von Baustellenmustern und damit eine Qualitätskontrolle jederzeit kurzfristig möglich ist. Eine entsprechende Vorgangsweise wurde bereits vor Jahren für Korrosionsschutzsysteme im Brückenbau entwickelt und in der Folge auf die Einzelkomponenten von Vollwärmeschutz-

systemen ausgedehnt. Diese Archivierung der „Fingerabdrücke“ überprüfter Materialien ermöglichte die Aufklärung von Verarbeitungsfehlern bzw. die Beanstandung verwendeter, aber nicht zugelassener Materialien. Damit wurde dem zunehmenden Vordringen der Chemie im Bauwesen Rechnung getragen.

Zusammen mit der MA 38 — U-Bahn-Bau — wurde ein umfangreiches Untersuchungsprogramm zur Feststellung einer möglichen Grundwasserbeeinträchtigung durch Chemikalieninjektionen, die der Bodenverfestigung dienen, durchgeführt. Dabei untersuchte man bisher fast 1.200 Grundwasserproben aus Sonden und etwa 40 Wasserproben aus Brunnen zum Zweck der Beweissicherung.

Die Zunahme der Zahl an bauphysikalischen Prüfungen und Untersuchungen ist wie in den vergangenen Jahren beträchtlich. Besonders hervorzuheben sind die Untersuchungen an Schallschutzfenstern für Wohnobjekte an Bundesstraßen.

Eine weitere wichtige Aufgabe im Zusammenhang mit Schäden durch Feuchtigkeits- und Schimmelbildung im Wohnbau war die Ortung von Baumängeln mit einer Infrarotkamera. Durch die Möglichkeit, die Aufnahmen zu speichern, ist die Aussagekraft der Infrarotaufnahmen enorm gesteigert worden.

Der Eigenbau von Schallprüfräumen für Fenster und Türen wurde 1984 in Angriff genommen und wird 1985 beendet werden.

Im Jahre 1984 wurde die gemeinsam von den Magistratsabteilungen 29 — Brückenbau und Grundbau — und 45 — Wasserbau — sowie der Abteilung im Jahre 1983 begonnene Forschungsarbeit am Projekt WA 1c, „Grundwasser-Bewirtschaftungsplan“, fortgesetzt. Bis jetzt wurden die Kennwerte (Stratigraphie und Petrographie), weiters 9.800 Bohrlöcher des Baugrunderkunders, 1.200 Wasserrechte und sämtliche chemische Bau-Wasser-Analysenwerte (1947—1983) erfasst und listenmäßig sowie graphisch ausgewertet. Diese Arbeiten wird man 1985 und 1986 planmäßig fortführen.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Die Schwerpunkte der Tätigkeit lagen bei der Verbesserung der Lebensqualität durch Verlagerung des Durchzugsverkehrs aus Wohngebieten, bei der Schaffung der Voraussetzungen für den U-Bahn-Bau in verkehrsmäßiger Hinsicht, beim Abschluß der Arbeiten an der EDV-mäßigen Erfassung der Unfalldaten für Wien, bei der Koordinierung von Baumaßnahmen im Straßenbereich zur Reduktion der Umweltbeeinträchtigung sowie bei der Erstellung von Entscheidungshilfen hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Schadstoffemission und Fahrgeschwindigkeit. Alle anderen Projekte, wie die EDV-Unterstützung im Behördenbereich, die Umstellung von Verkehrslichtsignalanlagen auf Gelbblinken, der Ausbau der Verkehrsleitzentrale, wurden fortgesetzt. Die Zunahme der Zahl der Fälle von 24.175 auf 26.097 (ohne Prüfstelle) ist vor allem auf die Bearbeitung von Anfragen, die aus der Bevölkerung kamen, zurückzuführen.

Die in der Stabstelle eingerichtete Informationsstelle, der auch die Dienstaufsicht über die Permanenzstelle obliegt, ist als Zentralstelle der Abteilung für die Terminüberwachung und Endredaktion von Akten vorgesetzter Dienststellen, der Bezirksvertretungen, des Bürgerdienstes sowie sonstiger Terminakte zuständig. Weiters ist diese Dienststelle für die zentrale und koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung verantwortlich sowie für die Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen mit der Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter innerhalb der Abteilung, soweit dies erforderlich ist. Im Jahre 1984 wurden von der Informationsstelle 1.162 Vorlageberichte entweder auf Grund der Ergebnisse der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen ausgearbeitet und der jeweils anfordernden Dienststelle übermittelt. Weiters wurden aus 288 Bezirksjournalen der Bezirke 1 bis 23 sowie aus etwa 1.700 Tageszeitungen 1.950 Artikel, die das Arbeitsgebiet der Abteilung betrafen, entnommen und dem jeweils damit befaßten Sachbearbeiter mit der Information über die weitere Vorgangsweise zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die notwendigen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zu einer Vielzahl verkehrstechnischer Anfragen, die aus der Bevölkerung kamen, wurden jeweils die entsprechenden Auskünfte mündlich oder schriftlich erteilt.

Der Verkehrspermanenzstelle obliegt es, einen Dienstbetrieb mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 — Straßenverkehrsbehörde von Montag bis Freitag werktags in der Zeit von 7.00 bis 18.00 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23, aufrecht zu halten. Durch zwei direkte Telephonanschlüsse ist dieses Referat nunmehr wesentlich besser zu erreichen. Der Verkehrspermanenzdienst hat Anträge betreffend Aufgrabungen im Straßenbereich und die Aufstellungen von Verkehrszeichen, maßgeblich kurzfristige Halteverbotszonen, im kurzen Wege und soweit dies aus terminlichen Gründen erforderlich ist, zu erledigen. Im Jahre 1984 wurden 1.872 derartige Bescheide ausgestellt. Diese Arbeiten werden meist binnen einem Tag durchgeführt und können als besondere Serviceleistung angesehen werden. Weiters hat dieses Referat Meldungen über Gebrechen zu übernehmen sowie die erforderlichen Maßnahmen im Straßenbereich zu veranlassen. Termine in bezug auf den Baubeginn und das Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße, Unterlagen der Polizei, die die vorläufige Fahrtunterbrechung bei Fahrzeugen, die gefährliche Güter transportieren, betreffen, ferner Meldungen der Polizei an die Stabstelle, Referat für Verkehrssicherheit, über schwere Unfälle sowie Meldungen über Beschädigung von

Verkehrseleinrichtungen sind gleichfalls entgegenzunehmen. Auskünfte jeglicher Art, soweit diese in den Geschäftsbereich der Abteilung fallen, wurden erteilt. Alle gemäß § 90 der StVO bewilligten Baustellen mit wesentlichen Verkehrsauswirkungen im Raume Wien sind in Plänen zu erfassen. Eine Ablage zur Erfassung aller Verkehrsbehinderungen im Raume Wien, in der alle von der Abteilung gemäß § 90 StVO bewilligten Baustellen, alle von der MA 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten — bewilligten Baustellen und alle von den Dienststellen mit einem „rosa Formular“ durchgeführten Bauarbeiten bezirksweise und alphabetisch nach Straßennamen eingereiht werden, ist zu führen. Das Referat betreut weiters den Telekopierer der Abteilung, verständigt im Bedarfsfalle die mit Metropagern ausgerüsteten Bediensteten der Abteilung und hat mit der MD-Verwaltungsrevision/Sofortmaßnahmen Kontakt über Funk.

Vom Referat für Verkehrssicherheit wurde nach einer längeren Probezeit der neue Computer mit Daten, die die Verkehrssicherheit betreffen, in Betrieb genommen. Vor dieser Zeit mußten in händischer Kleinarbeit und mit großem Zeitaufwand die Unfalldaten nicht nur für bestimmte Zeiträume, sondern vor allem nach Örtlichkeiten zugeordnet und sortiert werden. Mit dem „Wiener Verkehrssicherheitscomputer“ ist es nunmehr möglich, auf einfache Weise Punkte, an denen die Unfälle zahlreich auftreten, auch Stellen, an denen immer die gleichen Unfälle (Unfalltypenhäufungsstellen) vorkommen, innerhalb kürzester Zeit zu lokalisieren und auszuwerten. Die Aufnahme der Unfalldaten wird auf das Räumliche Bezugssystem Wien abgestimmt. Dies bedeutet, daß gleich einem Netz das gesamte Straßensystem nach Kreuzungen, Straßenbezeichnungen und Abschnitten vercodet ist, so daß nicht nur das Unfallgeschehen an Kreuzungen und in ganzen Straßenzügen für die Auswertungen analysiert werden kann, sondern auch Einzelaussagen über bestimmte Straßenabschnitte und gesamte Straßennetze (Straßensysteme in Bezirksteilen) möglich sind.

Das Referat für Verkehrssicherheit hat gemeinsam mit der MD — Automatische Datenverarbeitung und nach Abstimmung mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie der Bundespolizeidirektion Wien das Computersystem entworfen. Mit diesem Computer sind Untersuchungen über die Frequenz möglich. So kann für eine Kreuzung, einen Straßenzug oder einen Bezirksteil für einen bestimmten Zeitraum eine übersichtliche Darstellung der Personenschadenunfälle und der Zahl der Verletzten in Form einer Tabelle gemacht werden, die eine erste Information gibt und ausschließlich Übersichtscharakter hat. Die Kollisionstabelle stellt die moderne Fassung des herkömmlichen Kollisionsdiagramms dar mit dem Vorteil, daß ungleich mehr Daten über Kreuzungen, Straßenabschnitte u. dgl. für verschiedene Zeiträume abgerufen werden können. Durch dieses Programm ist es nunmehr in kürzester Zeit auf Grund des Ortscodes möglich, sicherheitstechnische Entwicklungen eindeutig zu messen und, wenn notwendig, weitere Maßnahmen in die Wege zu leiten. Auch diese Vorher-Nachher-Untersuchung ist in der vorliegenden Form möglich und stellt eine optimale Lösung für die laufenden Untersuchungen über die Verkehrssicherheit dar.

Durch eigene Statistikprogramme können für bestimmte Zeiträume die Unfalldaten nach verschiedenen Kriterien ausgewertet werden. Zur Erklärung bestimmter sicherheitstechnischer Zusammenhänge können bestimmte Kriterien abgefragt und detailliertere Aussagen gemacht werden. Es besteht nicht nur die Möglichkeit, für sämtliche Straßenkreuzungen und Straßenabschnitte eine Reihung nach der gesamten Unfallzahl vorzunehmen, sondern auch andere Kriterien ganz spezifisch auszuwerten. Man kann auch bei Unfällen z. B. die Zusammenhänge zwischen Beteiligten, Unfalltypen und den Verletzungsgrad feststellen. Durch die Einrichtung dieser modernen Erfassung von Unfalldaten kann den bestehenden gesetzlichen Erfordernissen nicht nur Rechnung getragen, sondern können die Arbeiten hinsichtlich Verkehrssicherheit für sämtliche Planungen im Verkehrsbereich effizienter durchgeführt werden. Somit besteht auch die Möglichkeit eines besseren Einsatzes der Daten über die Verkehrssicherheit in der Planung sowie differenziertere Informationen über die Sicherheit in allen verkehrsbehördlichen Belangen. Vom Referat für Verkehrssicherheit wurden im Jahre 1984 wieder viele Unfallstellen saniert. Hierbei hat sich gezeigt, daß die Zahl der der Zählung vorangegangenen Unfälle bis zu zwei Drittel reduziert werden konnten, was bedeutet, daß auch bei einfachen Kreuzungen pro Jahr die Unfallkosten bis zu 1,0 Millionen Schilling vermindert werden konnten. Straßenzüge oder Straßennetze lassen sich mit Hilfe einer Kollisionstabelle sicherheitstechnisch genauestens analysieren. Mit der exakten Ortsvercodung besteht nun die Möglichkeit, das Unfallgeschehen an Kreuzungen und in Straßenzügen abzufragen. So lassen sich unter anderen Informationen über Personenschadenunfälle nach den Kriterien Datum, Wochentag, Uhrzeit, Unfalltyp, Bezeichnung der Fahrbahnverhältnisse, Ablage des entsprechenden Polizeiberichtes, Zählblattnummer, Unfallbeteiligte sowie Unfallumstände abfragen. Die Fahrt-(Geh-)Richtung des Unfallbeteiligten wurde genauestens festgelegt, so daß nunmehr im nachhinein in Verbindung mit dem Unfalltyp und den Umständen beim Unfall auch die Rekonstruktion der entsprechenden Unfallskizze möglich ist. In der Zeile, in der die Unfallbeteiligten angegeben sind, wird auch die Zahl der Verletzten angeführt. Sind für den einzelnen Unfall weitere Informationen von besonderer Wichtigkeit, ist es möglich, auch Zusammenhänge über die Zählblattnummer aus der Gesamtinformation eines Zählblattes abzufragen. Aus diesem Kollisionsdiagramm können somit für die Arbeit zur Verkehrssicherheit wichtige Rückschlüsse gezogen werden. Mit der EDV können auch sämtliche Unfallzählblätter mit allen Vollinformationen aufgelistet werden. So werden neben der genauen Bezeichnung der Örtlichkeit, an dem der Unfall sich ereignete, alle Details der Erhebung am Unfallort ausgedruckt. Unter der

Vorgabe eines Vorher- und eines Nachherzeitraumes können die genaue Zahl der Personenschadensunfälle und die Angabe der Verunglückten für den Zeitraum, insgesamt aber auch für ein Jahr normiert, miteinander verglichen werden. Darüber hinaus werden wichtige Zusammenhänge, wie Unfallgewichtsziffer, Unfallschwere und Unfallkosten, ausgedrückt, so daß auch diese Kriterien verglichen werden können.

Die Tätigkeit der Gruppe 1 — Verkehrsorganisation und Planung besteht in der Erarbeitung regionaler Verkehrskonzepte — und Organisation und in der Ausarbeitung von Plänen und Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Straßenverkehrs. Das Referat für Verkehrsorganisation plant und realisiert Verkehrskonzepte für Bezirke und Bezirksteile im bestehenden Straßennetz unter Berücksichtigung der Zielsetzungen der Verkehrskonzeption, wirkt bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten im hochrangigen Straßennetz durch die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung mit und führt die Planung zur Realisierung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durch. Weiters hat das Referat in verkehrstechnischen und verkehrsbehördlichen Belangen in sämtlichen Wiener Stadterneuerungsgebieten sowie bei vorgesehenen Änderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes mitzuwirken und Stellungnahmen abzugeben, Gutachten über die Verkehrserschließung bei Großbauvorhaben und Industrieansiedlungen abzugeben, Planungen für die Neuorganisation des ruhenden Verkehrs durchzuführen, verkehrstechnische Begutachtungen von Garagenprojekten für deren Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz und Stellungnahmen über die Verkehrsanbindung diverser Park-and-Ride-Standorte vorzunehmen. Im Auftrag der MA 18 — Stadtstrukturplanung — war die „Gürteluntersuchung“ zu betreiben. Ferner wurden 590 Gutachten bzw. Stellungnahmen als Amtssachverständiger im Verwaltungsstrafverfahren abgegeben und die Tätigkeit als Amtssachverständiger gemäß § 125 und § 126 KFG wahrgenommen. Im einzelnen wurde im 1. Bezirk an der Planung der B 1 im Bereich Heumarkt — Schwarzenbergplatz unter Berücksichtigung der zu errichtenden Verkehrsleit- und Sicherungseinrichtungen, an der generellen Planung für den U-Bahn-Bau und die Oberflächengestaltung nach Abschluß der Bauarbeiten sowie an der Planung der Tiefgaragen Albertina, Freyung und Hofburg hinsichtlich Oberflächengestaltung, Zu- und Abfahrterfordernisse sowie neue Verkehrsführung an der Oberfläche mitgearbeitet. Eine Wohnstraße gemäß § 76 b StVO in 1, Rudolphsplatz, war einzurichten. Weiters wurden flankierende Maßnahmen, bereichsweise eine Verkehrsumorganisation, zur Realisierung des Umbaus der Verkehrsplatzsignalanlagen an der Kreuzung Mariahilfer Straße/Getreidemarkt gesetzt. Im 2. Bezirk war eine verkehrstechnische Untersuchung über eine Verkehrsberuhigung für den Bereich in 2, Castellezgasse, durchzuführen sowie für das Alliiertenviertel im Zusammenhang mit einem Neubau der Verkehrsplatzsignalanlagen an der Kreuzung Taborstraße/Nordbahnstraße eine Verkehrsumorganisation zu realisieren. Eine verkehrstechnische Untersuchung wurde auch für den Bereich Rechte Bahngasse—Ungargasse im 3. Bezirk zur Errichtung des Hotelgroßprojektes „Holiday Inn“ und den damit verbundenen Zufahrterfordernissen ausgearbeitet. Für den 2. Bauabschnitt im Bereich des Hörnesviertels wurde eine flächige Verkehrsberuhigung eingeleitet. Gemäß § 76 StVO wurden Wohnstraßen in der Czapakgasse, Uchatusgasse, Dißlergasse und Pfefferhofgasse eingerichtet. Weiters war eine flächige Verkehrsberuhigung für den Bereich in der Krieglergasse, Custozzagasse, Kegelgasse und Paracelsusgasse sowie eine Verkehrsumorganisation für den Bereich des Weißgerberviertels durchzuführen. Im 4. Bezirk wurde ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren über eine Verkehrsberuhigung und Ausgestaltung der Mühlgasse und der Lambrechtgasse sowie eine Verkehrsumorganisation im Zusammenhang mit der Sperre der Kreuzherrengasse vorgenommen. Im 5. Bezirk war ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für die Ausgestaltung der Stolberggasse durchzuführen. An der Erstellung eines Bezirksverkehrskonzeptes für den 5. Bezirk der MA 18 — Stadtstrukturplanung — wurde mitgearbeitet, eine Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Pannaschgasse errichtet. Weitere verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Gassergasse und in der Scalagasse waren zu leisten. Im Bereich der Brückengasse wurde der Verkehr umorganisiert. Im 6. Bezirk wurde ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für die Anlage eines Parkes in der Mollardgasse, hinter der Feuerwache Mariahilf, durchgeführt, eine Fußgängerzone gemäß § 76a StVO auf dem Loquaiplatz angelegt und eine Verkehrsumorganisation in der Mariahilfer Straße im Zusammenhang mit dem Bau der U 3 eingeleitet. Ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung der Stiftgasse sowie eine Verkehrsumorganisation in der Mariahilfer Straße im Zusammenhang mit dem Bau der U 3 wurden im 7. Bezirk realisiert. Im 8. Bezirk war eine Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Lenaugasse einzurichten. Verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren über eine Verkehrsberuhigung und Oberflächengestaltung in der Wickenburggasse, über eine Verkehrsberuhigung in der Schlösselgasse sowie über eine Oberflächengestaltung in der Albertgasse wurden veranlaßt. Im 9. Bezirk wurde im Bereich der Gussenbauergasse der Verkehr umorganisiert. Weiters waren verkehrstechnische Untersuchungen über eine Verkehrsberuhigung für den Bereich Rossau und über den Ausbau der Nordbergstraße durchzuführen; ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren über die Verkehrsberuhigung und Oberflächengestaltung in der Mauthnergasse, eine verkehrstechnische Untersuchung über die interne Erschließung des neuen AKH sowie eine verkehrstechnische Untersuchung über eine Verkehrsberuhigung im Bereich des Himmelpfortgrundes wurden ausgearbeitet. Im 10. Bezirk waren Verkehrsumorganisationen im Bereich Zur Spinnerin, Leebgasse, Arthaberplatz, Puchsbaumplatz und Reumannplatz durchzuführen sowie verkehrstechnische Untersuchungen für den

Bereich des Erlachplatzes und der Steudelgasse (Oberflächengestaltung) zu erstellen. Verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung in der Zanaschkagasse und für die Eröffnung der unbenannten Gasse zwischen Eibesbrunnergasse und Gutheil-Schoder-Gasse waren auch im 12. Bezirk vorzunehmen. Weiters wurde eine Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Mandlgasse angelegt; ein weiteres verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Fußgängerzone gemäß § 76a StVO in der Reschgasse (Marktbereich) wurde ausgearbeitet, eine Verkehrsumorganisation in der Hoffingersiedlung zufolge der Sperre der Oswaldgasse wurde veranlaßt, eine verkehrstechnische Untersuchung für Zufahrtserfordernisse zum Betriebsbaugelände in der Liebenstraße, ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung in der Altomontegasse sowie eine Verkehrsumorganisation im Gebietsbetreuungsbereich Wilhelmsdorf durchgeführt. Verkehrstechnische Untersuchungen für eine Verkehrsberuhigung am Roten Berg, in der Anatourgasse und in der Schweizertalgasse im 13. Bezirk waren auszuarbeiten, ebenso wie verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung und Oberflächengestaltung in der Seuttergasse, in der Meytensgasse und in der Joseph-Lister-Gasse. Im 14. Bezirk wurden gleichfalls verkehrstechnische Untersuchungen für eine Verkehrsberuhigung im Bereich der Penzinger Straße, der Felbigergasse und der Seckendorfstraße, verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung im Bereich der Deutschordestraße und für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Einwangasse veranlaßt. Im 15. Bezirk bestanden die Maßnahmen in einer verkehrstechnischen Untersuchung für eine Verkehrsberuhigung im Bereich des Kardinal-Rauscher-Platzes, in einer Umorganisation für eine Verkehrsberuhigung im Bereich des Storchengrundes und Brauhirschengrundes, in der Errichtung von Wohnstraßen gemäß § 76b StVO in der Schusselkagasse, Pilgerimgasse, Wurmsergasse, Chrobakgasse, Loeschekohlasse, Kannegasse und Plunker-gasse, in der Zinckgasse, Hackengasse, Beingasse, Tannengasse und Goldschlagstraße (Areal 1), in der Errichtung einer Wohnstraße und eines verkehrsfreien Bereiches am Henriettenplatz, in der Errichtung eines verkehrsfreien Bereiches am Kriemhildplatz, ferner in verkehrstechnischen Untersuchungen für eine Verkehrsberuhigung in der Schweglerstraße (Nebenfahrbahn), für eine Oberflächengestaltung in der Reindorfstraße sowie in einem verkehrsbehördlichen Ermittlungsverfahren für eine Haltestellenverlegung der Straßenbahnhaltestelle von der Karmeliterhofgasse zur Geibelgasse. Im 16. Bezirk wurden gleichfalls verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO im Bereich des Kernstockplatzes, für die Errichtung einer Wohnstraße in der Redtenbachergasse sowie eine verkehrstechnische Untersuchung für die Errichtung eines Radweges in der Hasnerstraße durchgeführt. Im 17. Bezirk waren es verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Redtenbachergasse, am Diepoldplatz, in der Kapitelgasse, in der Veronikagasse sowie ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung in der Frauengasse. Im 18. Bezirk wurden Wohnstraßen gemäß § 76b StVO in der Leitermayergasse, in der Hockegasse und in der Höhnegasse angelegt, ferner verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Klettenhofergasse, in der Haizingergasse und in der Schopenhauer-gasse durchgeführt, wie auch ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung in der Semperstraße, eine verkehrstechnische Nachheruntersuchung für den Bereich der Martinstraße sowie eine verkehrstechnische Untersuchung für eine Verkehrsberuhigung am Gertrudplatz. Im 19. Bezirk waren es eine verkehrstechnische Untersuchung für eine Verkehrsberuhigung in der Kahlenberger Straße, die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Pantzergasse, ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Rudolfinergasse und in der Mitterwurzergasse sowie verkehrstechnische Untersuchungen für eine Verkehrsberuhigung des Bereiches In der Krim und Pfarrplatz. Im 20. Bezirk wurden ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Raffaelgasse sowie eine verkehrstechnische Untersuchung für eine Verkehrsberuhigung in der Greiseneckergasse durchgeführt. Im 21. Bezirk waren es ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung am Kinzerplatz, verkehrstechnische Untersuchungen für eine Verkehrsberuhigung im Bereich der Rittingergasse und der Grabmayrgasse. Für den 22. Bezirk fielen gleichfalls eine verkehrstechnische Untersuchung für eine Verkehrsberuhigung im Bereich der Freihofsiedlung, verkehrsbehördliche Ermittlungsverfahren für eine Verkehrsberuhigung in der Komzakgasse und am Elfingerweg, für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Josef-Baumann-Gasse, verkehrstechnische Untersuchungen für eine Änderung der Buslinienführung am Schüttauplatz, für eine Verkehrsumorganisation im Bereich Am Müllnermais, ein verkehrsbehördliches Ermittlungsverfahren für die Errichtung einer Wohnstraße gemäß § 76b StVO in der Hochmuthgasse und eine verkehrstechnische Untersuchung für eine flächige Verkehrsberuhigung in Neusüßenbrunn an. Im 23. Bezirk waren verkehrstechnische Untersuchungen für die Zufahrtserfordernisse zum Industriegebiet im Bereich Heizwerkstraße und im Bereich der Seligmangasse, für eine Verkehrsberuhigung im Bereich der Franz-Gräbler-Gasse, im Zusammenhang mit einem Neubau in der Speisinger Straße und für eine Verkehrsumorganisation im Bereich der Knotenbachgasse zu erstellen. Weiters wurden vom Referat 50 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanabänderungsanträge der MA 21 — Flächenwidmungs- und Bebauungsplan —, etwa 30 Oberflächenprojekte der MA 19 — Stadtgestaltung — und rund 70 Straßenbauprojekte der MA 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau — begutachtet.

Dem Referat 2 — der Planung — obliegen die generelle Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen bzw. die Überprüfung ihrer Notwendigkeit sowie die Festlegung besonderer Betriebsarten, wie Gelbblinken und Abschaltungen während der Nachtstunden, einschließlich der dafür notwendigen Erhebungen. In diesem Bereich fielen 151 Fälle an. Verkehrslichtsignalanlagen wurden 1984 auf Blinkbetrieb während der Nachtstunden geprüft, und zwar in 2, Elderschplatz, 4, Argentinierstraße—Weyringergasse, Prinz-Eugen-Straße—Belvederegasse, Operngasse—Resselgasse, Wiedner Hauptstraße—Paniglasse, Schönburgstraße—Rainergasse, Schönburgstraße—Wiedner Hauptstraße, Rechte Wienzeile—Schleifmühlgasse, Operngasse—Schleifmühlgasse, Operngasse—Schaurohofgasse, in 6, Gumpendorfer Straße—Webgasse, 9, Nußdorfer Straße—Canisiusgasse und Roßauer Lände—Glaserstraße, in 10, Triester Straße—Computerstraße, 11, Enkplatz—Simmeringer Hauptstraße, Haidestraße—1. Haidequerstraße, Simmeringer Hauptstraße—Fickeystraße, Grillgasse—Lorystraße, in 12, Niederhofstraße—Griebhofgasse, Hetzendorfer Straße—Rosenhügelstraße, in 13, Hietzinger Hauptstraße—Maxingstraße, in 15, Sechshauser Straße—Stiegeergasse, in 16/17, Wattgasse—Mariengasse, in 23, Brunner Straße—Erlaauer Straße, Breitenfurter Straße—Levasseurgasse und Breitenfurter Straße—Knotzenbachstraße. 219 Fälle betrafen die verkehrstechnische Begutachtung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen für Bauabänderungspläne zur Verbesserung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs. Sieben Fälle hatten die Ausarbeitung von Projekten, die die Wegweisung, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf den Bundesstraßen A und S betrafen, sowie die Durchführung des Ermittlungsverfahrens und die Einreichung zur Genehmigung beim zuständigen Bundesministerium zum Inhalt. In 43 Fällen waren Amtssachverständige in eisenbahnrechtlichen Angelegenheiten beizustellen. Weiters war ein Auftrag, der an Zivilingenieure vergeben wurde, im Rahmen der Referatstätigkeit zu betreuen. 26 Projekte für Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen und signaltechnische Maßnahmen bei Radwegen wurden gleichfalls behandelt, so z. B. für die Radwege Lassallestraße von Praterstern bis Reichsbrücke, Columbusgasse von Sonnwendgasse bis Reumannplatz, Donaukanal von Sickenberggasse bis Friedensbrücke, Steinseeweg von Gutheil-Schoder-Gasse bis Altmannsdorfer Straße, Kundmannngasse von Erdbergstraße bis Erdberger Lände und Wassergasse von Erdbergstraße bis Erdberger Lände.

Die Gruppe 2 — Straßenverkehrsbehörde hat sich mit 3.594 Fällen, die die Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie die periodische Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen betrafen, befaßt, die von den Bezirksvorstehungen, dem Mobilien Bürgerdienst, dem Bürgerdienst, dem Verkehrsamt, der Bundespolizeidirektion, den Verkehrsbetrieben im Rahmen der Beschleunigungsprogramme und in immer größerem Umfang von privaten Personen an die Dienststelle herangetragen werden. Zusätzlich waren Fälle zu erledigen, die von der Abteilung selbst aufgegriffen wurden. Der Großteil dieser Fälle betraf Anpassungen von bereits länger bestehenden Verkehrsmaßnahmen an die heutigen Erfordernisse sowie die Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse, der Parkraumsituation und der Lebensqualität. Ferner waren bestehende Ladezonen auf geänderte Betriebsbedingungen auszurichten, neue Ladezonen und Kurzparkzonen anzulegen sowie begleitende Maßnahmen zum Beschleunigungsprogramm der öffentlichen Verkehrsmittel zu treffen. 8.423 Fälle hatten die Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße sowie die Festlegung der dafür erforderlichen Verkehrsmaßnahmen zum Inhalt. Als Antragsteller scheinen hauptsächlich die MA 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau, 29 — Brückenbau und Grundbau, 30 — Kanalisation und Entsorgungsbetrieb, 31 — Wasserwerke, 33 — Öffentliche Beleuchtung, 42 — Stadtgartenamt, die Wiener Stadwerke (Elektrizitätswerke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe) sowie das Kabelbaumamt, die Österreichischen Bundesbahnen, die Heizbetriebe GesmbH, das Telekabel sowie private Stellen auf. Eine Reihe von Großbaustellen, die nur als ein Fall aufscheinen, wurde gleichfalls betreut bzw. fertiggestellt. Zu nennen sind die Arbeiten für den Bauabschnitt „Mitte“ auf der A 22, der 2. Teil und die Fertigstellung der Instandsetzung der Erdberger Brücke im Zuge der A 23, die Instandsetzung der Gürtelbrücke im Zuge der B 221, der Umbau des Gersthofer Platzls, die Fertigstellung der B 227 im Bereich der Oberen Donaustraße, die Instandsetzung der Rotundenbrücke, die Fortsetzung des Ausbaues der Wagramer Straße, die Straßenbauarbeiten auf der Linken Wienzeile vom Gürtel bis zur Lobkowitzbrücke sowie in der Hadikgasse von der Schloßallee bis zur Kennedybrücke, der Umbau des Kreuzungsplateaus Erzherzog-Karl-Straße—Donaustadtstraße, die Straßenbauarbeiten auf der Straße Am Kaisermühlendamm, der Ausbau der Josefstädter Straße sowie der Neulerchenfelder Straße und der 1. Teil der Sanierung des Tragwerkes bei der Unterführung des Matzleinsdorfer Platzes.

Für den Ausbau der U 3 und U 6 waren umfangreiche Bewilligungsverfahren für Einbautenverlegungen sowie für die Planung der erforderlichen Umleitungen durchzuführen. Diese Tätigkeiten der Gruppe 2 bzw. der gesamten Abteilung führten dazu, daß in der zweiten Jahreshälfte für den U-Bahn-Bau ein eigenes Protokoll eröffnet wurde.

Unter dem Sammelbegriff „Allgemeine Verwaltungstätigkeiten“ wird, da ihre Bedeutung ständig zunimmt, die Beantwortung von Anfragen der Gerichte und Verwaltungsbehörden als gesonderte Tätigkeit ausgewiesen. In diesem Bereich fielen 1.663 Fälle an. Es waren dies unter anderen Ausnahmegenehmigungen von bestehenden definitiven Verkehrsmaßnahmen, die Ausnahme von der winterlichen Gehsteigbetreuungspflicht, die Abgabe von Verkehrsgutachten bei Verhandlungen der MA 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten — sowie die

Abgabe von Verkehrsgutachten bei Verhandlungen der MA 59 — Marktamt, MA 64 — Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten und der MA 70 — Rechtliche Verkehrsangelegenheiten.

Die Verkehrspermanenzstelle wird von der Gruppe 2 betreut und ist während des gesamten Jahres mit drei Beamten von 7.00 bis 18.00 Uhr besetzt, ausgenommen die Haupturlaubszeiten, in denen zwei Beamten innerhalb der gleichen Zeit den Dienst versehen. Die Anzahl der in der Verkehrspermanenzstelle erledigten Fälle betrug 1.872.

Die Tätigkeit der Gruppe 3 — Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen umfaßt alle für die Vergabe von Leistungen notwendigen Verwaltungsarbeiten, wie unter anderem die Aufstellung und Ausführung der Voranschläge, die Ausschreibung und Einholung von Anboten, die Bauüberwachung, Kollaudierung, Rechnungsprüfung, Führung der Sach- und Referatskredite sowie die Abrechnung, Karteiführung und Lagerhaltung. Im einzelnen betragen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel 57.300.000 Schilling für den Betrieb und die Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen, wobei 12.900.000 Schilling nur für Strom ausgegeben wurden, ferner 81.800.000 Schilling für die Errichtung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen, 97.530.000 Schilling für die Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen B und S, 7.283.000 Schilling für die Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen A und 24.350.000 Schilling für Umbauten und Umleitungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau.

Im Referat 1 für die Detailplanung und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen wurden 495 Projekte für Neu- bzw. Umbauten dieser Anlagen behandelt. Davon wurden 21 automatische, zum Großteil koordinierte Verkehrslichtsignalanlagen unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrskonzeptes Wien (zentrale Regelung, Straßenbahnbeschleunigung, eigene Fußgängersignale, teilverkehrsabhängige Regelung usw.) neu- bzw. wiedererrichtet. Mit sechs Projekten, die eine Bauzeit von mehreren Jahren haben, wurde meist im Zusammenhang mit Straßenbauprojekten der MA 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau — begonnen. 431 Verkehrslichtsignalanlagen wurden entsprechend der geänderten Verkehrslage umprogrammiert oder umgebaut. Im Zusammenhang mit §-90-Maßnahmen wurden 37 — größtenteils komplizierte — provisorische Verkehrslichtsignalanlagen projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und laufend den geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Ferner waren die vierte Ergänzung des standardisierten Leistungsverzeichnisses für Arbeiten an Verkehrslichtsignalanlagen, die Ausschreibung aller diesbezüglichen Arbeiten sowie die Anbotsausschreibung bei öffentlichen Ausschreibungen mit Hilfe der EDV durchzuführen. Die dezentrale Ausschreibung und die Angebotsprüfung wurden mit Hilfe der EDV in der Abteilung vorgenommen, eigene EDV-Programme zur Ermittlung der Zwischenzeiten sowie der Leistungsberechnung von Verkehrslichtsignalanlagen mit dem CBM-3008 erstellt. Im Detailzeichenbüro wurden 479 Transparentenoriginals im Zusammenhang mit Detailprojekten von Verkehrslichtsignalanlagen bzw. mit provisorischen Verkehrslichtsignalanlagen neu angefertigt, 359 Pläne, vorwiegend Bodenmarkierungs- und Phasenverteilungspläne, geändert; die Mikroverfilmung von FBM-Plänen, Einbautenplänen usw., die Beschriftung in sechsfacher Ausfertigung und die Eintragung im Übersichtsplan im Maßstab 1 : 12.500 wurde 1984 aus Personalmangel zurückgestellt. Ferner war das Referat mit der Lehrlingsausbildung befaßt.

Im Referat 2 für Betrieb und Erhaltung von Verkehrslichtsignalanlagen und Verkehrsleitzentrale waren 584 gerichtliche Anfragen im Straf- sowie im Zivilverfahren zu beantworten, entsprechende Planunterlagen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen beizustellen, etwa 30 Anfragen zu beantworten und 20 Gutachten im Verwaltungsstrafverfahren zu erstellen. An den in Betrieb stehenden 814 Verkehrslichtsignal- und 98 Blinkanlagen wurden die Durchführung der erforderlichen Erhaltungsarbeiten, die Wartung der Steuergeräte, die Instandsetzungsarbeiten von Schäden an diesen Anlagen sowie der ordnungsgemäße Betrieb ständig überwacht und überprüft. Durch die genaue Überwachung und exakte Wartung der Steuergeräte wurde eine deutliche Abnahme der Störfrequenz von Verkehrslichtsignalanlagen und somit eine Hebung der Verkehrssicherheit erreicht. Besonders zu nennen sind eine turnusmäßige zweimalige Wartung der Schaltgeräte, eine turnusmäßige zweimalige Reinigung der Signalgeber mit generellem zweimaligem Lampentausch sowie die dafür erforderliche Lampenbeistellung, die Behebung von etwa 1.667 Störungen an den Steuergeräten sowie die damit verbundene anschließende Prüfung dieser Anlage, die Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an den in Betrieb stehenden 38 Fernsehbeobachtungsstellen und allen Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale, die laufenden verkehrstechnischen Funktionskontrollen an den in Betrieb stehenden, genannten Einrichtungen sowie die Erhaltungszustandsüberprüfungen gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken — Elektrizitätswerken sowie die Überprüfung der aufgetretenen Lampenausfälle, ferner der Austausch von 36 Steuergeräten, die auf Grund des Alters wie auch des Ausbaustandes den technischen Anforderungen nicht mehr gerecht werden, die Behebung von Gewitterschäden an Steuergeräten wie an Übertragungsleitungen und die damit verbundenen Erneuerungen, die Überwachung und technische Prüfung des Einsatzes der zwei in Betrieb stehenden Rotlichtüberfahrungsüberwachungsgeräte sowie die Information über den letzten technischen Stand derartiger Geräte und die Information über den technischen Stand der Geschwindigkeitsmeßgeräte für Fahrzeuge (Radargeräte).

Im Referat 3 für Straßenverkehrszeichen und Wegweiser waren Ende des Jahres 1984 66.065 Verkehrszeichen in Email- und Scotchliteausführung, 2.040 beleuchtete Verkehrszeichen und 547 Verkehrsleuchtsäulen von der Abteilung zu erhalten. Davon wurden im Zusammenhang mit neuen Verordnungen 2.638 Straßenverkehrszeichen auf 1.552 Eisenständer aufgestellt. Im Zusammenhang mit der Realisierung des Wegweisungskonzeptes für Wien wurden 174 Wegweiser (Signalfolie) und 36 innenbeleuchtete Wegweiser errichtet. Im Zuge von Erhaltungsarbeiten sowie des notwendigen Austausches von Verkehrszeichen auf Grund der 6. StVO-Novelle wurden nach der Bearbeitung von 2.706 Meldungen bzw. eigenen Erhebungen 10.368 Straßenverkehrszeichen, 6.876 Zusatztafeln, 5.400 Eisenständer und 285 Kettenständer erneuert. An beleuchteten Verkehrseinrichtungen wurden 41 Verkehrszeichen und 5 Verkehrsleuchtsäulen neu aufgestellt, gleichzeitig 98 Verkehrszeichen und 18 Verkehrsleuchtsäulen entfernt. Für die Verkehrsmaßnahmen des starken Verkehrs zu Allerheiligen wurden etwa 220 transportable Straßenverkehrszeichen mit Eisenständern aufgestellt.

Im Referat 4 für Bodenmarkierungen wurden auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, für die neu festgelegten Maßnahmen und zur Erhaltung der bestehenden Markierungen 76.726 m Strichmarkierungen für Leit-, Sperr-, Rand- und Begrenzungslinien sowie 34.903 m² Flächenmarkierungen als Schutzwege, Sperrflächen, Haltelinien, Richtungspfeile und sonstige Markierungen angebracht. Auf den Bundesstraßen B und S im Bereich des Landes Wien waren es für die Neukennzeichnung und zur Erhaltung 120.551 m Strichmarkierungen und 11.354 m² Flächenmarkierungen, auf den Autobahnen (Bundesstraße A) 70.015 m Strichmarkierungen und 623 m² Flächenmarkierungen für Pfeilsymbole usw. Insgesamt erreichte das Ausmaß der Strichmarkierungen 267.292 m und das der Flächenmarkierungen 46.880 m², wovon 113.509 m und 18.005 m² Kurzzeitmarkierungen waren. In 320 Fällen wurden Gerichts- und Verwaltungsstrafakten bearbeitet, und zwar 45 Verwaltungsstraf- und 25 Gerichtsakte.

Die Gruppe 4 für Sondertransporte und Kfz-Werkstätten ist in das Referat für Sondertransporte und in das Referat für Kraftfahrangelegenheiten gegliedert.

Im Referat 1 für Sondertransporte wurden insgesamt 2.582 Fälle bearbeitet, was gegenüber 1983 eine Steigerung um 321 Fälle oder mehr als 14 Prozent bedeutet. Im einzelnen handelte es sich um 526 Ausnahmen vom Lkw-Fahrverbot (§ 42 StVO) sowie um 2.056 Routengenehmigungen für übergroße und überschwere Fahrzeuge und Transporte nach § 40 (3), § 45 (5), § 101 (5) und § 104 (9) Kraftfahrzeuggesetz einschließlich § 25 routengebundener GGSt-Fälle, das sind Transporte gefährlicher Güter auf der Straße. Mit der eingeschränkten Zulassung von überschweren Arbeitsmaschinen und mit der Genehmigung von Sondertransporten mit Längen bis zu 41 m, Breiten bis zu 6,5 m und Höhen bis zu 4,8 m sowie mit Gewichten bis zu 116 t waren Routenerhebungen über die fahrtechnische Eignung sowie Ermittlungen über die Tragfähigkeit von Brücken und Straßendecken einschließlich der Einbauten verbunden. Für bestimmte Fälle waren auch begleitende Maßnahmen auf der StVO-Ebene, wie Verordnung für Halteverbotszonen zur Freihaltung von schmalen Straßen und engen Kurven vom ruhenden Verkehr und Ausnahmen von Mindestgeschwindigkeiten, notwendig. Bei Fahrten, die sich über den Wiener Bereich erstreckten, mußten laufend Kontaktgespräche mit dem Lande Niederösterreich wegen der Festlegung der Übernahmestellen geführt werden.

Es konnte in diesem Bereich wieder eine Zunahme der Zahl der Fälle registriert werden. Der Trend, immer größere Transportgüter zu erzeugen, die in der Folge den Einsatz von immer leistungsfähigeren Fahrzeugen notwendig macht, ist deutlich zu erkennen. So werden z. B. auf dem Hochbausektor, und hier wieder speziell für gewerbliche und industrielle Betriebsbauten, überwiegend Fertigbauteile verwendet, die auf Grund des Gewichtes und der Abmessungen Transportbewilligungen und für die Montage die eingeschränkte Zulassung von überschweren Autokränen benötigen. Auf dem GGSt-Sektor wurden Genehmigungen mit einer Laufzeit von einem Jahr für insgesamt zwei gefährliche Stoffe, die mit Spezialkraftwagenzügen der Österreichischen Bundesbahnen transportiert wurden, erteilt. Im Auftrag des Bürgermeisters wurde ein Einsatzplan für Fahrten von überschweren Kraftfahrzeugen bis zu einem Gesamtgewicht von 82 t ausgearbeitet, um bei Bedarf den sofortigen Einsatz dieser Fahrzeuge zu ermöglichen.

Im Referat 2 für Kraftfahrangelegenheiten wurden auf dem EDV-Sektor weitere Schriftguttypen erstellt und erprobt. Somit kann der Sachbearbeiter oder die Kanzlei innerhalb kürzester Zeit einen fertigen Bescheid an den Antragsteller ausgeben. Da derzeit eine ausreichende Anzahl von Schriftguttypen vorhanden ist, wird der Schriftverkehr nahezu ausschließlich vom Referenten selbst abgewickelt.

Ferner waren verschiedene Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und ADR-Vorschlägen (European Agreement Concerning the International Carriage of Dangerous Goods by Roads) abzugeben. Im Jahre 1984 hat die Bundespolizeidirektion Wien zu verschiedenen Terminen Transporte mit gefährlichen Gütern kontrolliert, wobei jeweils ein Vertreter der Abteilung teilnahm. Die mit dem GGSt befaßten Sachverständigen gemäß § 125 KFG der Abteilung wurden bei Unfällen von Transporten mit gefährlichen Gütern von der Bundespolizeidirektion Wien, aber auch bei einer vorläufigen Untersagung des Transportes durch den Permanenzingenieur herangezogen. 1984 wurden insgesamt sechs Transporte vorläufig von der Bundespolizeidirektion Wien untersagt, die beschneidmässig nach umfangreichen Ermittlungen aufgehoben werden konnten. Die Fahrzeuge durften unter Einhaltung der entsprechenden Auflagen, teilweise unter Polizeibegleitung, ihre Fahrt fortsetzen.

Um die mit diesen Angelegenheiten betrauten Personen auf gleichem Wissensstand zu halten, wurden diesbezüglich Besprechungen im Beisein der Bundespolizeidirektion Wien und der MA 70 — Rechtliche Verkehrsangelegenheiten — abgehalten.

Der Landeshauptmann hat für seinen örtlichen Wirkungsbereich auf Antrag Vereine oder zur Reparatur von Kraftfahrzeugen oder Anhängern berechnete Gewerbetreibende, die über das geeignete Personal und die erforderlichen Einrichtungen verfügen, zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung zu ermächtigen. Somit ist es notwendig, die ermächtigten Werkstätten und Vereine zu revidieren. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 26. September 1979 wurden die von der Abteilung erarbeiteten Revisionsrichtlinien genehmigt. Das Bundesministerium für Verkehr hat diese Richtlinien mit Erlaß vom 31. Juli 1982 für alle Bundesländer verbindlich zur Durchführung empfohlen, wodurch die Vorgangsweise der Abteilung bei den Revisionen bestätigt wurde. Bei der Revision von Werkstätten, die zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung gemäß § 57a KFG und zur Abgabe von Gutachten für die wiederkehrenden und besonderen Überprüfungen gemäß § 57 Abs. 4 KFG ermächtigt sind, ist festzustellen, ob die für die ursprüngliche Ermächtigung notwendigen rechtlichen und technischen Voraussetzungen sowie die vom Gesetzgeber für diese Tätigkeit geforderte Vertrauenswürdigkeit noch gegeben sind. Die Revisionen haben unangesagt von zwei gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen vorgenommen zu werden. Bei den im Jahre 1984 durchgeführten Revisionen hat sich gezeigt, daß der Großteil der Ermächtigten die Begutachtungen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften durchführt und die Revisionen, die regelmäßig durchgeführt werden, auch verlangt. Aus der Tatsache, daß sehr viele Firmen sich einen Bremsenprüfstand angeschafft haben, kann geschlossen werden, daß diese Firmen gewillt sind, die Fahrzeuge möglichst genau und umfassend zu prüfen, wodurch die Verkehrssicherheit auf den Straßen gehoben wird. In Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen wurden beim Fachverband der Fahrzeugindustrie und bei der Kfz-Mechanikerinnung Vorträge abgehalten, die bei den Ermächtigten großen Anklang fanden und die Zusammenarbeit mit diesen Stellen verbesserte.

Mit 31. Dezember 1984 sind 300 Gewerbetreibende und Vereine ermächtigt, Begutachtungen gemäß § 57a durchzuführen. 10 Gewerbetreibende und Vereine können Gutachten für die Behörde für die wiederkehrende und besondere Überprüfung gemäß § 57 Abs. 4 KFG abgeben. Im Jahre 1984 wurden 111 Ansuchen von Werkstätten und Vereinen bearbeitet. Zwei Ansuchen wurden wegen fehlender gesetzlicher Voraussetzungen abgewiesen, vier Ansuchen zurückgezogen.

Im Jahre 1984 wurden 90 Revisionen durchgeführt. Diese Kontrollen erfolgten entweder routinemäßig bzw. auf Grund von Anzeigen der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge und der Bundespolizeidirektion Wien. Sieben Firmen wurde die Ermächtigung widerrufen; weitere 12 Werkstätten haben auf Grund der Revisionsergebnisse die Ermächtigung selbst zurückgelegt und dadurch keinen Widerruf erhalten. Somit haben 19 der 90 revidierten Firmen die Ermächtigung verloren.

Durch verschiedene Erlässe und Berufungsentscheidungen des Bundesministeriums für Verkehr ist der Zeitaufwand für Revisionen wesentlich größer geworden. Durch eine Novellierung des § 57a wurde der Prüfumfang erweitert, so daß im Jahre 1985 noch mehr Zeit bei den Revisionen aufgewendet werden muß. Eine Vielzahl von Anzeigen sowie diverse Meldungen über die unrichtige Vergabe von Begutachtungsplaketten hat zu einer „gezielten“ Durchführung der Revisionen geführt. Zielsetzung ist, die Revisionen bei den ermächtigten Werkstätten und Vereinen in einem Rhythmus von 24 Monaten, Nachrevisionen von beanstandeten Firmen in einem Zeitraum von 6 bis 12 Monaten durchzuführen. Dies wird aber davon abhängig werden, wie sich die Novellierung des § 57 a KFG auf die Einbringung von Neuansuchen auswirkt. Da mit einer Zunahme der Zahl an Neuansuchen zu rechnen ist, wird erwartet, daß die Revisionstätigkeit beeinträchtigt werden wird.

Im Jahre 1984 wurden insgesamt 1.623 bescheidmäßige Bewilligungen erteilt, wovon unter anderen 336 Drehgenehmigungen, 169 Halteverbote für Drehzwecke, 394 Ladezonen sowie 132 Halteverbote für Spezialkraftwagen betrafen. Die auf eine Dauer von zwei Jahren für insgesamt 12 Örtlichkeiten verordneten, fallweisen Halteverbote „ausgenommen Spezialkraftwagen“ wurden 1984 insgesamt 28mal beansprucht. Weiters wurden 33 Halteverbote für die Freihaltung der Durchfahrt und 523 Ausnahmegenehmigungen ausgesprochen. Für die Erledigung von Drehgenehmigungen waren insgesamt 92 Ortsverhandlungen durchzuführen. In 71 Fällen war es notwendig, öffentliche Verkehrsflächen längerfristig zu sperren und für den Verkehr Umleitungsstrecken festzulegen. Ferner wurden für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr 14 Radfahrerlaubnisse ausgestellt; ein Ansuchen mußte abgewiesen werden. 8 Ansuchen um die Ausnahme von den Ausstattungsvorschriften für Fahrräder gemäß § 66 Abs. 2 lit. 2 bis 7 StVO wurden gestellt, wovon 7 Ansuchen zurückgezogen wurden, eines ist noch anhängig. Weiters wurden 44 sportliche Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt, unter anderem die traditionelle Österreich-Rundfahrt genehmigt. 115 Fahrzeuge waren auf ihre Eignung als Fahrschulfahrzeug zu überprüfen. In 27 Fällen mußten die luftfahrttechnischen Amtssachverständigen herangezogen werden. Es handelte sich dabei um Entwürfe von Gesetzesnovellen, Außenlandungen von Hubschraubern, Fallschirmabsprünge und Starts von Heißluftballons.

Für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurden 62 positive Ermittlungsverfahren durchgeführt, d. h. es wurde allen Anträgen stattgegeben.

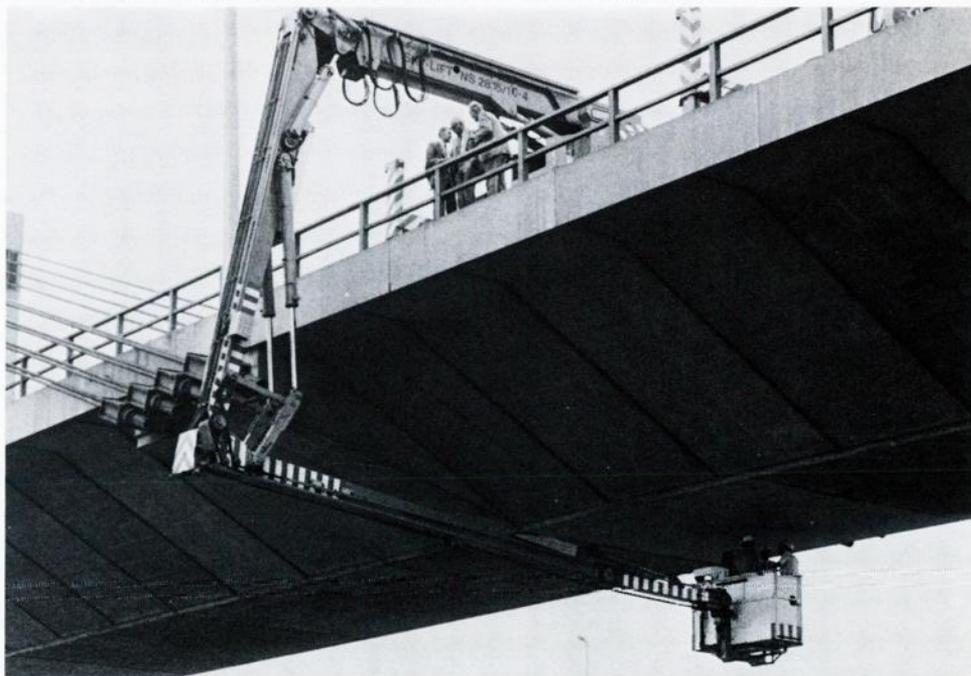


Amtsführender Stadtrat Roman Rautner (Bauten, im Bild rechts) gibt die Unterführung der Franzensbrücke im Zuge der Dampfschiffstraße im 3. Bezirk für den Verkehr frei

Straßenbau

Brückenbau

Hauptprüfung der Schrägseilbrücke über den Donaukanal im Zuge der Flughafen-Autobahn





Ein neues Kundendienstzentrum der Elektrizitäts- und Gaswerke wurde im 9. Bezirk, Spitalgasse 5—9, eröffnet

Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke

Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Gasspürdienst bei der Arbeit



Die Zahl der Ansuchen um die Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b Abs. 4 StVO 1960 zeigte auch im Jahre 1984 eine rückläufige Tendenz. Insgesamt 264 Anträge wurden gestellt. 114 Behindertenausweise wurden ausgestellt, 96 Anträge mußten abgewiesen werden, bei 54 Ansuchen war das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Die wesentliche Zunahme des Verwaltungsaufwandes bei Ansuchen um die Ausstellung von Ausweisen gemäß § 29b Abs. 4 StVO 1960 bewirkte eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, nach der in erster und letzter Instanz die Wiener Landesregierung allein für die Ausstellung dieser Ausweise zuständig ist. Insgesamt 51 Akten, die bereits im Berufungsverfahren bei der MA 70 — Rechtliche Verkehrsangelegenheiten — anhängig waren, wurden gemäß § 66/4 AVG 1950 behoben und zur neuerlichen Entscheidung der Abteilung als Amt der Wiener Landesregierung rückgemittelt.

In Gruppe 5 — Landesfahrzeugprüfstelle konnte im Jahre 1984 eine starke Inanspruchnahme des Parteienverkehrs am Donnerstag nachmittag festgestellt werden. An diesen Tagen wurden in der Zeit von 15.30 bis 18.00 Uhr insgesamt 335 Anträge von Parteien erledigt. Die Zahl ist gegenüber 1983 etwa gleichgeblieben. Diese Einrichtung wird von den Parteien begrüßt, jedoch ist sie in der Bevölkerung noch zu wenig bekannt. Es kommen nach wie vor nur Parteien, die sich vorher, meist telefonisch, über die Dauer des Parteienverkehrs erkundigt haben.

12.748 Fälle waren in der Landesfahrzeugprüfstelle im Jahre 1984 zu bearbeiten. Es handelte sich um Einzelgenehmigungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie um technische Änderungen an 7.328 Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen, 2.419 Lastkraftwagen, Spezialkraftwagen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen, Zugmaschinen, Feuerwehrfahrzeugen sowie Gelenkkraftfahrzeugen, 1.161 Motorrädern, Kleinmotorrädern und Motorfahrrädern, 1.482 Anhängern, 159 Omnibussen, 55 Tankkraftwagen, 25 Tankanhängern sowie um 119 sonstige kraftfahrtechnische Begutachtungen. Bei mehr als 20 Prozent dieser Fälle waren auf Grund der Feststellungen von Mängeln bei der Erstbegutachtung zusätzlich Nachbegutachtungen durchzuführen. 1.876 Gutachten wurden für besonders schwere und hohe Kraftfahrzeuge bzw. Anhänger bei der „wiederkehrenden und besonderen Überprüfung“ für die Bundespolizeidirektion Wien — Verkehrsamt als Behörde abgegeben, 426 kraftfahrzeugtechnische Gutachten im Zusammenhang mit Verwaltungsstrafverfahren in der 2. Instanz für die MA 70 — Rechtliche Verkehrsangelegenheiten — erstellt, 142 Duplikate von Einzelgenehmigungen angefertigt sowie 14 amtliche Motor- und 15 amtliche Fahrgestellnummern neu festgelegt und am Fahrzeug eingeschlagen.

Bei der wiederkehrenden Überprüfung gemäß § 55 KFG 1967 ist das Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien die zuständige Behörde. Die Gutachten — im Jahre 1984 waren es 1.876 — werden von der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge, einem gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen oder von einem Landeshauptmann ermächtigten Gewerbetreibenden eingeholt. Die gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen der Landesfahrzeugprüfstelle haben im Jahre 1984 1.273 Kraftfahrzeuge und Anhänger, und zwar besonders schwere und mehr als 3,80 m hohe Fahrzeuge, im Rahmen der wiederkehrenden Überprüfungen geprüft. An 603 Fahrzeugen wurden schwere Mängel festgestellt, so daß eine neuerliche Vorladung notwendig war.

Im Jahre 1984 wurden von zwei Sachverständigen gemäß § 124 KFG 1967 — das sind Sachverständige für die Typenprüfung — 56 Gutachten für das Bundesministerium für Verkehr als zuständige Behörde erstellt. Für die gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen wurden laufend Koordinierungsgespräche abgehalten sowie mit dem Land Niederösterreich, dessen Landesfahrzeugprüfstelle sich in 19, Muthgasse 36, befindet, Gespräche zur einheitlichen Auslegung der kraftfahrrechtlichen Vorschriften geführt. Gemeinsam mit der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge und den österreichischen bzw. in Österreich vertretenen Lkw- und Lkw-Anhänger-Herstellern wurde der Arbeitskreis zur Erstellung eines Mängelkatalogs für die wiederkehrenden Überprüfungen gemäß § 55 KFG fortgeführt. In Zusammenarbeit mit der Firma Semperit sowie dem Referat für Verkehrssicherheit wurden Versuchsreihen auf dem Reifenprüfgelände in Kottlingbrunn über Einrichtungen zur Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeiten durchgeführt und ein diesbezügliches Gutachten erstellt. Verschiedene Untersuchungen wurden über die Auswirkung der Fahrgeschwindigkeit auf die Abgasbelastung von Straßenzügen hinsichtlich der Übertragung auf die Verhältnisse der Stadt Wien gemacht und über die Ergebnisse eine Expertise erstellt.